

Maria Bothe Gottfried Schulze

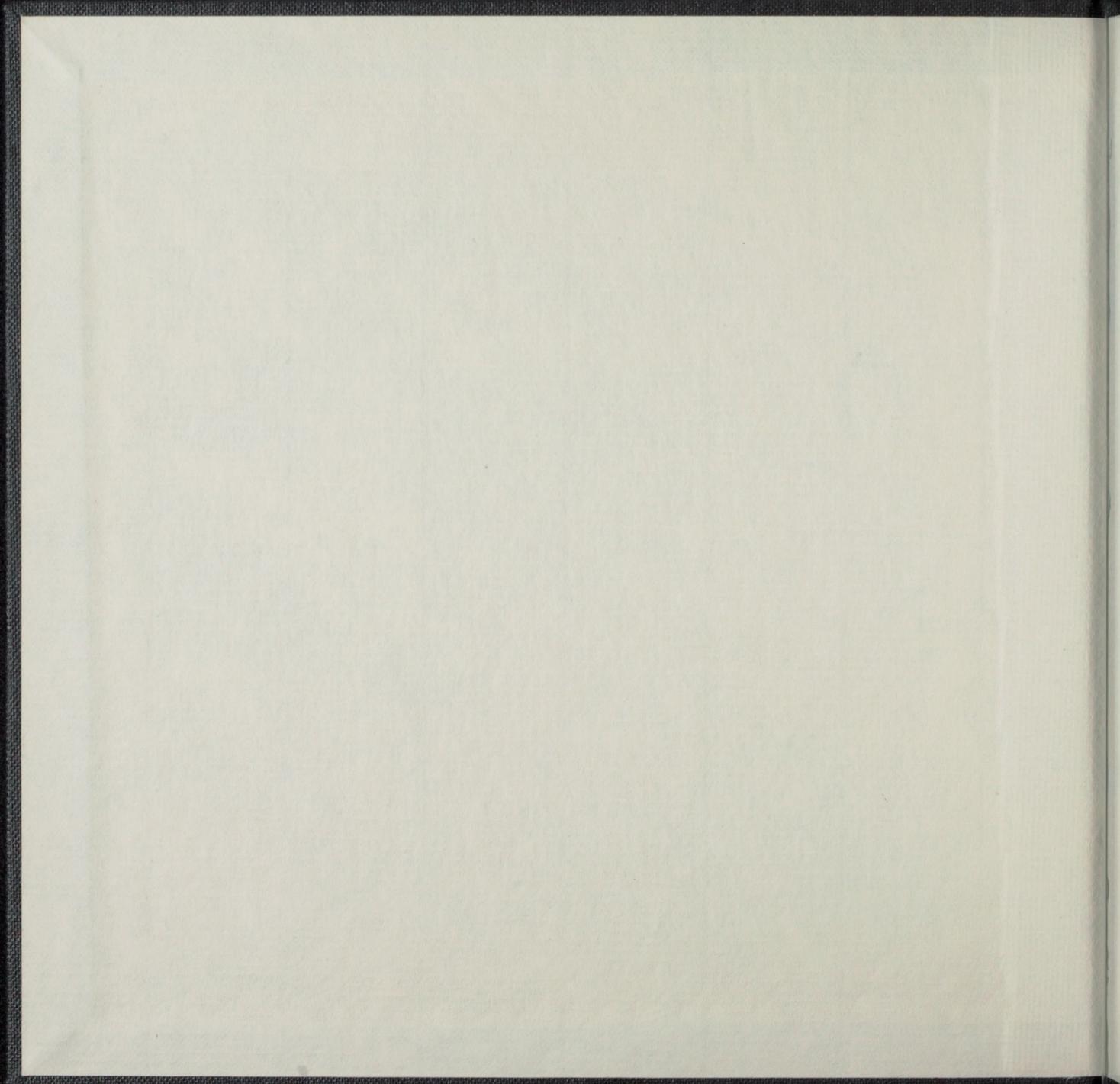
**Wirtschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung an der alma mater
rostochiensis : ein Beitrag zur Geschichte der Sektion Sozialistische
Betriebswirtschaft**

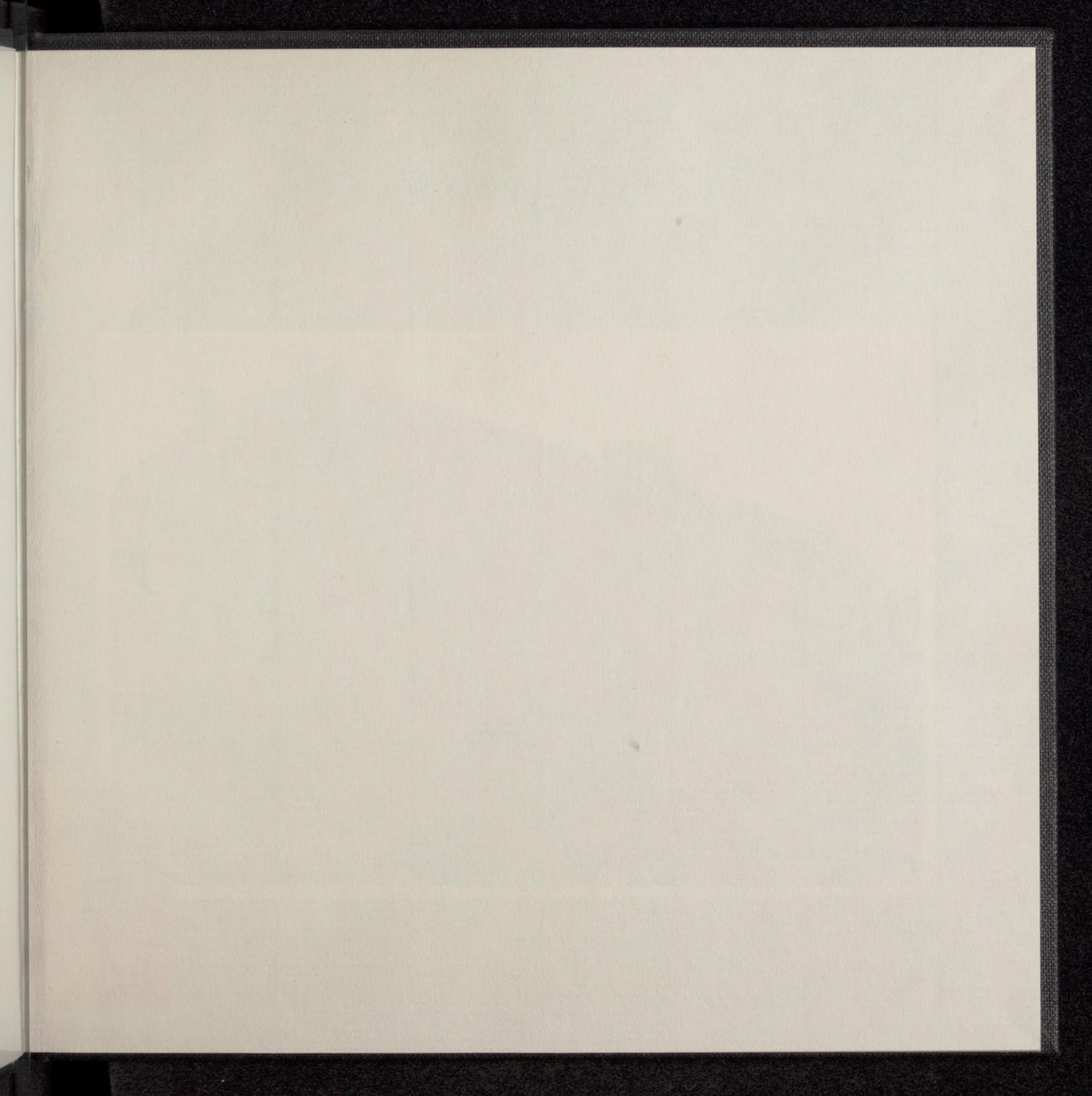
Rostock: Universität Rostock, 1988

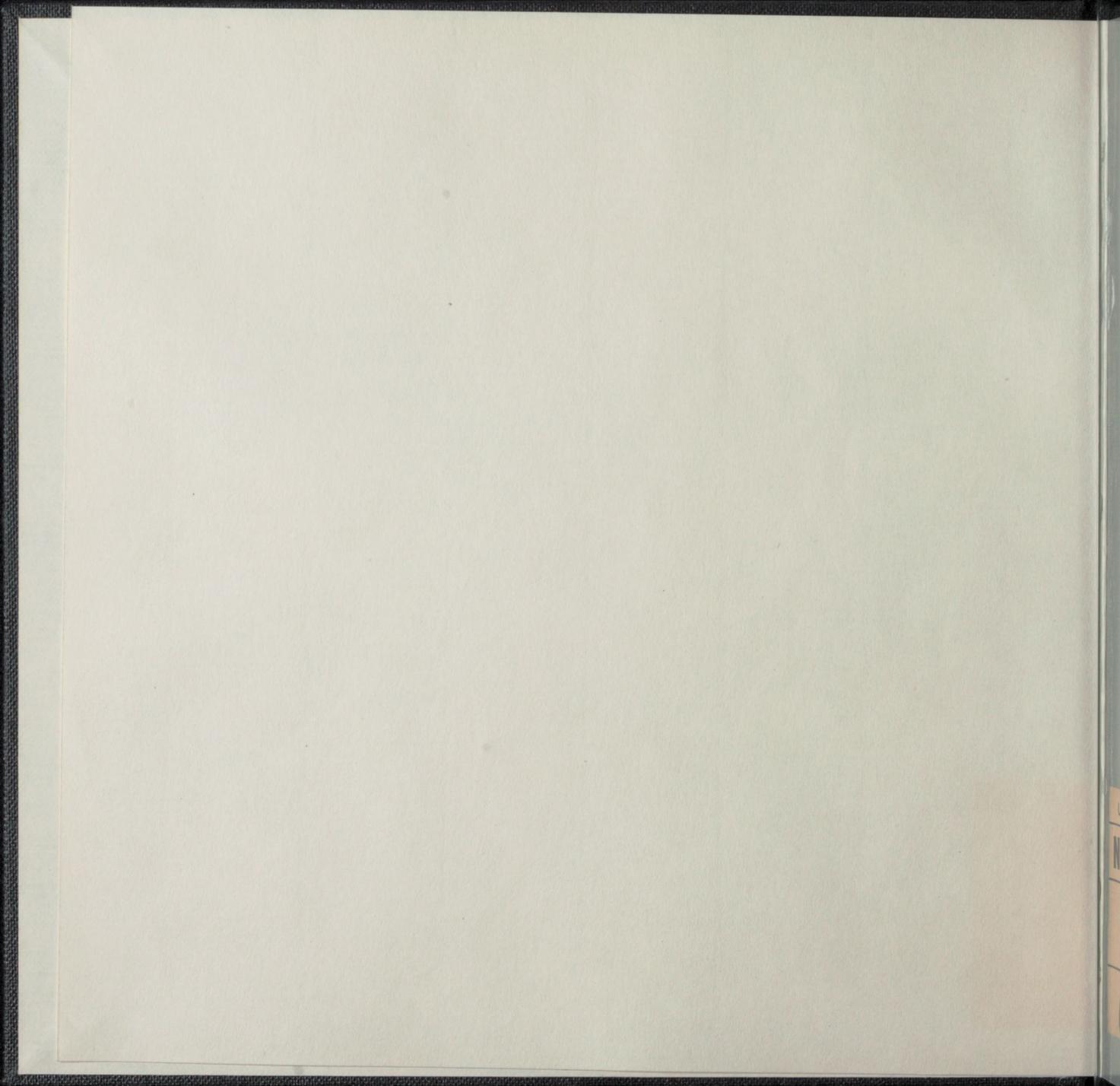
<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn88206259X>

Druck Freier  Zugang  All Rights Reserved OCR-Volltext









USE

W

C

Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock



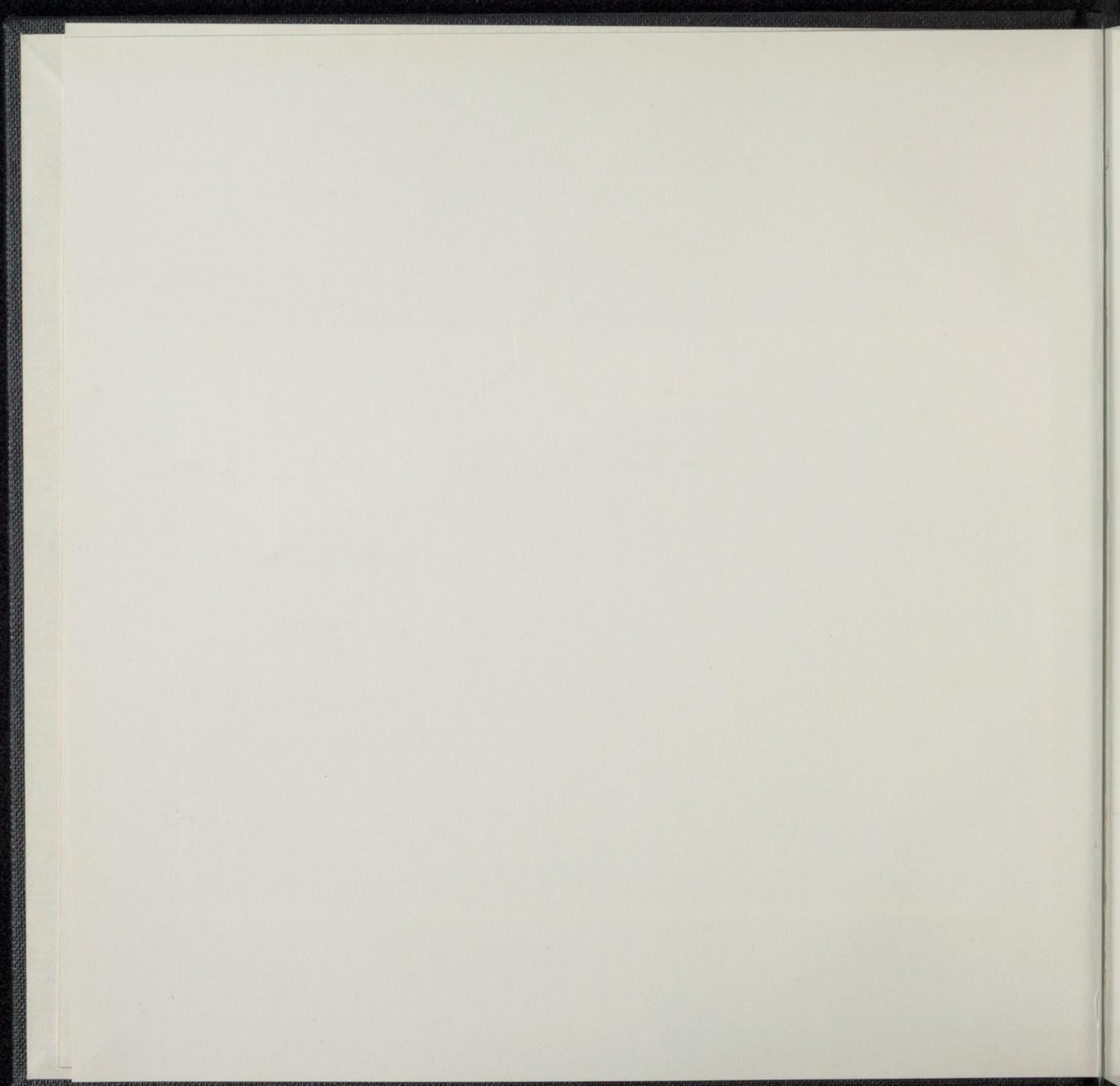
UB Rostock

NMK-ZA

89

(12)

Heft **12**



Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

Maria Bothe/Gottfried Schulze

Wirtschaftswissenschaftliche Lehre
und Forschung
an der alma mater rostochiensis

- ein Beitrag zur Geschichte der Sektion
Sozialistische Betriebswirtschaft -

Heft 12

WILHELM · PIECK · UNIVERSITÄT ROSTOCK 1988



MMK-2A89 (12)

Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

Herausgeber:

Der Rektor der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Wolfgang Brauer

Redaktionskollegium:

Lothar Elsner (Leiter), Martin Guntau, Gerhard Heitz, Ulrich Seemann

Titelbild

Gebäude der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock in der Klement-Gottwald-Straße

INHALT

	Seite
Vorwort	5
I. Die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie an der Rostocker Universität (vom 18. Jahrhundert bis 1945)	6
1. Von den Anfängen als „Staatswissenschaften“ an der Philosophischen Fakultät	6
1.1. „Ökonomie und Kameralwissenschaften“ oder „Staatswissenschaften“	6
1.2. Die Staatswissenschaftliche Professur (1856—1924)	7
1.3. Das Staatswissenschaftliche Seminar (1898—1924)	14
2. Die Wirtschaftswissenschaften an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (1924—1945)	16
2.1. Von den „Staatswissenschaften“ zur „Wirtschaftswissenschaft“	16
2.2. Die ökonomischen Professuren und ihre Vertreter an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus (1924—1945)	17
2.3. Die Herausbildung und Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre	19
II. Die Entwicklung der ökonomischen Disziplinen nach der Zerschlagung des Faschismus — Der Kampf um die Anerkennung und Durchsetzung des Marxismus-Leninismus (1945—1951)	21
III. Marxistisch-leninistisch fundierte wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und Forschung an der alma mater rostochiensis	25
1. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät leistet ihren Beitrag zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus im Norden der Deutschen Demokratischen Republik	25
1.1. Der Beginn einer akademischen Ausbildung von Ökonomen für die sozialistische Volks- und Betriebswirtschaft	25
1.2. Mitwirkung an der sozialistischen Umgestaltung des Ostseebezirkes in Theorie und Praxis	29
1.3. Bilanz nach 10 Jahren	31

	Seite
1.4. Die Absolventen der ersten Matrikel bewähren sich in der gesellschaftlichen Praxis	37
2. Die Ingenieurökonomische Fakultät beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik	39
2.1. Aus- und Weiterbildung — ausgerichtet auf die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus	39
2.2. Die Wirksamkeit der Fakultät im Territorium	41
3. Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft und ihre Praxispartner in enger Kooperation bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft	44
3.1. Fortsetzung der Tradition der „Roten“ Fakultät	44
3.2. Ökonomie-Studenten kämpfen für gesellschaftlichen Fortschritt und hohe Studienleistungen	49
3.3. Die Entwicklung der Auftragsforschung an der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft	53
3.4. Internationale Wissenschaftskooperation	56
3.5. Die Lehrstühle der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft als Träger der Rostocker wirtschaftswissenschaftlichen Schulen	57
4. Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft auf dem Wege ins dritte Jahrtausend	63
5. Literatur	64
Anhang: Statistische Angaben	66
Autorenverzeichnis	69
Bildnachweis	69

Die Autoren danken den Emeriti Prof. Dr. Alfred Klein und Prof. Dr. Herbert Luck, den Lehrstuhlleitern und Mitgliedern der FDJ-Leitung der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft für ihre Zusarbeiten, sowie Prof. Dr. Lothar Elsner (Sektion Geschichte) und Dr. Peter Köppen (Sektion Marxismus-Leninismus) für ihre wertvollen Anregungen und kritischen Hinweise.

Kapitel I. und II. wurden von Maria Bothe, Kapitel III. von Gottfried Schulze verfaßt.

VORWORT

Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock kann im Herbst 1988 auf eine 20jährige Lehr- und Forschungstätigkeit zurückblicken. Sie setzte die im Jahre 1951 begonnene marxistisch-leninistische wirtschaftswissenschaftliche Hochschulausbildung fort. Aus diesem Anlaß soll mit der vorliegenden Veröffentlichung ein Beitrag zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Rostocker Universität geleistet werden.

Mit der Einbeziehung der historischen Entwicklung der ökonomischen Disziplinen an der Rostocker Universität vor 1945 wird deutlich, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Wissenschaftsentwicklung von den Interessen des Kapitals bestimmt wurde

und diesen diene. Die nach der Zerschlagung des Faschismus hergestellte enge Verbindung zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis dagegen leistete ihren Beitrag zur Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft für das Wohl aller Menschen. Gegenwärtig bereiten sich die Mitarbeiter der Sektion darauf vor, mit der Neugestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums den wachsenden Anforderungen an die Lehre, an die klassenmäßige Erziehung der Studenten und an die Forschung auf hohem Niveau gerecht zu werden.

Ausgerüstet mit den Erfahrungen der Vergangenheit kann der Weg in die Zukunft mit dem Blick auf das Jahr 2000 sicher beschritten werden.

Rostock, im März 1988

Prof. Dr. sc. oec. Karl-Heinz Gustmann
Direktor der Sektion
Sozialistische Betriebswirtschaft

I. Die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie an der Rostocker Universität (vom 18. Jahrhundert bis 1945)

1. Von den Anfängen als „Staatswissenschaften“ an der Philosophischen Fakultät

1.1. „Ökonomie und Kameralwissenschaften“ oder „Staatswissenschaften“?

Im Jahre 1760 erfolgte in der — aus der zeitweiligen Spaltung der Rostocker Universität /1, S. 76 ff./ hervorgegangenen — Universität in Bützow die Gründung einer ersten Professur für Ökonomie und Kameralwissenschaften. Die Kameralwissenschaften befaßten sich mit der Staats-, Finanz- und Steuerlehre. An vielen deutschen Universitäten und Hochschulen sind die Professuren der bürgerlichen Ökonomie aus den Kameralwissenschaften hervorgegangen. Für Rostock trifft das nicht zu.

Die ersten Vertreter des Faches — Daniel Gottfried Schreber (1709—1777), der von 1760 bis 1764 in Bützow wirkte /2/, sowie Christian Lorenz Karsten (1751—1829), der von 1775 bis 1789 in Bützow und danach bis 1818 in Rostock die Professur inne hatte, — kündigten zwar Vorlesungen über „Ökonomie-, Policey- und Kameralwissenschaften“ an, hatten aber in Bützow keine Hörer. Karsten widmete sich nach der Rückkehr der Universität nach Rostock fast ausschließlich der Landwirtschaft. So richtete er 1793 auf dem Neuen Werder bei Rostock eine landwirtschaftliche Lehranstalt ein, die aber nur kurze Zeit bestand. Als Nachfolger wurde Eduard Daniel Heinrich Becker (1793—1880) erst 1830 berufen. Die neue Bezeichnung seiner Professur „Ökonomie und Forstwirtschaft“ deutet bereits an, daß aus der Kameralwissenschaft in Rostock nicht die ökonomischen, sondern die agrarwissenschaftlichen Disziplinen entstanden. Becker

kündigte ausschließlich Vorlesungen zu land- und forstwirtschaftlichen Themen an. Sein Nachfolger — Graf zur Lippe-Weißenfels (geb. 1825) — der schon seit 1872 „als zweiter Professor der Landwirtschaft (Hervorh. — M. B.) neben dem damaligen schon alternden Professor Becker“ berufen worden war, war zugleich der letzte Vertreter seines Faches. Nach seinem Ausscheiden im Jahre 1879 wurde „die Stelle eines Professors der Landwirtschaft... nach allerhöchster Bestimmung nicht wieder besetzt“.

Die Entwicklung der ökonomischen Professuren erfolgte in Rostock aus philosophischen Professuren unter der Bezeichnung „Staatswissenschaften“. „Staatswissenschaften“ war nach zeitgenössischen Auffassungen ein Sammelbegriff für verschiedene Lehrdisziplinen und umfaßte Staatsrecht und Völkerrecht, politische Ökonomie, Polizeiwissenschaft, Politik, Statistik und Staatengeschichte. Im 19. Jahrhundert wurde er für die ökonomischen Disziplinen, wie Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, verwendet, erfaßte aber auch die Statistik und die Sozialpolitik /3, S. 257/.

Die Entwicklung der Staatswissenschaften begann in Rostock 1756 mit der Berufung von Jakob Friedrich Rönneberg (1738—1809). Zunächst als Professor für „Moral“, später für „Natur- und Völkerrecht“, kündigte er neben philosophischen und rechtswissenschaftlichen Vorlesungen auch „cameralwissenschaftliche“ Vorlesungen an. Aber im Unterschied zu Schreber und Karsten nicht als

„Ökonomie und Kameralwissenschaften“ — wobei hier Ökonomie soviel wie Landwirtschaft bedeutete —, sondern als „politica camerali“.

Im Jahre 1789 traten dann in Rostock erstmalig die Staatswissenschaften bei einer Berufung auf, als Gerhard Philipp Heinrich Norrmann (1753—1837) zum Professor für „Geschichte und Staatswissenschaften“ berufen wurde. Aber Norrmann war auf diesem Gebiet sicher nicht sehr wirksam. Er kündigte zwar neben Vorlesungen zur Geschichte auch „Staatswissenschaft und Finanzwissenschaft“ an, berichtete aber mehrmals darüber, daß seine Vorlesungen mangels Hörer nicht zustande kamen.

Norrmann zählt zu den herausragenden Gelehrten an der Rostocker Universität, die in der Zeit nach der Französischen Revolution von 1789 die progressiven Ideen des ökonomischen Liberalismus vertraten.

An einer unter fürstlicher Oberaufsicht stehenden Landesuniversität in einem rückständigen Agrargebiet gelegen, trat Norrmann entschieden für eine uneingeschränkte Handelstätigkeit insbesondere bei Getreide ein und meinte, daß der Wohlstand eines Staates von der Förderung der Industrie, der Gewerbefreiheit und der Unabhängigkeit des Bauernstandes abhingen. Norrmann erkannte, daß diese Entwicklung aber nur durch Veränderung der inneren Verfassung Mecklenburgs möglich sei, d. h. der Entwicklung aus einem feudal-absolutistischen Ständestaat in einen bürgerlichen Staat /vgl. 4/.

Nach Norrmanns Tod wurden die Staatswissenschaften in Rostock bis zum Jahre 1856 nicht vertreten, obwohl sich die Philosophische Fakultät wiederholt um die Berufung eines geeigneten Gelehrten bemüht hatte, aber vom zuständigen Ministerium der Mecklenburgischen Landesregierung nicht die erforderliche Genehmigung erhielt. Das wurde hauptsächlich mit fehlenden Geldmitteln begründet — was sicher an der Universität eine wesentliche Rolle spielte. Aber die in den Berufsakten mehrfach auftretenden Forderungen der Landesregierung, daß nur „Männer mit einer konservativen Gesinnung und konservativer wissenschaftlicher Richtung“ in Frage kämen, die außerdem noch „dem evangelisch-lutherischen Glaubensbekenntnis angehören“ mußten, deuten doch daraufhin, daß die finanziellen Gründe nicht allein ausschlaggebend waren.

Mit der Wiederbesetzung der Staatswissenschaftlichen Professur im Jahre 1856 begann dann der eigentliche Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Ökonomie an der Rostocker Universität.

1.2. Die Staatswissenschaftliche Professur (1856—1924)

Die Wiederbesetzung der Staatswissenschaftlichen Professur erfolgte in einer Zeit, in der in Deutschland nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 die entscheidenden Grundlagen für die Industrialisierung gelegt wurden, Mecklenburg aber noch eines der rückständigsten Agrargebiete Deutschlands blieb, in dem sich nur geringe Ansätze industrieller Entwicklung zeigten.

Dementsprechend hatte die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie in dieser Zeit an der Rostocker Universität im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten nur eine geringe Bedeutung /vgl. 3, S. 108/. Das zeigte sich unter anderem darin, daß es bis zur Novemberrevolution nur eine einzige Staatswissenschaftliche Professur gab, daß diese Professur zumeist von jüngeren, in der Fachwelt noch unbekannteren Wissenschaftlern, besetzt werden mußte — sowohl aus finanziellen Gründen als auch infolge er o. g. Beschränkungen — die nur wenige Jahre in Rostock wirkten, sowie in der im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten auch relativ späten Einrichtung eines Staatswissenschaftlichen Seminars im Jahre 1898 und in vergleichsweise geringen Studentenzahlen /5/.

Professoren der Staatswissenschaften an der Philosophischen Fakultät waren:

- Erwin Nasse (1856—1859)
- Carl Friedrich Hermann Roesler (1861—1878)
- Hermann Paasche (1879—1884)
- Wilhelm Stieda (1884—1898)
- Karl Diehl (1898—1899)
- Richard Ehrenberg (1899—1921)
- Erwin von Beckerath (1920—1922 als a.o.P.)
- Friedrich Hoffmann (1922—1924)
- Heinrich Mannsteadt (1923—1924)

Dr. phil. Erwin Nasse (1829—1890), der nach philosophischen, historischen und ökonomischen Studien in Bonn, Göttingen und Berlin 1856 eine erste Berufung nach



Prof. Dr. Carl Friedrich Hermann Roesler

Basel und im gleichen Jahr nach Rostock erhielt, hielt Vorlesungen über Nationalökonomie, Finanz- und Polizeiwissenschaft vor 6 bis 20 Studenten. Nach seiner Berufung nach Bonn, wo er bis zu seinem Tod als Hochschullehrer tätig war, nahm Nasse weiterhin durch Gutachten und Vorschläge Einfluß auf die Berufungen der Staatswissenschaftlichen Professur in Rostock. Nasse gehörte der sogenannten jüngeren historischen Schule der bürgerlichen Ökonomie in Deutschland an und war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des „Vereins für Sozialpolitik“ /6, S. 8 ff./.

Dem 1872 gegründeten Verein gehörten neben Industriellen, Großagrariern und Publizisten vorwiegend

Hochschullehrer an. Er war das „zentrale Organ“ des „Kathedersozialismus“, der die deutsche Form des „Bourgeoisozialismus“ darstellte und ideologischer Ausdruck des junkerlich-bourgeois Klassenkompromisses in Deutschland war /vgl. 7, S. 56 ff./.

Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als in Deutschland ein bedeutender Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung erfolgte, versuchten die Kathedersozialisten durch Propagierung sozial-reformistischer Auffassungen dem wachsenden Einfluß des Marxismus in der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken.

Nasse hielt in diesem Sinne unmittelbar in der Zeit der Vorbereitung und Durchführung des „Eisenacher Kongresses“, auf dem die erste deutsche Arbeiterpartei gegründet wurde, Vorträge, in denen er sich aus sozial-ethischer und religiöser Position zur sogenannten Arbeiterfrage äußerte und die Durchführung sozialer Reformen forderte, um eine „sittliche Gemeinschaft“ zwischen Arbeitern und Unternehmern zu erreichen /vgl. 8/. (Neben Nasse waren fast alle späteren Rostocker Ökonomen an der Arbeit des Vereins für Sozialpolitik beteiligt, wobei Stieda, Diehl und C. v. Dietze besonders aktiv waren.)

Als Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses (von 1869 bis 1879) gehörte Nasse der „freikonservativen Fraktion“ und der Budgetkommission an. Obwohl er im allgemeinen die Politik Bismarcks unterstützte, sprach er sich konsequent gegen dessen auf die Eroberung fremder Märkte gerichteten Schutzzollpolitik aus /vgl. 9/. Damit setzte er sich auch in Widerspruch zu den führenden Kräften des Vereins für Sozialpolitik. In der auf seine Initiative ausgelösten Debatte zur Zolltarifvorlage, in der er als gemäßigter Freihändler gegen Agrarzölle auftrat, erlitt er eine Niederlage /vgl. 6, S. 33 ff./ und ist danach aus dem preußischen Parlament ausgeschieden.

Nach dem Weggang Nasses blieb die Staatswissenschaftliche Professur zwei Semester unbesetzt, obwohl die Philosophische Fakultät rechtzeitig entsprechende Vorschläge gemacht hatte. Statt des unter anderem vorgeschlagenen bekannten bürgerlichen Ökonomen Karl Knies wurde mit Dr. jur. et. phil. Carl Friedrich Hermann Roesler (1834—1894) wieder ein junger unbekannter Mann berufen, dessen Interesse bis dahin mehr auf die Rechtswissenschaften gerichtet war. Roesler hatte sich

nach einem juristischen Studium in Erlangen, praktischer juristischer Tätigkeit unter anderem in Nürnberg und München, sowie weiteren juristischen und ökonomischen Studium in München, in Erlangen zum Privatdozenten für Staatswissenschaften habilitiert. Seine Berufung zum ordentlichen Professor für Staatswissenschaften nach Rostock erfolgte vor allem auf Grund einer Schrift „Zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn“ (Erlangen 1861), zu der Erwin Nasse ein positives Gutachten erteilte. Das Konzil befürwortete nach längeren Diskussionen die Berufung Roeslers mit dem Hinweis darauf, daß er „politisch intact sei, namentlich in keiner Beziehung zum Nationalverein stehe“ und kam damit den Wünschen der Regierung entgegen, die den Nationalverein verboten hatte. Roesler gehörte zu den wenigen bürgerlichen Ökonomen, die Rostock erst nach einer langjährigen Tätigkeit verließen.

Er hielt wie sein Vorgänger Vorlesungen über „Nationalökonomie“, „Finanz- und Polizeiwissenschaft“ und kündigte 1865/66 Vorlesungen zur Volkswirtschaftslehre an. Ab 1869/70 wurde dann die Vorlesung „Polizeiwissenschaft“ als „Verwaltungsrecht der Polizei“ und die „Finanzwissenschaft“ als „Finanz- und Militärverwaltung“ bezeichnet.

Obwohl Roesler im wesentlichen den Positionen der historischen Schule der bürgerlichen Ökonomie folgte, nahm er aber doch eine gewisse Sonderstellung ein, indem er die „sozialen Rechtsverhältnisse“ — wie sie sich historisch herausgebildet hatten — als regelndes Prinzip der Wirtschaft aufbaute /10, S. 268/, ökonomische Gesetze deshalb ablehnte, weil in der Volkswirtschaft „das Recht als die gemeinschaftliche, aus dem geschichtlichen Leben selbst hervorquellende Regel der menschlichen Freiheit“ herrschen müsse und nicht „die blinde Notwendigkeit“ /11, S. IV/.

Aus dieser Sicht bemühte sich Roesler um die Begründung einer „sozialrechtlichen Schule“ der politischen Ökonomie, fand aber nicht das Interesse seiner Fachkollegen, was er bitter beklagte /11, S. IV/. Marx meinte zur Auffassung Roeslers, daß die politische Ökonomie „als soziale Wissenschaft . . . vorzugsweise Rechtswissenschaft sei“ und vor allem „die Erforschung der Rechtsformen des Wirtschaftslebens beinhalten“ /12, S. 464/ müsse, sarkastisch, daß hier „die politische Ökonomie in Blech über Rechtsbegriffe aufgelöst werden“ solle /13, S. 6/.

Aus seiner naturrechtlichen Auffassung heraus versuchte Roesler, auch die Klassenharmonie zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu begründen /vgl. 11, S. 80/81/ und geriet damit später zu einer bemerkenswerten Kritik am Preußentum, der Person Bismarcks und der Reichsverfassung von 1871 /14, S. 4 ff./. Bismarcks Politik habe zur Zerstörung der Klassenharmonie geführt, und die Reichsverfassung sei die „Hauptquelle aller Übelstände“ /ebenda, S. 6/. Mit dieser Kritik setzte sich Roesler in einen offenen Gegensatz zu denjenigen Vertretern des Kathedersozialismus, die die „Lösung der Arbeiterfrage“ durch soziale Reformen gemeinsam mit Bismarck anstrebten, um auf diese Weise die Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Allerdings hat Roesler keinen Zweifel daran gelassen, daß auch er „den unklaren sozialistischen und communistischen Tendenzen“, von denen die Zeit „in gefahrdrohender Weise so vielfach geschwängert und verunstaltet“ würde, „einen Damm entgegen“ setzen wollte /15, S. III/, aber im Gegensatz zu Bismarck und den Kathedersozialisten „auf der Grundlage der reinen Wissenschaft“ /ebenda/ bzw. durch eine entsprechende Gestaltung der Rechtsnormen.

Roeslers Tätigkeit war für die Rostocker Universität von bleibender Bedeutung, weil auf seine Veranlassung ein Exemplar der Erstausgabe von Karl Marx „Das Kapital“ von 1867 angeschafft wurde, von der heute nur noch wenige Exemplare existieren /vgl. 16/. Roesler schrieb auch als einer der ersten bürgerlichen Ökonomen eine umfangreiche Rezension zum Marx'schen Hauptwerk, das er zwar in den Grundgedanken ablehnte, aber dem „gelehrten Studium“ empfahl /13, S. 464/. Nach 17jähriger Tätigkeit in Rostock folgte Roesler einem Ruf der japanischen Regierung und war zunächst als juristischer Berater im Auswärtigen Amt, dann als 1. Rechtsberater der japanischen Regierung hervorragend an der Ausarbeitung der Japanischen Verfassung und anderer Gesetze beteiligt, die in der Zeit der „Meiji-Restauration“ (1868—1912) den Übergang Japans zum Imperialismus juristisch fixierten /vgl. 17, S. 100/.

Nach Roeslers Weggang blieb die Staatswissenschaftliche Professur wieder zwei Semester unbesetzt, bis es gelang, wiederum einen jungen Ökonomen zu berufen. Dr. phil. Hermann Paasche (1851—1925) hatte bei Joh. Conrad (1839—1915) am Staatswissenschaftlichen Seminar in Halle studiert und war im Frühjahr 1879 als aus-

serordentlicher Professor an die Technische Hochschule nach Aachen berufen worden. Noch im gleichen Jahr folgte er der Berufung zum ordentlichen Professor für Staatswissenschaften nach Rostock. Hier hielt er bis 1884 Vorlesungen über „Theoretische Nationalökonomie“, „Volkswirtschaftspolitik“ und „Finanzwissenschaft“ und begann als erster Vertreter seines Faches in Rostock „Volkswirtschaftliche Übungen“ abzuhalten. Wie sein Lehrer J. Conrad, der Schüler des Mitbegründers der Historischen Schule Bruno Hildebrand (1812—1878) war, gehörte auch Paasche zu dieser Richtung der bürgerlichen Ökonomie. Während er sich in Halle vorwiegend mit statistischen Untersuchungen befaßte und einen nach ihm benannten Preisindex entwickelt hatte /vgl. 18, S. 394/395/, machte er in Rostock hauptsächlich wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen /vgl. 5, S. 39/. Die Rostocker Zeit war für Paasche weniger auf wissenschaftlichem Gebiet als vielmehr hinsichtlich seiner politischen Tätigkeit von Bedeutung, die 1881 mit seiner Wahl zum Abgeordneten des Wahlkreises Rostock für den Reichstag begann. Bis zu seinem Weggang aus Rostock vertrat er dort die Interessen der Nationalliberalen Partei /1, S. 141/ und unterstützte die Bismarck'sche Sozialpolitik im Interesse der kapitalistischen Unternehmen. Nach 1895 unterstützte er in seinen Reichstagsreden die imperialistische Kolonialpolitik und trat offen feindselig gegen die Sozialdemokratische Partei auf /vgl. 5, S. 40 ff./ Von politischen Gegnern wurde Paasche, der 1906 seine Hochschullehrerlaufbahn zugunsten der politischen Tätigkeit aufgab, vorgeworfen, daß er der „Prototyp des geschäftstüchtigen Parlamentariers sei und als Verbindungsmann zur Industrie (besonders der Zuckerindustrie) Vorsitzender bzw. Mitglied mehrerer Aufsichtsräte war /19, S. 175/.

Nachfolger Paasches wurde der „am stärksten historisch orientierte Vertreter des Faches“ /1, S. 141/ Dr. phil. Wilhelm Stieda (1852—1932).

Als Schüler und Mitarbeiter eines der führenden Vertreter der jüngeren historischen Schule, Gustav Schmoller (1838—1917), folgte er nach einer zweijährigen Tätigkeit im Kaiserlich Statistischen Amt in Berlin, 1884 dem Ruf nach Rostock, wo er in den folgenden 14 Jahren den Lehrstuhl für Staatswissenschaften inne hatte. Er hielt in dieser Zeit regelmäßig die Vorlesungen zur „Theoretischen und praktischen Volkswirtschaftslehre“ bzw. „Volkswirtschaftspolitik“, während einiger Semester auch

zur „Statistik“ und begann 1892/93 mit einer für die Rostocker Universität neuen Vorlesung zur „Sozialpolitik“, zu der er auch eine Literaturzusammenstellung veröffentlichte, in der neben den Publikationen führender Vertreter der bürgerlichen Ökonomie — vorwiegend der historischen Schule, wie Brentano, Schmoller u. a. — auch Arbeiten von Marx, Engels und Mehring enthalten sind /vgl. 20/. Während seiner Rostocker Jahre war Stieda einmal als Dekan der Philosophischen Fakultät (1888/89) und einmal als Rektor der Universität (1896/97) tätig. Als bürgerlicher Ökonom hat Stieda keine Bedeutung erlangt. Zu theoretischen Problemen hat er sich nur in wenigen gelegentlichen Bemerkungen geäußert. Dafür erlangten seine bedeutsamen historischen Quelleneditionen, insbesondere zur Geschichte der Hanse sowie seine wissenschaftsgeschichtlichen, universitäts- und wirtschaftsgeschichtlichen Studien eine hohe Wertschätzung /vgl. 1, S. 141/. Mit einigen dieser Arbeiten hat Stieda auch einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte der Universität Rostock geleistet /vgl. 21/. Bleibt zu erwähnen die Mitarbeit Stiedas im Verein für Sozialpolitik, wo er Mitglied des leitenden Ausschusses war und seine leitende Tätigkeit im „Verband des öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweises in Sachsen“ /vgl. 5, S. 46 ff./ Beides — sowie seine Ausfühungen auf einer „Kirchlich-sozialen Kriegstagung“ von 1916 — zeugen davon, daß Stieda nicht nur die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Reformpolitik der Kathedersozialisten aktiv unterstützte, sondern sich auch deren politischer Zielrichtung bewußt war. So wurde auf der genannten Kirchentagung ein Antrag angenommen, in dem es hieß: „Die Versammlung bekennt sich zu dem Worte von Herrn Geheimrat Stieda, daß die deutsche Arbeiterbewegung, je mehr Rechte man ihr gibt, desto besonnener wird“ /22/. In diesem Sinne betätigte sich Stieda auch in seiner Leipziger Zeit ab 1898. So wurde 1900 unter seiner Beteiligung der Leipziger Arbeitsnachweis gegründet und in der Leipziger Volkshochschule — einer bürgerlichen Bildungsanstalt — war Stieda mit Vorträgen bemüht, in der Arbeiterklasse bürgerliche Ideologie zu verbreiten, um „die Arbeiterschaft organisch in den nationalen Staat einzufügen“ /23, S. 4/.

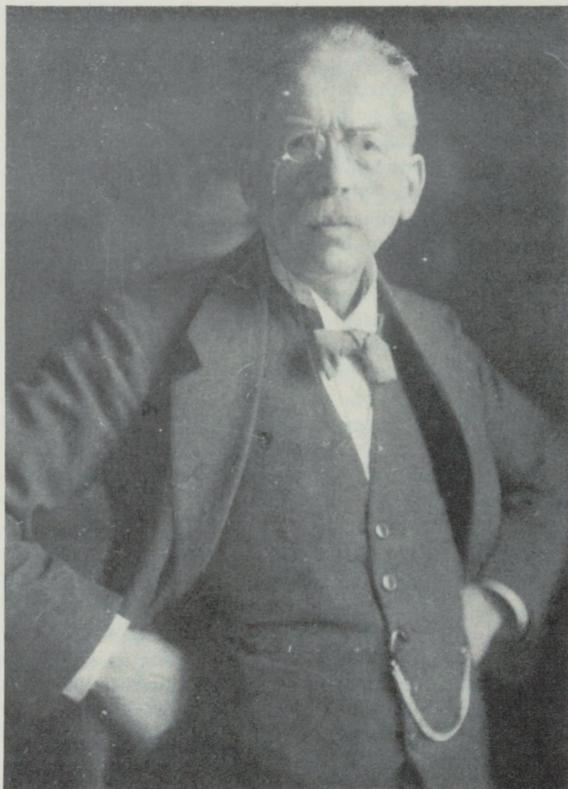
Der Nachfolger Stiedas als Ordinarius, Dr. phil. Karl Diehl (1864—1943), lehrte nur zwei Jahre lang in Rostock. Dennoch hatte seine Tätigkeit für die Ausbildung der Studierenden auf dem Gebiet der bürgerlichen Öko-

nomie hier eine nachhaltige Wirkung. Auf seine Veranlassung wurde 1898 das Staatswissenschaftliche Seminar gegründet, er war nach seinem Weggang noch mehrfach in Berufsfragen als Gutachter tätig und übte insbesondere durch seine veröffentlichten Vorlesungen und anderen Schriften sowie die gemeinsam mit seinem Freiburger Kollegen Paul Mombert (1876—1938) herausgegebenen „Ausgewählte(n) Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie“ einen breiten Einfluß auf die akademische Jugend seiner Zeit aus. In den „Lesestücken“ wurden unter anderem auch marxistische Schriften und Dokumente der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften veröffentlicht. So enthält der 11. Band von 1920 Marx' Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ und im 12. Band wurden unter anderem im Literaturverzeichnis auf Veröffentlichungen von W. I. Lenin, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Franz Mehring hingewiesen. Von Diehl — einem anerkannten Lehrer der Studenten — herausgegeben, wurden diese Schriften und Dokumente „hoffähig“, d. h. als akademisches Studienmaterial anerkannt. Diehl hatte unter anderem in Berlin, Jena und Halle Nationalökonomie bei den bekannten Kathedersozialisten Schmoller, Wagner und Conrad; Geschichte bei Treitschke und Jura bei Stammler (1856—1938) studiert; 1888 in Halle mit einer Arbeit über den französischen kleinbürgerlichen Sozialisten Pierre Joseph Proudhon (1809—1865) promoviert und nach Fortsetzung seines Studiums in Wien (Nationalökonomie bei Anton und Carl Menger — einem Vertreter der Grenznutzenschule) 1890 mit dem zweiten Teil seiner Arbeit über Proudhon — wiederum in Halle habilitiert, wo er dann drei Jahre als Privatdozent tätig war und 1893 eine außerordentliche Professur erhielt. Als er 1898 nach Rostock kam, hatte er sich schon als Hochschullehrer bewährt.

Obwohl Diehl als Schüler bekannter Kathedersozialisten und als aktives Mitglied des Vereins für Sozialpolitik weitgehend mit den Auffassungen dieser Richtung übereinstimmte, gibt es doch einige wesentliche Unterschiede, die Diehl aus dem Gros der Vertreter dieser Richtung herausheben. So kam er mit seinem Versuch, eine „sozialrechtliche Richtung“ der bürgerlichen Ökonomie zu begründen /24, 25/, dem sogenannten Institutionalismus nahe, einer Richtung der bürgerlichen Ökonomie, die J. Kuczynski als „Sonderform des bürgerliche verzerrten Historismus in der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ /26, S. 50/ bezeichnete.

Diehl selbst schätzte ein, daß sich „die grundlegenden methodologischen Gesichtspunkte der sozialrechtlichen Schule... in modifizierter Form in einer neuerdings in den Vereinigten Staaten immer mehr aufkommenden Gedankenrichtung... in der sogenannten institutionalistischen Schule“ wiederfinden /24, S. 20/. Im Gegensatz zu den Kathedersozialisten, deren gesamte Tätigkeit das „Grauen und die Feindschaft gegenüber dem Marxismus“ /7, S. 19/ beherrschten, und die offen gegen die sozialistischen Ideen in der Arbeiterbewegung auftraten, war Diehl Zeit seines Lebens bemüht, die Auffassungen von Marx und anderer marxistischer Autoren vom bürgerlich objektivistischen Standpunkt dogmengeschichtlich in das System der „Nationalökonomie“ einzuordnen. Dabei überließ er einerseits seinen Lesern die Entscheidung darüber, welche Gesellschaftsordnung erstrebenswert sei, da eine solche Entscheidung „die der Wissenschaft gesteckte Grenze überschreiten würde“ /27, S. 342/, ließ aber andererseits keinen Zweifel daran, daß er persönlich das kapitalistische System bevorzugte.

Diehls Haltung zu Marx — der für ihn ein Theoretiker unter vielen war —, seine loyale Haltung zu sozialistischen Auffassungen, brachten ihm unter Fachkollegen den Ruf ein, „dem Sozialismus besonders nahe zu stehen“ /28, S. 79/. Eine nähere Betrachtung zeigt aber, daß es Diehl nicht gelungen ist, zu einem tieferen Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der marxistischen politischen Ökonomie vorzudringen und die wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung der von Marx ausgelösten Revolution im ökonomischen Denken zu erfassen. Allein die Tatsache, daß er neben Marx auch Rodbertus und Lassalle zu den Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus rechnete /vgl. 27/, zeugt von seinem Unvermögen, die Bedeutung von Marx zu erfassen. Trotzdem wurden Diehls Vorlesungen „Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ 1933 von den Faschisten „infolge einer grotesken Fehlbeurteilung“ — wie C. v. Dietze schrieb — verbrannt /29, S. 91/. Das mag dazu beigetragen haben, daß sich Karl Diehl bis zu seinem Lebensende nicht aktiv für den Faschismus engagierte. Diehl wurde 1899 zunächst nach Königsberg berufen und war dann ab 1908 an der Universität in Freiburg/Br. als Hochschullehrer tätig. Die Rostocker Universität würdigte seine Verdienste anläßlich der 500-Jahrfeier im Jahre 1919 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.



Prof. Dr. Richard Ehrenberg

Nach Diehls Weggang kam mit Dr. cam. Richard Ehrenberg (1857—1921) ein Mann als nach wie vor einziger Vertreter der Staatswissenschaften nach Rostock, dessen Tätigkeit für die Universität in den folgenden 20 Jahren sehr widersprüchlich zu bewerten ist.

Ehrenberg stand zur Zeit seiner Berufung auch noch am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn. Als Theoretiker der bürgerlichen Ökonomie konnte er keine größere Bedeutung erreichen. Viele seiner Veröffentlichungen haben den Charakter wirtschaftsgeschichtlicher Materialsammlungen /vgl. 5, S. 74 ff./, wobei soziologische Fra-

gen in der Landwirtschaft zunehmend in den Mittelpunkt seines Interesses rückten.

Obwohl Ehrenberg — wie er selbst schrieb — auch auf dem Boden der historischen Schule stand /30, S. 6/, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und einigen führenden Vertretern der Kathedersozialisten, wie G. Schmoller und L. Brentano, die bis zu öffentlichen gegenseitigen Vorwürfen in der Tagespresse führten /vgl. 31/.

Zunächst ging der Streit scheinbar um die Forschungsmethode. Ehrenberg lehnte die von der historischen Schule bevorzugte induktive Methode ab und setzte ihr den Versuch entgegen, eine „exakt-vergleichende Methode“ der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zu begründen, eine Forschungsmethode, die inzwischen als ökonomisch statistische Methode der Faktorenanalyse bei ökonomischen Untersuchungen Anwendung findet.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß dieser Methodenstreit letztlich darum ging, wie mit welchen Mitteln der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung geführt werden sollte. Ausgehend von vulgären Harmonievorstellungen über die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bekämpfte Ehrenberg die sozialpolitischen Forderungen der Kathedersozialisten — insbesondere der von Brentano vertretenen Richtung und betrachtete die Politik Bismarcks als „Leitstern sozialer Erkenntnis“ /32, S. 139/. Im Gegensatz zu den Kathedersozialisten und insbesondere zu Brentano vertrat Ehrenberg offen die Interessen des Kapitals, indem er aus „gemeinsamen Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeitern“ die Herstellung einer „Arbeitsgemeinschaft“ forderte. Das führte zur Verschärfung der Polemik, wobei Ehrenberg auch vorgeworfen wurde, daß er zur Begründung eines „Instituts für exakte Wirtschaftsforschung“ beträchtliche Summen von der Großindustrie erhalten hatte — was auch zu Auseinandersetzungen mit der Universitätsleitung und dem zuständigen Ministerium der Landesregierung in Schwerin geführt hatte und die Bestrebungen der Vertreter der Großindustrie, für Ehrenberg eine Berufung an eine der führenden Universitäten Deutschlands zu erwirken, vereitelte /vgl. 5, S. 89/.

Ehrenbergs Bemühungen ist es aber auch zu verdanken, daß der Universität Rostock im Jahre 1901 der handschriftliche Nachlaß des mecklenburgischen Gutsbesitzers, bürgerlichen Ökonomen und Mitbegründers der land-

wirtschaftlichen Betriebslehre Johann Heinrich von Thünen (1783—1850), der unter anderem aus dessen Buchführung, seinem Briefwechsel und ungedruckten Manuskripten bestand, gestiftet wurde. Die hauptsächlichsten Aktivitäten Ehrenbergs waren in den folgenden Jahren mit dem daraus gebildeten „Thünen-Archiv“ verbunden. Das betrifft die unter dem Titel „Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung“ ab 1906 herausgegebene Schriftenreihe, die Gründung eines „Instituts für exakte Wirtschaftsforschung“ sowie einer gleichnamigen Vereinigung im Jahre 1910.

Von Ehrenberg wurden diese Institutionen genutzt, um seine arbeiterfeindlichen Auffassungen zu verbreiten. Nachdem die Versuche gescheitert waren, in Leipzig eine „Professur für exakte Wirtschaftsforschung“ zu begründen, traten immer mehr Untersuchungen der Agrarverhältnisse in Mecklenburg in den Vordergrund, die dazu dienten, mit Hilfe der sogenannten „Inneren Kolonisation“ die Agrarstruktur Deutschlands im Interesse der Agrarpolitik des deutschen Imperialismus zu gestalten.

Ehrenberg mußte als einziger Vertreter der Staatswissenschaften die dazu gehörenden Vorlesungen halten, wie „Allgemeine und spezielle Volkswirtschaftslehre“, „Finanzwissenschaft“, Handels-, Bank- und Börsenwesen und hielt Übungen im Staatswissenschaftlichen Seminar ab. Darüber hinaus las er über solche Themen, wie „Wirtschafts- und Sozialpolitik des Fürsten Bismarck“, „Kolonialistische Probleme“, „Kriegswirtschaft“ und — nach dem ersten Weltkrieg — „Erwerbswirtschaft und Sozialismus“. Da es keine schriftlichen Zeugnisse des Inhalts dieser Vorlesungen gibt, können wir nur aus der Tatsache, daß er bis zu seinem Tod im Jahre 1922 an seinen vulgären arbeitsfeindlichen Auffassungen von der „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Unternehmern und Arbeiterklasse festhielt, auf den reaktionären Inhalt seiner Lehrtätigkeit schließen.

Die Nachfolge Ehrenbergs als Ordinarius für Staatswissenschaften trat 1922 Prof. Dr. phil. Friedrich Hoffmann (1880—1963) an. Er hatte in Kiel und Berlin studiert und war unter anderem am Institut für Weltwirtschaft in Kiel tätig. Während seiner Amtszeit begann in Rostock ein Prozeß institutioneller Veränderungen, der mit der Einführung des „Doktors der Staatswissenschaften“ bereits 1920 einsetzte und über die Einführung der Prüfungsordnung für Diplomvolkswirte (1922) schließlich dazu führte,

daß 1924 die Staatswissenschaften aus der Philosophischen Fakultät ausgegliedert und als Wirtschaftswissenschaften mit der ehemaligen Juristischen Fakultät zur Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zusammengefaßt wurden. Hoffmann folgte aber bereits vor dem Abschluß dieses Prozesses einer Berufung nach Münster.

Aus Anlaß der 550-Jahrfeier der Gründung der Rostocker Universität erfolgte 1919 die Bildung einiger Lehrstühle, darunter auch eines Extraordinariats für Volkswirtschaftslehre /1, S. 215/. Erster Inhaber der Professur war Dr. phil. Erwin von Beckerath (1889—1964), der nach dem Studium in Freiburg und verschiedenen Tätigkeiten (unter anderem als Prinzenenerzieher) Privatdozent in Leipzig war. Er erhielt den Auftrag, in Rostock „Vorlesungen über allgemeine theoretische und spezielle praktische Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik“ zu halten. Nach dem Ableben Ehrenbergs lehnte Beckerath die Berufung zum ordentlichen Professor in Rostock ab und folgte 1922 einem Ruf nach Kiel.

Sein Nachfolger als Extraordinarius wurde 1923 der damalige außerordentliche Professor an der Bonner Universität, Dr. phil. et. rer. pol. Heinrich Mannstädt (1872 bis 1932). Bereits ein Jahr später wurde er nach dem Weggang Hoffmanns zum Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an die inzwischen gebildete Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Rostocker Universität berufen, wo er bis zu seinem Ableben tätig war.

Die Vorlesungen der Rostocker Professoren für Staatswissenschaften hatten relativ wenig Hörer.

Die gesamte Rostocker Universität hatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst etwa 120 Studenten je Semester und erreichte eine Steigerung auf etwa 500 gegen Ende des Jahrhunderts. Dabei betrug der Anteil der Rostocker Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland 1856/57 ca. 1 Prozent und 1898/1899 ca. 1,4 Prozent /vgl. 33, S. 394 ff./. An der Philosophischen Fakultät waren 1856/57 nur 18 Studenten eingeschrieben. 1866/67 erreichte ihre Zahl mit 12 Studenten einen Tiefpunkt und stieg dann 1892/93 auf mehr als 200 Studenten an. Aber innerhalb der Philosophischen Fakultät hatten wieder die Staatswissenschaften nur einen geringen Anteil. Aus den Berichten über die zustande gekommenen Vorlesungen geht hervor, daß

Nasse (1856—1859) zwischen 6 und 20 Hörer hatte. Roesler meldete zwischen 3 und 20 Hörer, ähnlich sein Nachfolger Paasche (3 bis 19 Hörer). Stieda berichtete für die Jahre 1884/85 bis 1892 auch über ähnliche Teilnehmerzahlen, während mit dem allgemeinen Anwachsen der Studentenzahlen an der Universität ab 1892/93 zunächst über 25 bis zu 48 Teilnehmer berichtet wurde. Es ist möglich, daß diese Entwicklung auf den guten Ruf, den Stieda als Universitätslehrer genoß, zurückzuführen war, denn mit der Berufung Ehrenbergs wurden ab Sommersemester 1899 wieder weniger Teilnehmer gemeldet. Ihre Zahl schwankt erheblich, liegt aber zwischen 5 (1901/1902) und 24 (1905). Auffallend ist, daß an besonderen Vorlesungen, die neben den Hauptfächern (theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre oder der Finanzwissenschaft) angekündigt wurden, wesentlich mehr Studenten teilnahmen. Das begann bei Stieda, der 1894/95 über 70 bis 80 Hörer in der Vorlesung „Sozialpolitik“ berichtete, auch Diehl 1898/99 hatte 98 Hörer in der Vorlesung „Sozialpolitik“, Ehrenberg hatte 1899/1900 40 bis 50 Hörer in einer Vorlesung über „Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Fürsten Bismarck“, die nur in diesem Semester gehalten wurde. 1907/08 las er über „Kolonialistische Probleme“ vor 47 Hörern und 1910/11 über „Fürst Bismarck als Volkswirt und Sozialpolitiker“ vor 34 Teilnehmern.

Offensichtlich gab es unter der Studentenschaft auch anderer Fakultäten der Universität ein breites Interesse für sozialpolitische Probleme. Das zeigte sich besonders, nachdem mit der Bildung der Weimarer Republik eine neue historische und politische Situation in Deutschland entstanden war. So berichtete Ehrenberg für das sogenannte Zwischensemester 1919 darüber, daß an seiner mit wöchentlich 4 Stunden gehaltenen Vorlesung zu „Erwerbswirtschaft und Sozialismus“ 140 Studenten teilnahmen. Diese außerordentlich hohe Beteiligung ist sicher mit darauf zurückzuführen, daß die Studenten nach der militärischen Niederlage des Kaiserreiches im ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution einen Ausweg aus der politischen Verunsicherung suchten, in die sie durch diese Ereignisse geraten waren /vgl. 1, S. 159/.

Ein Ausdruck für die Suche der Studenten nach politischer Orientierung ist sicher auch die, auf Anregung Ehrenbergs, 1919 gegründete „Sozialwissenschaftliche Vereinigung“ Rostocker Studenten. Sie wollten „durch wissenschaftlich klares und vorurteilsfreies Denken...

die Voraussetzungen für politische Urteilsfähigkeit und Denklarheit“ gewinnen /34, S. 1/.

Vorträge mit anschließenden Aussprachen, Studienreisen und Exkursionen in landwirtschaftliche und industrielle Betriebe sollten dazu beitragen.

Diese Vorstellungen von einer „unparteilichen“ Wissensvermittlung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet waren nicht nur von vornherein illusionär, sondern ermöglichten solchen bürgerlichen Ökonomen, wie Ehrenberg, der während des ersten Weltkrieges offen die Politik des deutschen Imperialismus propagierte /35, S. 585/ und im Januar 1919 öffentlich geäußert hatte, daß „jede Revolution zur völligen Auflösung aller Ordnung, aller gesellschaftlichen Bande“ führe /36/, Einfluß auf die studentische Jugend über die Studierenden der Staatswissenschaften hinaus zu nehmen.

1.3. Das Staatswissenschaftliche Seminar (1898—1924)

Mit der Gründung des Staatswissenschaftlichen Seminars im Jahre 1898 folgte Rostock einer Entwicklung, wie sie an fast allen anderen deutschen und ausländischen Universitäten und Hochschulen bereits seit längerer Zeit existierte. Damit sollte die vorwiegend passive Tätigkeit der Studenten in den Vorlesungen durch ihre aktive Beteiligung an Übungen in Seminaren und durch Praktika ergänzt werden. Diehl wies in seinem Gesuch zur Gründung des Seminars auch darauf hin, daß mit der Zunahme des Stoffes der Staatswissenschaften die Vorlesungen überwiegend orientierenden Charakter erhielten. Mit der Genehmigung zur Gründung des Seminars wurden auch seine Satzungen bestätigt. Darin wurde als „Zweck“ des Seminars formuliert, „den Studierenden der Universität Anregung und Anleitung zu selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten aus dem gesamten Gebiet der Staatswissenschaften zu geben“. Mitglied des Seminars konnten Studenten aller Fakultäten und andere Interessenten werden. Sie hatten das Recht, „sich an den vom Seminar veranstalteten Vorträgen, Besprechungen, Übungen, Besichtigungen zu beteiligen sowie die Seminarbibliothek zu benutzen“.

Nummehr konnten die volkswirtschaftlichen Übungen, die bereits von Paasche im Wintersemester 1880/81 mit 4

und im Sommersemester 1881 mit 3 Studenten jeweils 2 Stunden wöchentlich begonnen hatten und auch von Stieda abgehalten wurden, wenn auch in bescheidenem Umfang, in einem eigenen Raum, mit einer Seminarbibliothek durchgeführt werden. An den Übungen im staatswissenschaftlichen Seminar — über deren Inhalt erst aus den Jahren ab 1905 Berichte vorliegen — nahmen im Vergleich zu den Vorlesungen relativ wenig Studenten teil. Nach Ehrenberg waren es zwischen 5 und 11 Teilnehmer.

Wiederholt finden sich in den Jahresberichten des staatswissenschaftlichen Seminars Klagen darüber, daß auf Grund unzulänglicher materieller und personeller Mittel die Forschungsmöglichkeiten begrenzt waren.

Ehrenberg nutzte während seiner Amtsperiode das Staatswissenschaftliche Seminar dazu, seine „exakt-vergleichende Methode“ der Forschung bei der Ausbildung der Studenten anzuwenden. So berichtete er 1909 darüber, daß im Staatswissenschaftlichen Seminar eine besondere Abteilung zur Pflege der exakt-vergleichenden Methode im Sinne Thünens gebildet worden sei, die er als „Institut für exakte Wirtschaftsforschung“ bezeichnete.

Ein Jahr darauf schrieb er bereits, daß „der gesamte Betrieb des staatswissenschaftlichen Seminars ... immer mehr durch die weitere Ausbildung der strengen „exakt-vergleichenden Methode“ bestimmt würde.

Hierzu wurden auch die Mittel verwendet, die Ehrenberg seit 1907 von der Industrie zur Verfügung gestellt wurden, und die jährlich 15 000 Mark betragen. Nach einem Schreiben des zuständigen Ministeriums der Landesregierung wurden 1909 und 1910 zusammen sogar 52 200 Mark und 1911 22 500 Mark bereitgestellt.

Mit diesen Mittel war es möglich, mehrere Assistenten am Staatswissenschaftlichen Seminar zu beschäftigen. Für 1909 sind 4 Assistenten, 2 Landwirte, 3 Techniker und 2 Studenten genannt. Inhaltlich wurde im Staatswissenschaftlichen Seminar ein breites Spektrum von Themen behandelt. Ein Auszug aus dem Bericht des Seminars von 1905 soll das verdeutlichen:

„Im Staatswissenschaftlichen Seminar wurden folgende Themata behandelt: Handwerk und Industrie — Produktionskosten und Reinertrag in landwirtschaftlichen Betrieben — die Russische Textilindustrie — Der Ruhr-

kohlebergbau und seine Arbeiter — Probleme aus dem Leben eines industriellen Großbetriebes — Ländliche und städtische Arbeitsverhältnisse — Innere Kolonisation und deren Bedeutung — Die Neptunwerft zu Rostock — Branntweinbrennereien und Branntweinsteuer — Bäckerei — Klein- und Großbetrieb — Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenschutz im Malergewerbe — Rostocker Grundstückspreise — Entwicklung und Technik einer Zeitungsdruckerei ...“

Neben Übungen zu diesen und ähnlichen Themen wurden auch Exkursionen in verschiedene Rostocker Unternehmen sowie in landwirtschaftliche Betriebe durchgeführt.

Von Ehrenberg wurde das Staatswissenschaftliche Seminar immer öfter als „Institut für exakte Wirtschaftsforschung“ bezeichnet, d. h. Seminar und Institut bildeten eine Einheit. Das zeigt sich z. B. darin, daß Ehrenberg unter der Überschrift „Jahresbericht über das Staatswissenschaftliche Seminar“ schrieb: „Hauptgegenstände der Arbeiten im Institut für exakte Wirtschaftsforschung waren ...“ Eine Reihe der aus diesem Institut hervorgegangenen Arbeiten wurden in der von Ehrenberg herausgegebenen Schriftenreihe „Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung“ veröffentlicht.

Nach Einrichtung des Extraordinariats für Volkswirtschaftslehre führte 1920/21 neben Ehrenberg auch Prof. Beckerath Übungen im Staatswissenschaftlichen Seminar durch. Sie befaßten sich hauptsächlich mit Steuerproblemen.

Erstmals wurde daneben noch der nichtplanmäßige außerordentliche Honorarprofessor Ludwig Heyde (1888 bis 1961) von der Juristischen Fakultät in die Tätigkeit des Staatswissenschaftlichen Seminars einbezogen, der Übungen zu sozialpolitischen Problemen durchführte, wie z. B. zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, zu Aufgaben der Kreiswohlfahrtsämter, zur „produktiven Erwerbslosenfürsorge“, aber auch zu Problemen der Gewerkschaften.

Heyde, der auch Vorlesungen zur Sozialpolitik hielt, war ein Vertreter des bürgerlichen Sozialreformismus, der auch in diesem Sinne in der Praxis wirksam wurde — als Vertreter staatlicher Gremien auf dem Gebiet der Sozialreform — und im Rahmen des staatswissenschaftlichen Seminars Gelegenheit erhielt, sozialformalistische Auffassungen unter den Studenten zu verbreiten.

2. Die Wirtschaftswissenschaften an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (1924–1945)

2.1. Von den „Staatswissenschaften“ zur „Wirtschaftswissenschaft“

Seit der Etablierung der Staatswissenschaftlichen Professur im Jahre 1856 hatten die Studenten der Staatswissenschaften in Rostock nur die Möglichkeit, zum Doktor der Philosophie zu promovieren. Wie bei der Entwicklung der Staatswissenschaften überhaupt, blieb Rostock auch hier hinter anderen deutschen Universitäten zurück, an denen es wie in München schon seit 1900, in Tübingen seit 1912, Kiel seit 1914, Göttingen, Breslau und Würzburg seit 1915 bereits die Möglichkeit gab, zum Doktor der Staatswissenschaften zu promovieren.

Darauf verwiesen auch Rostocker Studenten in einem Schreiben vom Dezember 1919, das ihre Forderungen enthielt, ihnen in Rostock die Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften zu ermöglichen. Noch 1917/18 hatte die Philosophische Fakultät abgelehnt, den Titel Dr. rer. pol. zu verleihen. Sie war nur „geneigt zuzulassen“, daß bei der Promotion zum Dr. phil. „die Nationalökonomie als Hauptfach und zwei juristische Nebenfächer zulässig“ seien. Nach mehreren Diskussionen in Fakultätsitzungen und einem Schriftwechsel mit dem zuständigen Ministerium der Schweriner Landesregierung wurden dann zunächst die Promotionsbestimmungen der Philosophischen Fakultät dahingehend erweitert, daß laut § 4 „Bewerber, die die Nationalökonomie als Hauptfach . . . wählen . . . auf Antrag das Recht auf Führung des Titels Dr. der Staatswissenschaften (Dr. rerum politicarum) . . . zugestanden werden“ konnte.

Eine eigenständige Promotionsordnung für den „Dr. der Wirtschaftswissenschaften“ wurde dann erst im Februar 1924 im Rahmen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät erlassen.

Zur Erlangung des Doktorgrades auf dem Gebiet der Staatswissenschaften war neben der Ausbildung der Studenten in verschiedenen ökonomischen Disziplinen auch eine Ausbildung auf verschiedenen Gebieten der Rechtswissenschaften notwendig, was eine enge Zusammen-

arbeit mit der Juristischen Fakultät erforderte. Andererseits waren ökonomische Fächer — besonders Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft — auch Bestandteil der Ausbildung von Juristen. So gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Staatswissenschaften und den Rechtswissenschaften immer enger, während Verbindungen der Staatswissenschaften zu den übrigen in der Philosophischen Fakultät vertretene Disziplinen kaum vorhanden waren. Die Zusammenarbeit zwischen Staatswissenschaften und Rechtswissenschaften verstärkte sich noch, als 1922 die „Diplomprüfungsordnung für Volkswirte“ eingeführt wurde. Zu den hier vorgeschriebenen Hauptfächern gehörten vier ökonomische Disziplinen (Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Finanzwissenschaft und Statistik) und drei rechtswissenschaftliche Disziplinen („die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des bürgerlichen Rechts sowie Handels- und Wechselrecht; Allgemeine Staatslehre, Staatsrecht und die wirtschaftlich wichtigen Gebiete des Völkerrechts; Verwaltungsrecht einschließlich Sozialgesetzgebung und Steuerrecht“).

Damit waren die Bedingungen für weitreichende institutionelle Veränderungen herangereift. Sie erfolgten mit Wirkung vom 10. Dezember 1924, als die Staatswissenschaften aus der Philosophischen Fakultät ausgegliedert und mit der Bezeichnung „Wirtschaftswissenschaften“ an die bisherige Juristische Fakultät überführt wurden, die gleichzeitig in Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät umbenannt wurde. Gleichzeitig wurde das bisherige Staatswissenschaftliche Seminar — nunmehr als Wirtschaftswissenschaftliches Seminar — an die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät übernommen. Diese Entwicklung widerspiegelt auch an der mecklenburgischen Landesuniversität die sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte im monopolistischen Kapitalismus verstärkende Notwendigkeit, akademisch gebildete Kader für den imperialistischen Staat und die Monopole heranzubilden, eine Entwicklung, wie sie an vielen anderen deutschen Universitäten schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachten war.

2.2. Die ökonomischen Professuren und ihre Vertreter an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus (1924—1945)

Ausgehend von der Einrichtung zweier weiterer ökonomischer Professuren (1936) und der Gründung mehrerer Institute, des Instituts für wirtschaftliche Raumerforschung (1934, ab 1939 Institut für Raumerforschung und Statistik) und des Instituts für Agrar- und Siedlungswesen (1935), nahmen die Wirtschaftswissenschaften im Rahmen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zunächst einen — im Vergleich zur langjährigen Entwicklung in der Philosophischen Fakultät — beträchtlichen Aufschwung. Allerdings ist es auch in dieser Etappe nicht gelungen, einen der bekannten bürgerlichen Ökonomen Deutschlands zu berufen /vgl. 1, S. 217/, was sicher auf die relativ geringe wissenschaftliche Bedeutung der Rostocker Universität in der Zeit der Weimarer Republik zurückzuführen ist, an der kaum 100 Professoren lehrten und zwischen 800 und 1000 Studenten an 4 Fakultäten immatrikuliert waren /vgl. 1, S. 185/. Aber im Vergleich zu den Staatswissenschaften hatten die Professoren der Wirtschaftswissenschaften nun doch zunächst mehr Hörer, bevor mit dem zweiten Weltkrieg die Lehrtätigkeit sehr stark eingeschränkt wurde und teilweise völlig zum Erliegen kam. So wurden für das Wintersemester 1927/28 z. B. für „Volkswirtschaftslehre“ 52 Hörer gemeldet, für Finanzwissenschaft 60 und für Betriebswirtschaftslehre 30 Teilnehmer.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Professuren wurden in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät durch folgende bürgerlichen Ökonomen vertreten:

Heinrich Mannstädt (1923 a.o.P., 1924—1932 o.P.)
Constantin von Dietze (1925—1927 a.o.P. f. VWL)
Hans-Jürgen Seraphim (1927 a.o.P., 1933—1935 o.P.)
Walter Weddingen (1933—1934 a.o.P.)
Hans Weigmann (1934 a.o.P., 1936—1937 o.P.)
Erich Preiser (1937 a.o.P., 1938—1940 o.P.)
Heinrich Niehaus (1938—1941 a.o.P.)
Wilhelm Kromphardt (1938 a.o.P., 1941—1945 o.P.)
Johannes Gerhardt (1941 a.o.P., 1945 o.P.)

Bei der Besetzung des zweiten Extraordinariats wurde ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß einer der beiden Vertreter der Wirtschaftswissenschaften Erfahrungen auf agrarökonomischem Gebiet haben sollte. Prof. Dr. Constantin von Dietze (1891—1973), der bereits mehrere Jahre am Deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen in Berlin gearbeitet hatte, das unter Leitung des bekannten Agrarwissenschaftlers und -politikers Max Sering stand, brachte dafür die notwendigen Voraussetzungen mit. Obwohl er nur zwei Jahre in Rostock blieb, leitete er 1926 mit der Gründung einer „Zweigstelle des Deutschen Instituts für Agrar- und Siedlungswesen“ in Rostock eine Entwicklung ein, die in der Folgezeit von weiteren agrarökonomisch bzw. agrarpolitisch orientierten bürgerlichen Ökonomen, insbesondere von Seraphim und Niehaus, beibehalten wurde. Die Rostocker Abteilung hatte Forschungsaufgaben zur Vorbereitung der Agrargesetzgebung durchzuführen. Nach der Auflösung des Berliner Instituts durch die Faschisten wurde die Rostocker Abteilung 1935 in ein Universitätsinstitut umgewandelt.

Dietze und Niehaus wurden auch nach ihrem Weggang aus Rostock als Universitätsprofessoren und in ihren Publikationen weiter vorwiegend auf agrarökonomischem und -politischem Gebiet tätig. Sie setzten sich eindeutig für die agrarpolitischen Ziele des deutschen Imperialismus ein. Dabei gehörte Dietze zu den bürgerlichen Ökonomen, die aus religiöser Überzeugung in Widerspruch zum Faschismus gerieten. 1938 gehörte Dietze zu den führenden Mitgliedern des Freiburger Arbeitskreises der Bekennenden Kirche Deutschlands /vgl. 37/ und zu dem von E. v. Beckerath geleiteten Freiburger Kreis der Ökonomen, die auf neoliberaler Grundlage theoretische Fragen für die Nachkriegszeit diskutierten /38, S. 55/. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 wurde v. Dietze dann von der Gestapo inhaftiert und verhört und dafür in der BRD zu den antifaschistischen Widerstandskämpfern gerechnet /vgl. 40/. C. v. Dietze war tief religiös gebunden. Staatliche Politik betrachtete er unter dem Aspekt ihrer Eignung für die Verwirklichung höchster — aus dem Glauben abgeleiteter Ziele /41, S. 166/. Da die „liberale Ordnung“ der Weimarer Republik habe zugrunde gehen müssen, weil in ihr „die sittlichen Voraussetzungen“ des Wirtschaftslebens gefehlt hätten /41, S. 128/, unterstützte er den faschistischen Staat als „tragfähige Grundlage des

menschlichen und nationalen Zusammenlebens /41, S. 14/. Aber die Faschisten setzten mit der Unterdrückung der Bekennenden Kirche Deutschlands, den Judenverfolgungen und schließlich mit der Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkrieges den Bestand des imperialistischen Staates im Sinne der von Dietze postulierten „göttlichen Ordnung“ überhaupt auf's Spiel. So ist die Tätigkeit Dietzes im Kreis der Bekennenden Kirche zu erklären. Sie richtete sich nicht gegen das Wesen, sondern die extrem faschistische Form der imperialistischen Herrschaft. Das wird auch durch Dietzes Äußerungen nach der Zerschlagung des Faschismus bestätigt, wo er als ein führender Agrarökonom und -politiker auf neoliberaler Grundlage nicht nur voll die Agrarpolitik der BRD unterstützte, sondern sich auch als extremer Antikommunist erwies /42, S. 262 ff./.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Seraphim (1899—1962) war ein extremer Antikommunist und Revanchist und entscheidend an der Verbreitung faschistischer Ideologie an der Universität Rostock beteiligt /43, S. 192/. Dem dienten solche Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten, wie „10 Jahre bolschewistische Wirtschaftspolitik“ ebenso, wie Übungen im Wirtschaftswissenschaftlichen Seminar zu „Adolf Hitlers nationalökonomische Gedanken...“ Im Jahresbericht des Seminars von 1934 betonte Seraphim, daß im Vordergrund sämtlicher Übungen die Probleme gestanden hätten, die „der neue Staat der Universität“ stelle.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften bestätigt sich, daß der Faschisierungsprozeß keinen besonderen Bruch in der Entwicklung bedeutete und nicht erst mit dem Jahre 1933 begann. Das wird an der Person Seraphims besonders deutlich /1, S. 229/. Es ist sicher auch dem Einfluß Seraphims zuzuschreiben, wenn er bereits 1934 darüber berichtete, daß alle drei am wirtschaftswissenschaftlichen Seminar tätigen Dozenten in die SA eingetreten seien. Neben Seraphim waren Prof. Dr. Hans Weigmann und der Privatdozent Dr. Hans Hohlfeld zu dieser Zeit Assistenten des Seminars. Beide waren nach eigenen Angaben bereits seit 1933 Mitglied der SA. Während sich Hohlfeld aber nicht aktiv profaschistisch engagierte und deshalb auch später von den Führern des faschistischen Dozenten- und Studentenbundes Bedenken gegen seine Berufung zum außerordentlichen Professor für Betriebswirtschaftslehre geäußert

wurden, hat Weigmann in Rostock eine besondere Aktivität zur Unterstützung der faschistischen Ideologie entwickelt. Prof. Dr. rer. pol. Hans Weigmann (1897—1944) war bereits seit 1923 Assistent am Staatswissenschaftlichen bzw. Wirtschaftswissenschaftlichen Seminar in Rostock. 1927 erhielt er einen ersten Lehrauftrag für „Soziologie, Sozialpolitik und Statistik“, wurde 1934 a.o.P. als Nachfolger Weddigens, der 1933 bis 1934 das Extraordinariat vertrat, und 1936 Nachfolger Seraphims als Ordinarius.

Auf Weigmanns Initiative wurde 1934 an der Universität ein „Institut für wirtschaftliche Raumpforschung“ gebildet. Unter seiner Leitung entstand eine Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumpforschung, und er bemühte sich auch stark um die Gründung einer „Reichsarbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Raumpforschung“ im Rahmen der deutschen Universitäten.

Die Raumpforschung befaßt sich mit der Untersuchung der Probleme, die sich unter kapitalistischen Bedingungen bei der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte ergeben, wie beispielsweise die Konzentration der Produktion in Ballungsgebieten und das Zurückbleiben in sogenannten Notstandsgebieten. Die Raumpforschung wurde aber von den Faschisten genutzt, um die Wissenschaftler für ihre aggressiven menschenfeindlichen Ziele einzusetzen. So formulierte der damalige Reichsminister Rust „Der Ansatz der Wissenschaft für die Raumpforschung wird sie zwangsläufig hineinführen in die Kernfragen des Nationalsozialismus: Blut und Boden, Volk und Raum. Die deutsche Wissenschaft wird aus dieser Aufgabe Kräfte nehmen und geben“ /44, S. 1/.

Im Rahmen dieser „Raumpforschung“ haben sich neben Weigmann weitere Wirtschaftswissenschaftler und darüber hinaus Vertreter anderer Disziplinen profaschistisch betätigt, obwohl durchaus nicht alle Arbeiten, die an den verschiedenen Universitäten im Zusammenhang mit der „Raumpforschung“ durchgeführt wurden, von vornherein profaschistisch angelegt waren /44, S. 118/.

In Weigmanns Arbeiten /5, S. 159 ff./ ist jedoch der Einfluß der Geopolitik, der theoretischen Grundlage der faschistischen Raumordnungspolitik /45/ deutlich erkennbar und er machte sich auch mehr und mehr das Vokabular der faschistischen Raumordnungspolitik zu eigen.

In einer Denkschrift, mit der er den Antrag zur Gründung des Instituts für wirtschaftliche Raumforschung forderte, argumentierte er, daß Probleme der Raumordnung „seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus von außerordentlicher Bedeutung...“ seien. In einem Begleitschreiben verwies er darauf, daß er „noch kürzlich mit dem Wirtschaftsberater aus dem Stabe des stellv. Führers... über die zukünftigen Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politik gesprochen“ habe und daß „das Institut durchaus im Plane der Reichsführung“ liege. Die enge Verbindung zwischen den ökonomischen Problemen der räumlichen Ordnung der Produktivkräfte und der faschistischen Ideologie vom „Lebensraum“ ist in Weigmanns Veröffentlichungen immer mehr in den Vordergrund getreten. Dazu wurde auch versucht, die Thünen'sche Standorttheorie im Interesse der Propagierung faschistischer Ideologie auszunutzen /46/.

Auch die Arbeiten des Instituts für wirtschaftliche Raumforschung wurden unter Weigmann und seinen Nachfolgern in den Dienst der faschistischen Raumordnungspolitik und konkret der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges gestellt. So berichtete Weigmann über Arbeiten für die Landesplanungsstelle und über beratende Mitarbeit „in wichtigen Fragen der Planungspolitik, insbesondere der Reichsautobahn“. Der Nachfolger Weigmanns, Prof. Dr. Erich Preiser (1900—1967), war bereits vor seiner Berufung nach Rostock auf dem Gebiet der Raumforschung tätig. Unter seiner Leitung arbeitete das Rostocker Institut an Beiträgen für den „Gautlas Mecklenburg“, der — angeregt und finanziert von der Gauleitung der NSDAP dem Gauleiter Hildebrandt als „Festgabe von den mecklenburgischen Wissenschaftlern“ zum 40. Geburtstag überreicht wurde /47/.

Prof. Dr. Walter Weddigen (1895—1976) leitete später in Jena und an der TH in Dresden die jeweilige Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Raumforschung und war am Kriegsforschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft beteiligt /44, 3. Jg., S. 578/. Somit waren fast alle Professoren der Wirtschaftswissenschaften der Rostocker Universität — nur Niehaus, Kromphardt und Gerhard sind in dieser Hinsicht nicht hervorgetreten — an der „Raumforschung“ im Sinne der faschistischen Raumordnungspolitik beteiligt und damit mitschuldig an deren verhängnisvollen Folgen.

2.3. Die Herausbildung und Entwicklung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre

Die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte bei der Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus stellte an die bürgerliche Ökonomie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts neue Anforderungen. Wissenschaftliche Erkenntnisse über funktionale Zusammenhänge des betrieblichen Reproduktionsprozesses als theoretische Grundlagen zur Unternehmensführung wurden benötigt. Das führte zu der Forderung nach einer praktisch orientierten Volkswirtschaftslehre und hatte die Differenzierung der bürgerlichen Ökonomie in eine theoretisch orientierte Volkswirtschaftslehre und eine praktisch orientierte Betriebswirtschaftslehre zur Folge. So erfolgte die Einrichtung erster Lehrstühle für Betriebswirtschaftslehre an deutschen Hochschulen und Universitäten in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende.

An der Rostocker Universität wurde erst 1939 ein Exordinariat für Betriebswirtschaftslehre eingerichtet. Erste Ansätze zur betriebswirtschaftlichen Ausbildung gab es aber schon an der Philosophischen Fakultät in den Jahren 1920/21. Im Rahmen von „Hochschulkursen für Landwirtschaft, Industrie und Handel“ wurden hier Vorlesungen über „Betriebslehre des Handels und der Industrie“ gehalten, an denen unter anderem Ehrenberg beteiligt war. An der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurden Vorlesungen zur Betriebswirtschaftslehre zunächst von den verschiedenen Vertretern der Wirtschaftswissenschaften gehalten, ohne daß dafür ein Lehrstuhl vorhanden war. So unter anderem 1924/25 von Mannstädt unter der Bezeichnung „Allgemeine Betriebslehre“, von Weigmann 1927 „Betriebswirtschaftslehre und Selbstkostenrechnung“. Ab 1929 war der Schmalbach-Schüler Dr. Hans Herbert Hohlfeld Assistent am wirtschaftswissenschaftlichen Seminar und hatte ohne besonderen Lehrauftrag die Betriebswirtschaftslehre als Dozent zu vertreten. 1935 beantragte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Hohlfeld einen Lehrauftrag für Betriebswirtschaftslehre zu bewilligen mit der Begründung, daß die neue Studienordnung für Volkswirtschaftslehre einen Ausbau der Betriebswirtschaftslehre erfordere. Da es sowohl hinsichtlich seiner politischen Zuverlässigkeit als auch hinsichtlich seiner fachlichen Qualifikation aus dem NS-Studentenbund und der NS-Dozentschaft negative Einschätzungen

gab, verzögerte sich die Berufung. Hohlfeld übernahm dann 1936 zunächst eine Vertretung in Köln und ab 1937 an der Berliner Universität.

Während dieser Zeit behalf sich die Rostocker Fakultät zeitweilig mit lehrbeauftragten Praktikern bzw. indem die Professoren der Wirtschaftswissenschaften die Betriebswirtschaftslehre wieder mit vertreten mußten. Ab Wintersemester 1937/38 wurde der in Münster tätige Prof. Erich Gutenberg mit der Vertretung der Betriebswirtschaftslehre in Rostock beauftragt. Im Juli 1938 stellte die Fakultät den Antrag, eine betriebswirtschaftliche Professur einzurichten und mit Prof. Gutenberg zu besetzen. Auch hier wurde das mit den Anforderungen aus der neuen Studienordnung für Diplomvolkswirte begründet.

In einer weiteren vom Schweriner Ministerium für Unterricht geforderten Begründung wurde darüber hinaus darauf hingewiesen, daß die Fakultät ohne einen solchen Lehrstuhl kein wirtschaftswissenschaftliches Vollstudium gewährleisten könne und nur noch in der Lage sei, eine ergänzende Ausbildung der Juristen durchzuführen. Schließlich wurde auf die Anforderungen verwiesen, die sich aus „der fortschreitenden Weiterentwicklung der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung“ bei der Bewältigung von „Anfragen... von Industrie- und Wirtschaftsorganen, wirtschaftswissenschaftlicher Weiterbildung... leitender Kader des Wirtschaftslebens“ ergaben und für die im Raum Rostock keine Stelle vorhanden sei, die den „Bedürfnissen der deutschen Wirt-

schaftsführung“ entsprechen könne. Daraufhin genehmigte das Ministerium im Mai 1939, daß das unbesetzte Extraordinariat für Rassenhygiene für die Betriebswirtschaftslehre in Anspruch genommen werden konnte. Da der zur Berufung vorgeschlagene Gutenberg aber zunächst nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges einberufen worden war und 1940 an die Universität Jena berufen wurde, blieb der Lehrstuhl vorerst unbesetzt.

Ab September 1940 wurde dann der Dozent an der TH Aachen Hans Münstermann (1899—1986) mit der Vertretung der Betriebswirtschaftslehre in Rostock beauftragt und ab 1. Oktober 1941 zum Extraordinarius für Betriebswirtschaftslehre berufen.

Damit waren die langjährigen Bemühungen um die Einrichtung einer betriebswirtschaftlichen Professur zu einem Zeitpunkt zum Erfolg gekommen, wo infolge der Kriegsbedingungen die Lehrtätigkeit erheblich eingeschränkt werden mußte, da viele Lehrkräfte und Studenten zur Wehrmacht einberufen wurden. So wurde auch der Antrag Münstermanns vom Dezember 1943 auf Einrichtung eines Instituts für Betriebswirtschaftslehre „bis Kriegsende zurückgestellt“. Nach Kriegsende aber begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte. Münstermann als Vertreter der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre hatte sich zwar im Oktober 1945 bereit erklärt, unter den neuen Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung seine Pflicht zu erfüllen, wurde aber am 9. Februar 1946 wegen seiner Zugehörigkeit zur faschistischen Partei entlassen.

II. Die Entwicklung der Ökonomischen Disziplinen nach der Zerschlagung des Faschismus – Der Kampf um die Anerkennung und Durchsetzung des Marxismus-Leninismus (1945-51)

Die Zeit nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetarmee war gekennzeichnet durch den tiefgreifenden Prozeß einer antifaschistisch demokratischen Umwälzung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßte. Für die Wirtschaftswissenschaften an der Universität Rostock beinhaltete dieser Prozeß neben den umfangreichen geistigen Auseinandersetzungen, in denen sich allmählich das Neue in Gestalt der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie gegen das Alte — die bürgerliche Vulgärökonomie — durchsetzte, auch erhebliche institutionelle Veränderungen.

Zunächst existierte noch die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, war aber auch nach Wiedereröffnung der Universität 1946 vor allem aus personellen Gründen nicht arbeitsfähig. Prof. Gerhard — seit Juni 1944 Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät — wurde entlassen. Prof. Dr. Günther Wollheim (1896 bis 1976), seit Herbst 1945 Assistent und im Mai 1946 zum Ordinarius berufen, und Dr. Walter Braeuer (1946 zum Dozenten ernannt) waren auch unter Hinzuziehung von Lehrbeauftragten (Prof. Dr. Fleck aus Greifswald) nicht in der Lage, alle für die Ausbildung erforderlichen Lehraufgaben zu erfüllen. Das wird deutlich aus einem Schreiben an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung vom 30. Juli 1947, in dem auf die „untragbaren Zustände“ hingewiesen wurde, wonach „zahlreiche Studenten älterer Semester, die bis jetzt noch keine Möglichkeit hatten, an den nach der Prüfungsordnung der Zentralverwaltung erforderlichen Vorlesungen, Übungen und Seminare teilzunehmen... die Konsequenz gezo-

gen... (hätten) und... nach anderen Universitäten... abgewandert“ wären.

An der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät waren 1948 immerhin noch 46 Studenten für Wirtschaftswissenschaften immatrikuliert. Die Situation auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften war aber nicht nur durch die unzureichende Zahl der Lehrkräfte gekennzeichnet. Schwerwiegender war, daß die vorhandenen Vertreter der bürgerlichen Vulgärökonomie nicht in der Lage waren, die inhaltlichen Anforderungen, die sich aus der gesellschaftlichen Umgestaltung an die Lehr-tätigkeit ergaben, zu erfüllen. Prof. Wollheim, der als Angehöriger einer jüdischen Familie unter der faschistischen Rassenpolitik zu leiden hatte, und als Opfer des Faschismus anerkannt worden war, stand in seinen theoretischen Auffassungen Max Weber und Werner Sombart nahe, die er zu den „geistesgeschichtlichen Vorvätern“ seiner Auffassungen zählte, und vertrat die Konzeption des Neoliberalismus, wie sie unter anderem von Walter Eucken begründet worden war. 1950 nutzte Wollheim einen Urlaub in Freiburg i.Br., um in die BRD überzusiedeln. Auch Dr. Braeuer, der 1933 bis 1934 Mitglied der KPD war, und unter dem Faschismus durch Emigration und Verhaftung zu leiden hatte, konnte sich letztlich nicht zu marxistischen Positionen durchringen. Über seine Vorlesungen zu „Grundbegriffen der Politischen Ökonomie“ kam es Ende 1948 zu heftigen Auseinandersetzungen an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, an der Dr. Braeuer seit 1. September 1947 als Professor mit Lehrauftrag für Statistik arbeitete. Auch er zog es vor, 1950 die DDR zu verlassen.



Prof. Dr. Hermann Duncker

Zur Lösung der neuen Aufgaben bei der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung war es dringend notwendig, fortschrittliche Kader für den Einsatz in der Wirtschaft, den staatlichen Organen und in gesellschaftlichen Organisationen auszubilden. Mit diesem Ziel wurden 1947 an den Universitäten Leipzig, Jena und Ro-

stock Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten gebildet. In Rostock fand ihre feierliche Eröffnung am 21. Oktober 1947 statt. Zu ihrem Dekan wurde der verdienstvolle Lehrer der deutschen Arbeiterklasse, Prof. Dr. Hermann Duncker (1874—1960) berufen. Als Prodekan führte Prof. Dr. Heinz Herz (1907—1983) die Geschäfte der Fakultät. Als Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften mußten die Wirtschaftswissenschaften im Rahmen dieser neuen Fakultät vertreten werden. Das war zunächst vorgesehen mit der Bildung eines „Instituts für Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft“ unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Lola Zahn (geb. 1910), die 1937 während der Emigration in Paris mit einer Arbeit über die sowjetische Planwirtschaft promoviert hatte und nun in Schwerin arbeitete. Aber auch an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät gelang es nicht, ausreichend wissenschaftliche Kader für die Wirtschaftswissenschaften zu berufen. Frau Prof. Zahn hielt nur im Lehrauftrag Vorlesungen und war nicht fest angestellt. Neben Prof. Braeuer, der mit Eröffnung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät übergewechselt war, war nur noch Prof. Dr. Li-bau 1947 zum Professor mit Lehrauftrag für Finanzwissenschaften berufen worden, der aber Vorlesungen zu „Kommunalwissenschaften“ hielt und im Sommersemester 1950 nach Halle berufen wurde.

Diese Situation, daß die Wirtschaftswissenschaften an zwei Fakultäten bestanden, aber an beiden nicht recht lebensfähig waren, führte schon vor der offiziellen Eröffnung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zu dem Vorschlag, daß künftig Studenten für das wirtschaftswissenschaftliche Studium nur noch an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zugelassen werden sollten und über eine „Annäherung“ eine spätere Vereinigung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät mit der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät erfolgen sollte. In der Begründung dieser Forderung wurde auch auf Überschneidungen der Lehrpläne beider Fakultäten hingewiesen und besonders auf die Tatsache, daß für die Zulassung zur Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät nur die mittlere Reife erforderlich war, was dazu führte, daß von den Vertretern des Lehrkörpers der Universität das Studium an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät „nicht als wissenschaftliches Studium“ eingeschätzt werde und daß das „die wissenschaftlichen

Bestrebungen der Sozialwissenschaftlichen Fakultät und ihres Lehrkörpers nachteilig beeinflussen" würde /48/.

In der folgenden Zeit nach der Eröffnung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät fanden zum Standort der Wirtschaftswissenschaften immer wieder Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern beider Fakultäten statt, wobei die Forderung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät nach Überführung der Wirtschaftswissenschaften durch Wollheim, der als Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an den Beratungen beteiligt war, zunächst mit dem Hinweis auf die „bewährte Zusammenarbeit“ mit den Rechtswissenschaften, abgelehnt wurde.

Auch im Rahmen der sowjetischen Besatzungszone wurde über dieses Problem beraten, und schließlich erfolgte mit Wirkung vom 1. September 1948 die Angliederung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung als Wirtschaftswissenschaftliches Institut an die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät. Mit der Leitung des Instituts wurde Prof. Dr. Wollheim beauftragt. Die juristische Abteilung blieb solange an der Universität als Juristische Fakultät bestehen, bis eine Konzentration der juristischen Ausbildung und Forschung im Rahmen der Hochschulen und Universitäten der DDR 1950 zu ihrer Schließung führte.

Mit der Eingliederung der Wirtschaftswissenschaften in die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät war zwar eine notwendige Konzentration der geringen Kräfte erfolgt, aber die Probleme der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung nicht gelöst. So wurden die ökonomischen Disziplinen noch vorwiegend auf der Grundlage bürgerlicher Theorien und nicht auf marxistisch-leninistischer Grundlage gelehrt. Eine Ausnahme bildeten die bereits erwähnten Vorlesungen von Frau Prof. Dr. Zahn.

Erst mit der Berufung von Prof. Dr. Johannes Knobel (1911—1980) zum 1. November 1949 wurde die Politische Ökonomie der Arbeiterklasse an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und damit an der Rostocker Universität erstmalig als selbständiges Lehrgebiet vertreten. Knobel hatte ab 1932 in Greifswald und Leipzig Wirtschaftswissenschaften, Verkehrswissenschaften und Statistik studiert, hatte in Leipzig promoviert und habilitiert und dort von 1940 bis 1948 als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet. 1948 besuchte er einen Dozentenlehr-



Prof. Dr. Johannes Knobel

gang in Kleinmachnow und wurde im Januar 1949 zum Professor mit Lehrauftrag für Volkswirtschaftslehre an die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig berufen, bevor er dann nach Rostock kam.

Zu dieser Zeit zeichneten sich aber schon wieder weitgehende institutionelle Veränderungen ab. Im Juli 1949 fand bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin eine Beratung über „die Zukunft der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten“ statt, auf der die Situation an diesen Fakultäten kritisch eingeschätzt und über ihre künftigen Aufgaben beraten wurde. Die Teilnehmer der Konferenz wurden auch darüber infor-

miert, daß für das Studienjahr 1949/50 eine Neuzulassung von Studenten nur noch an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät in Leipzig erfolgen sollte. Das wurde damit begründet, daß die Fakultäten in Rostock und Jena „über eine ungenügende Zahl von Dozenten“ verfügten. Obwohl damit noch nicht definitiv über die weitere Entwicklung der Rostocker Fakultät entschieden war, entfalteten ihre Vertreter in der Folgezeit zahlreiche Aktivitäten, um zumindestens die Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Rostock zu erhalten. In diesbezüglichen Entschließungen und Schreiben an das Ministerium für Volksbildung wurde das vor allem damit begründet, daß für die industrielle Entwicklung Mecklenburgs im 2-Jahr-Plan wissenschaftlich ausgebildete Ökonomen gebraucht würden. Die Fakultät wies aber auch daraufhin, daß die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät ein Zentrum der fortschrittlichen Kräfte an der Universität darstellte, daß ihre Vertreter wichtige Funktionen in der Hochschulgruppe der SED, im Studentenrat und anderen Gremien ausübten und wichtige Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten hielten.

Offensichtlich hatten die Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten ihren historischen Auftrag erfüllt. Viele junge Menschen (ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, in Ro-

stock wurden für 1947/48 88 und für 1949/50 94 Studenten genannt) hatten eine Ausbildung erhalten, die sie befähigte, Aufgaben bei der Leitung der Wirtschaft, des Staates und nicht zuletzt in der Wissenschaft zu übernehmen und aktiv an der sozialistischen Umgestaltung in der DDR mitzuwirken, die 1952 von der 2. Parteikonferenz der SED beschlossen wurde.

Die aus der Umprofilierung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten hervorgegangenen Gesellschaftswissenschaftlichen Institute erhielten dabei neue Aufgaben bei der marxistisch-leninistischen Grundlagenausbildung an allen Fakultäten der Universität. Ehemalige Absolventen, wie Alfred Klein, haben dazu wesentlich beigetragen.

Gleichzeitig begann die Umgestaltung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts in eine Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die im Herbst 1951 ihre Tätigkeit aufnahm und im Februar 1952 feierlich eröffnet wurde. Damit waren wichtige Ausgangsbedingungen gegeben für eine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften, die in enger Verbindung mit der ökonomischen Entwicklung der DDR und besonders des Küstenbezirkes erfolgte.

III. Marxistisch-leninistisch fundierte wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und Forschung an der alma mater rostochiensis

1. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät leistet ihren Beitrag zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus im Norden der Deutschen Demokratischen Republik

1.1. Der Beginn einer akademischen Ausbildung von Ökonomen für die sozialistische Volks- und Betriebswirtschaft

Die noch junge Deutsche Demokratische Republik begann 1951, nachdem mit der vorfristigen Erfüllung des 2-Jahrplanes das Vorkriegsniveau in Industrie und Landwirtschaft erreicht war, mit dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung und dem weiteren gesellschaftlichen und ökonomischen Aufbau aus eigener Kraft. Ihr erster Präsident, Wilhelm Pieck, sagte dazu auf dem III. Parteitag der SED:

„Unser gesamter demokratischer Aufbau seit 1945 hat mit aller Eindeutigkeit den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse die berufene Kraft ist, die führende Rolle in unserer Gesellschaft zu spielen und Deutschland aus der Sackgasse herauszuführen, in die es durch die imperialistische deutsche Bourgeoisie und das Junkertum gebracht wurde.“ /49, S. 57/

Der III. Parteitag beschloß deshalb die konsequente Weiterführung der revolutionären Umwälzung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Hierzu gehörte auch die Schaffung von Möglichkeiten zur Heranbildung von klassenbewußten und qualifizierten Kadern für die Leitung von Staat und Wirtschaft. Mit dem Beschluß „Die nächsten Aufgaben an den Universitäten und Hochschulen“ /50, S. 359/ auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED im Januar 1951 wurde die Entwicklungsrichtung für die weitere Gestaltung des Hochschulwesens in der DDR gegeben. Das neugebildete Staatssekretariat für Hochschulwesen begann auf der Basis der im Februar 1951 erlassenen „Verordnung über die Neuordnung des Hochschulwesens“ /51/ unter breiter Einbeziehung von Wissenschaftlern und Studenten mit der Verwirklichung der unter der Bezeichnung „2. Hochschulreform“ bekannt gewordenen tiefgreifenden Veränderungen in Inhalt und Organisation des Studienprozesses: Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium auf marxistisch-leninistischer Basis für alle Fachrichtungen, obligatorischer Unterricht in russischer Sprache, planmäßige Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung, einheitliche Studienpläne, Bildung von Seminargruppen, demokratischer Zentralismus in der Hochschulleitung.

Die auf dem III. Parteitag beschlossene politische und ökonomische Zielsetzung für den Küstenbezirk betraf insbesondere die Industrialisierung des Nordens der Repu-



Prof. Dr. Alfred Lemnitz, Dekan 1953 bis 1955

blik durch den Aufbau einer leistungsfähigen Seewirtschaft. So führte die planmäßige wirtschaftliche Entwicklung der DDR auch für die Rostocker Universität zu Konsequenzen. Durch den Staatspräsidenten Wilhelm Pieck wurde im Mai 1951 die Schiffbautechnische Fakultät eröffnet. Dringend notwendig erschien nun auch die Ausbildung von Wirtschaftskadern, die auf der Grundlage von soliden fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten und mit hohem politischen Bewußtsein in der Lage waren, die vielfältigen Aufgaben beim heranreifenden sozialistischen Aufbau zu lösen und ihre Verwirklichung zu leiten.

Im Herbst 1951 erhielt die Universität Rostock den Auftrag, mit der Ausbildung von Studenten in einer Fachrichtung Industrieökonomie zu beginnen und die Grün-

dung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vorzubereiten. Es waren zunächst 40 wissensdurstige Studenten, die Anfang September 1951 für ein vierjähriges Studium der Ökonomie in der Fachrichtung Industrieökonomie immatrikuliert werden konnten. Ein Teil von ihnen hatte die Hochschulreife an einer der 1949 gegründeten Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten erworben. Mit Unterstützung der Parteileitung der Universität begannen die Genossen des Fachrichtungskollektivs mit dem Aufbau eines wirtschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungszentrums an der Rostocker Universität.

Im Rahmen einer feierlichen Gründungsveranstaltung im Februar 1952 erfolgte die offizielle Eröffnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät durch das Mitglied des Politbüros der SED, Fred Oelsner. Diese neue Fakultät wurde zum Träger der Hochschulausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern vornehmlich für die Nordbezirke der Deutschen Demokratischen Republik. Es begann der Aufbau eines wirtschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungszentrums im damaligen Land Mecklenburg. Damit konnte der Notwendigkeit und dem Bedürfnis Rechnung getragen werden, den Marxismus-Leninismus auf wirtschaftswissenschaftliche Fachdisziplinen und auf die Wirtschaftspraxis anzuwenden.

Am Anfang bestand die Fakultät aus zwei Lehrstühlen. Die beiden Professoren Dr. Johannes Knobel und Dr. Dr. Heinz Herz, bisher an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät tätig, und der Assistent Friedrich Peschel bildeten den Lehrkörper. Prof. Dr. Knobel, Lehrstuhl für Politische Ökonomie des Kapitalismus, wurde mit der Führung der Dekanatsgeschäfte beauftragt. Prof. Dr. Dr. Herz arbeitete im Lehrauftrag, war jedoch hauptamtlich Leiter der Universitätsbibliothek und wechselte mit Beginn des Studienjahres 1953/54 zur Philosophischen Fakultät über.

Problemreich lief der erste Lehrbetrieb an. Im Studienjahr 1951/52 konnten zunächst nur die Lehrgebiete Politische Ökonomie des Kapitalismus (Prof. Dr. Knobel) und Buchhaltung (Friedrich Peschel) durch fakultätseigene Kräfte bestritten werden. Die Lehrgebiete Politische und Ökonomische Geographie (Kurt Hacker, Greifswald), Mathematik (Dr. Rudolf Schröder), Technologie der Produktionszweige (Dr.-Ing. Uhlemann), Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Günther Heidorn), Russische Sprache und Literatur (Mary Attemann, Ernst

Erasmus), Deutsche Sprache und Literatur (Hans-Joachim Gernentz) vertraten Lehrbeauftragte oder Lektoren von anderen wissenschaftlichen Institutionen oder aus der Praxis. Im Studienjahr 1952/53 wurde Heinz Bleckert mit der Wahrnehmung einer Dozentur für Politische und Ökonomische Geographie beauftragt, Maginifizienz Prof. Dr. Erich Schlesinger nahm einen Lehrauftrag für Staat und Recht der DDR wahr und Dozent Herbert Luck, Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, lehrte die Politische Ökonomie des Sozialismus. Mit der Berufung von Prof. Dr. Alfred Lemmnitz nach Rostock /52/ erfuhr die im Aufbau befindliche Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät eine wesentliche qualitative und personelle Stärkung. Durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen wurde er am 1. März 1953 zum Professor mit Lehrstuhl für Politische Ökonomie berufen und als Direktor des Institutes für Politische Ökonomie eingesetzt. Am 31. August 1953 erfolgte seine Wahl zum Dekan der Fakultät. Prof. Dr. Lemmnitz, ein im antifaschistischen Widerstandskampf gestählter Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands, ein Wissenschaftler und Propagandist, konnte seine jahrzehntelangen Erfahrungen im ideologischen Klassenkampf in besonderem Maße für Lehre, Erziehung und Forschung, bei der Schaffung eines qualifizierten Lehrkörpers und in der ideologischen Auseinandersetzung an der Universität zur Wirkung bringen. Er gestaltete in den Jahren 1953 bis 1955 das Erziehungs-, Bildungs- und Forschungsprofil der Rostocker Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Universität Rostock würdigte seine hohen Verdienste anlässlich ihrer 550-Jahr-Feier im November 1969 mit der Verleihung des doctor rerum oeconomicarum honoris causa. In ihrem Domizil am Rosengarten (in einer Baracke, die heute einen Kindergarten der Universität beherbergt) entwickelten Lehrkörper und Studenten bald ein reges wissenschaftliches Leben. Die Zahl der immatrikulierten Studenten wuchs bis zum Studienjahr 1955/56 auf 162 an. Es mußte neben einer soliden Grundausbildung auch eine qualitativ hohe Fachausbildung im 3. und 4. Studienjahr gewährleistet werden. Fachleute aus der ganzen Republik wurden gewonnen, an der Fakultät zur Promotion und Habilitation geführt und mit Lehraufgaben betraut.

Am 15. September 1953 wurde Dr. Gotthard Forbrig (Kaufmännischer Direktor des Fritz-Heckert-Werkes in

Karl-Marx-Stadt) mit der Wahrnehmung einer Dozentur für das Lehrgebiet Statistik beauftragt. Er habilitierte sich im Februar 1954, wurde am 1. Mai 1955 zum Dozenten, am 1. September 1955 zum Professor mit Lehrauftrag berufen und zum gleichen Zeitpunkt zum Direktor des 1954 gegründeten Institutes für Industrieökonomie ernannt.

Am 1. September 1953 übernahm Rudolf Geist (Technischer Direktor der Warnowwerft) einen Lehrauftrag für das Lehrgebiet Technologie des Schiff- und Maschinenbaus. Er promovierte 1955 und wurde am 1. Juni 1955 zum Dozenten für Technologie des Schiffbaus an die Fakultät berufen. Ab 1956 war er nach Aufnahme einer hauptamtlichen Tätigkeit am Institut für Meß- und Prüftechnik weiter im Lehrauftrag tätig.

Dozent Dr. Herbert Luck wurde am 1. September 1955 als Dozent für Politische Ökonomie an die Fakultät und nach seiner Habilitation im November 1955 am 1. Januar 1956 zum Professor mit vollem Lehrauftrag berufen. Nachdem Prof. Dr. Lemmnitz mit Wirkung vom 1. Oktober 1955 als Rektor der Hochschule für Finanzwirtschaft in Potsdam-Babelsberg bestätigt worden war, übernahm Prof. Dr. Luck die Leitung des Instituts für Politische Ökonomie und wurde zum Dekan der Fakultät gewählt.

Im Studienjahr 1955/56 bestand die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät aus zwei Instituten mit 22 Mitarbeitern.

Dem Institut für Politische Ökonomie (Direktor Prof. Dr. Alfred Lemmnitz) gehörten an:

Prof. Dr. Johannes Knobel, Dozent Dr. Herbert Luck, Wahrnehmungsdozent Heinz Bleckert, die Oberassistenten Paul Wolf und Gerhard Hofmann und die Assistenten Jürgen Bossow, Günther Nörenberg, Klaus Pawelzig und Hans-Jürgen Kayser.

Fachlich zugeordnet war diesem Institut die Abteilung für Grundlagen der Politischen Ökonomie des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums mit dem Dozenten Dr. Alfred Klein als Leiter, den Dozenten Dr. Käthe Grieb, Gerda Klein und Manfred Schelzel und den Assistenten Ursula Will, Werner Rochow und Hans Harms.

Am Institut für Industrieökonomie (Direktor Dr. Gotthard Forbrig) waren tätig Dozent Dr. Rudolf Geist, die Oberassistenten Eberhard Schubert, Rudolf Martini und Hans-Otto Mellmann und 7 Assistenten.



FDJ-Studenten der ersten Immatrikulationsjahrgänge auf einer Maidemonstration

Ergänzt wurde dieser Lehrkörper durch Lehrbeauftragte aus der Wirtschaftspraxis und von anderen Hochschulen. Darunter waren Dr. Engert von der Hochschule für Ökonomie und Planung Berlin (Planung), Karl Fischer von der Humboldt-Universität Berlin (Betriebsanalyse und Finanzplanung) und Dr. Spitzner, Berlin (Wirtschaftsrecht).

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät stellte von Anfang an recht enge Beziehungen zur gesellschaftlichen Praxis und den Betrieben im Territorium her. Für die wirtschaftliche Entwicklung des heutigen Ostseebzirks, vor allem für den Seeverkehr und die Hafengewirtschaft, für den Schiffbau, für die Fischwirtschaft und die Landwirtschaft wurden theoretische Grundlagen geschaffen und dabei ideologische Auseinandersetzungen geführt, die mithalfen, die sozialistische Entwicklung zu fördern. Die den Studenten für das Betriebspraktikum übergebenen Aufgaben orientierten auf einen theoretisch fundierten praktischen Nutzen. Vorträge von An-

gehörigen des Lehrkörpers in den Betrieben trugen zur politischen und fachlichen Bildung der betrieblichen Kollektive bei. Der Qualifizierung des eigenen Lehrkörpers und von bewährten Praktikern wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. In Doktorandenseminaren zu Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus und in Diskussionen zu Vorlesungen und Vorlesungsabschnitten des jungen wissenschaftlichen Nachwuchses wurde das theoretische Wissen aller Teilnehmer vertieft und die Qualität der Lehrveranstaltungen erhöht. Die Orientierung auf Qualifizierung bei voller Lehrtätigkeit war eine objektive Notwendigkeit. Es ging darum, die wissenschaftliche Autorität der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu verstärken und durch eine Anzahl graduierter Wissenschaftler das Promotionsrecht zu erwerben. In den Jahren 1953 bis 1955 habilitierten sich zum Beispiel Dr. Herbert Luck und Dr. Gotthard Forbrig. Es promovierten Rudolf Geist, Alfred Klein, Eberhart Schubert, Rudolf Martini und Heinz Bleckert. Im Jahre 1955 erhielt die Fakultät das Promotionsrecht zuerkannt.

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät formierte sich zu einem fortschrittlichen politischen und wissenschaftlichen Zentrum in einer Zeit scharfer ideologischer Auseinandersetzungen an der Universität und im Territorium. Sie bestand ihre Bewährungsprobe bei der Widerlegung bürgerlicher reformistischer und anderer anti-marxistischer Theorien und auch im harten Klassenkampf. Das zeigte sich beispielsweise während des konterrevolutionären Putschversuches am 17. Juni 1953. Die Auswertung der Ereignisse in offener und scharfer Diskussion auf einer Fakultätsvollversammlung führte zur Annahme einer EntschlieÙung, mit der sich alle Fakultätsangehörigen verpflichteten, ihre Studien- und Lehrleistungen zur Stärkung der Republik zu erhöhen. Dieses Dokument wurde Walter Ulbricht, dem Generalsekretär des ZK der SED, am 30. Juni 1953 als Geburtstagsgeschenk übergeben. Ein Jahr darauf konnte die Fakultät stolz die Erfüllung ihrer Verpflichtung melden. Mit welchem Elan die ersten Direktmatrikel, die sich zu einem wesentlichen Teil aus Arbeiter- und Bauernstudenten zusammensetzten, trotz fehlender Lehrbücher und unter teilweise recht ungünstigen Arbeits- und Lebensbedingungen ihr Studium meisterten, läßt eine Analyse der Studienergebnisse aus dem Jahre 1954 erkennen. Zu dieser Zeit bestand das erste Studienjahr aus einer, das zweite Studienjahr aus zwei und das dritte Studienjahr aus 4 Seminargruppen. Die Jahresdurchschnittsnote betrug im ersten Studienjahr 2,07, im zweiten 2,77 und im dritten 1,85. Fünf Studenten des ersten Studienjahres und je ein Student aus dem zweiten und dritten Studienjahr wiesen eine Gesamtdurchschnittsnote von 1,0 auf. Das hohe politische Engagement, mit der die Mitarbeiter und die Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ihre Aufgaben in Studium und Forschung erfüllten, trug ihnen den Ehrennamen „Rote Fakultät“ ein. Dieser Name wurde zu einem Qualitätssymbol politisch-ideologischer Wirksamkeit und zur Verpflichtung bei der weiteren Entwicklung der Fakultät.

1.2. Mitwirkung an der sozialistischen Umgestaltung des Ostseebezirkes in Theorie und Praxis

Im Juli 1952, es war das Gründungsjahr der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, fand die zweite Parteikonferenz der SED statt. Auf ihr konnte festgestellt werden:

„Die politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.“ /53, S. 73/

Es wurde daher beschlossen, in allen Bereichen der Gesellschaft planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen, die sozialistische Staatsmacht und das Bündnis von Arbeiterklasse und werktätigen Bauern zu stärken. Die Konferenz schlug die Bildung und Förderung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor. Im Juni 1952 war es zur Bildung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch den freiwilligen Zusammenschluß werktätiger Bauern im Bezirk Rostock gekommen. Damit entstand ein völlig neuer Typus landwirtschaftlicher Betriebe, die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, die das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln als genossenschaftliches Eigentum und die gemeinsame Nutzung zur Grundlage hatte. Die werktätigen Bauern begannen gemeinsam für die eigene Rechnung zu produzieren und zu konsumieren. Mit der Formierung der neuen Klasse der Genossenschaftsbauern und damit des Beginns der Lösung der Agrarfrage im Sozialismus stellten sich neue Anforderungen an die Universitäten unseres Landes. Auch die Universität Rostock war diesbezüglich gefordert. Bereits am 17. September 1952 führte die Bezirksleitung der SED mit 30 Vorsitzenden von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einen Erfahrungsaustausch zur weiteren Entwicklung der neuen Formen der gesellschaftlichen Produktion auf dem Lande durch. /54/ Die Beratung der LPG-Vorsitzenden berührte unmittelbar die Lehre und Forschung der Landwirtschaftlichen Fakultät und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Es ging um die Klärung theoretischer Fragen einer sozialistischen Agrarökonomie. Das bereits seit 1901 existierende Thünen-Archiv der Universität veröffentlichte zu dieser Zeit Artikel, die die Lehren von Johann Heinrich von Thünen (progressiver mecklenburgischer Gutsbesitzer des 19. Jahrhunderts) als den Theoretiker und gleichzeitig Praktiker für eine sozialistische Agrarökonomie propagierten und Thünen selbst als einen utopischen Sozialisten in eine Reihe mit den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus zu stellen versuchten. Solche Auffassungen konnten durch



**Prof. Dr. Herbert Luck auf dem Ehrenkolloquium
anlässlich seines 60. Geburtstages**

die marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft nicht un widersprochen hingenommen werden. 1952 erschien in der „Ostsee-Zeitung“, dem Organ der Bezirksleitung Rostock der SED ein Artikel von Herbert Luck, damals Prorektor für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an der Universität Rostock, der sich kritisch mit dem Anliegen der neuen Rostocker Thünen-Forschung auseinandersetzte und eine historische Einordnung des Schaffens von Thünen in die Zeit, in der er lebte, vornahm. Diese Veröffentlichung und ein gedrucktes Manuskript „Bemerkungen über die ökonomischen Auffassungen des Johann Heinrich von Thünen“, welches Herbert Luck in seiner Eigenschaft als damaliges Mitglied des Rates der Landwirtschaftlichen Fakultät an alle Professoren dieser Fakultät verteilte, bildeten die Grundlage für einen wissenschaftlichen Meinungsstreit,

der zur Schaffung der theoretischen Grundlagen der sozialistischen Landwirtschaft beitrug.

Prof. Dr. Lemnitz, zu dieser Zeit als Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Rostock tätig, schrieb im Auftrag der Redaktion der „Einheit“, der theoretischen Zeitschrift des ZK der SED, einen Artikel „Für eine marxistisch-leninistische Agrarökonomie“ /55, S. 683 ff./ und Dr. Luck veröffentlichte im Auftrag der Redaktion der Zeitschrift Wirtschaftswissenschaft einen Beitrag „Johann Heinrich von Thünen — ein Theoretiker der kapitalistischen Junkerwirtschaft“. /56, S. 529 ff./ Die beiden Artikel gaben der wissenschaftlichen Diskussion über die theoretischen Grundlagen der sozialistischen Landwirtschaft einen Spielraum, der über die Rostocker Universität hinausging. Die Verteidigung der inzwischen fertiggestellten Habilitationsschrift von Dr. Herbert Luck „Die Entstehung der fröherrlichen Gutswirtschaft in Mecklenburg, ihre Wandlung zur kapitalistischen Junkerwirtschaft und die Lehren des Johann Heinrich von Thünen“ fand am 25. Oktober 1955 in der vollbesetzten Aula der Universität Rostock statt. Daran nahmen auch Professoren und Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät teil. Es war nach Dr. Forbrig (Thema: Die Planung der Umlaufmittel für unvollendete Erzeugnisse bei kontinuierlicher Produktion, Februar 1955) die zweite Habilitationsverteidigung seit Verleihung des Promotionsrechts an die Fakultät. Der wissenschaftliche Meinungsstreit um die theoretischen Grundlagen der sozialistischen Agrarökonomie, der mit der Verteidigung der genannten Arbeit seinen Abschluß fand, mehrte das Ansehen der jungen Rostocker Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Er hatte den Weg freigemacht für die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Agrarökonomie an der Rostocker Landwirtschaftlichen Fakultät. In den Dokumenten des ZK der SED, so auf der 24. Tagung (1./2. Juni 1955) fand das eine entsprechende Würdigung. Ende des Jahres 1955 bestanden im Bezirk Rostock 592 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit 12 626 Mitgliedern. Sie bewirtschafteten 32,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, und ihre Festigung erwies sich zunehmend als starke Position sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande.

Sowohl bei der theoretischen als auch bei der praktischen Unterstützung der neu gegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewährten sich

Studenten und Lehrkörper der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. So bildeten die herbstlichen Einsätze zur Einbringung der Ernte ein gesellschaftliches Bewährungsfeld. Einerseits trugen diese Einsätze zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Republik bei und formten die studentischen Kollektive, andererseits wurden die zu leistenden körperlichen Arbeiten in der Zeit der revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft mit Agitationseinsätzen verbunden. Der Zusammenhang zu den weltweiten gesellschaftlichen Problemen ging dabei durchaus nicht verloren, wie das beispielsweise die bei Ernteinsätzen überwiesenen Solidaritätsspenden beweisen.

Welche Entwicklung die Landwirtschaft in der Republik seit jener Zeit genommen hat, läßt sich bei einem Vergleich des Charakters der Einsätze deutlich erkennen. Bestanden die Arbeitsaufgaben in den fünfziger Jahren im wesentlichen darin, Kartoffeln manuell aufzusammeln, so werden heute Studenten als Kombi-Fahrer tätig oder arbeiten am Band der Vollerntemaschine.

Nicht nur in der Landwirtschaft waren Entwicklungsprobleme zu bewältigen. In den fünfziger Jahren mußten zur Industrialisierung des Ostseebezirkes große Leistungen vollbracht werden. Es entstand eine leistungsfähige Werftindustrie. Die Ökonomen für diesen Wirtschaftszweig bildete die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät aus. Zu dieser Zeit wurde an der Schiffbautechnischen Fakultät die Meinung vertreten, daß der Schiffbau keine Wissenschaft, sondern eine Kunst sei. Der technische Direktor der Warnowwerft, Rudolf Geist (Lehrauftrag für Technologie des Schiff- und Maschinenbaus), bearbeitete für seine Dissertation (die erste, die an der Fakultät verteidigt wurde) das schiffbauökonomische Thema: „Die Eignung der Baugruppe als technisches Element des Schiffbaus.“ Er bewies, daß auch der Schiffbau auf wissenschaftlichen Grundlagen beruht und konnte seine Ergebnisse erfolgreich an der Fakultät verteidigen. Professoren der Schiffbautechnischen Fakultät wirkten in der Prüfungskommission mit. Eine Wissenschaftskooperation begann, die später zur interdisziplinären Zusammenarbeit weiterentwickelt werden konnte.

Im Jahre 1957 beschloß das Zentralkomitee der SED auf der 33. Tagung den Aufbau des Überseehafens Rostock /57, S. 43/. Prof. Luck und Mitarbeiter des Instituts für Politische Ökonomie waren an vorbereitenden

Untersuchungen maßgeblich beteiligt. Beratungen mit sowjetischen Experten wurden ausgewertet und flossen in Projektunterlagen ein. Resultate ökonomischer Untersuchungen zum Bau des Überseehafens führten zur Ausarbeitung des ökonomischen Teils für die Projektierung des Überseehafens im Auftrage des VEB Industrieprojektierung Nord.

Die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung benötigte ein sicheres Fundament aus eigener Forschungstätigkeit zur Wissenschaftsentwicklung und zur Praxiswirksamkeit. Schon die ersten Themen, die an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bearbeitet wurden, waren recht eng mit der territorialen Entwicklung verknüpft. So wies der Forschungsplan des Jahres 1955 die folgenden Themen auf: „Standortfragen der Fischwirtschaft“ (Bleckert), „Fragen der Umlaufmittelbindung“ (Dr. Forbrig), „Technologie des Schiffbaus“ (Geist), „Probleme des Geldumlaufs in der DDR und in Westdeutschland“ (Prof. Lemnitz). Bald konnte die Fakultät auch mit wissenschaftlichen Ergebnissen an die Öffentlichkeit treten. Von Prof. Lemnitz erschien 1955 eine Veröffentlichung über die Funktion des Geldes im Sozialismus. Prof. Luck publizierte 1959 eine Broschüre: Die Seehäfen der DDR, die ökonomische Untersuchungen zum Hafenbau enthielt. Im Ergebnis der Forschungsarbeit entstanden in den Jahren 1955 bis 1961 insgesamt 7 Habilitationsschriften und 22 Dissertationen.

1.3. Bilanz nach 10 Jahren

In Übereinstimmung mit den Anforderungen der Wirtschaftspraxis stieg in den Jahren ab 1955 die Zahl der Studierenden beträchtlich an. Mit Beginn des Studienjahres 1961/62 zogen in die Hörsäle und Seminarräume der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die inzwischen zur Klement-Gottwald-Straße umgezogen war, bereits 634 Studenten ein. Sie studierten in den Fachrichtungen Industrieökonomie (130), Volkswirtschaft (88), See- und Hafengewirtschaft (52) und Binnenhandel (63) im Direktstudium. 301 Fernstudenten wurden für die Matrikel 60 und 61 immatrikuliert. Verbunden damit war die Einrichtung einer Abteilung Fernstudium, zu der auch bis heute eine Außenstelle in Schwerin gehört. /58, S. 5/ Nach zehnjähriger Lehr- und Forschungsarbeit hatte sich die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät zu einer wissen-

schaftlichen Struktureinheit der Universität Rostock entwickelt, die aus acht Instituten mit 51 Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern bestand.

Der Aufbau der wirtschaftlichen Ausbildung, die Vervollkommnung der Lehre und Erziehung und die Lösung von praxiswirksamen Forschungsaufgaben wären nicht möglich gewesen ohne eine wesentliche Unterstützung, die die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät durch die Auswertung und Anwendung der Erfahrungen sowjetischer Hochschulen erfuhr. Mit der Aufnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung begann deshalb auch gleichzeitig die Zusammenarbeit mit sowjetischen Wissenschaftlern und mit Partneereinrichtungen in der UdSSR. Bereits im Studienjahr 1954/55 hielten die sowjetischen Professoren Winogradow (Volkswirtschaftsplanung) und Samborski (Organisation und Planung der volkseigenen Betriebe) Gastvorlesungen. In den folgenden Jahren wurde dann bei den durch sowjetische Experten unterstützten vorbereitenden Arbeiten zum Bau des Überseehafens Rostock der Grundstein für die heutige vertraglich vereinbarte Wissenschaftskooperation mit dem Sojuzmorniprojekt Moskau gelegt. Anlässlich der 550-Jahr-Feier der Universität fanden die bestehenden engen wissenschaftlichen Beziehungen zur Moskauer Ökonomisch-Statistischen Hochschule ihren sichtbaren Ausdruck durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prof. Baklanow, dem verdienstvollen Lehrstuhlinhaber für Industriestatistik.

Im Februar 1962 würdigte Magnifizenz Prof. Dr. Schick die von der Fakultät und ihren Instituten nach zehnjähriger Arbeit erzielten Leistungen. Es fand eine wissenschaftliche Veranstaltung mit 12 Kolloquien statt, auf denen Forschungsergebnisse von Angehörigen der Fakultät den Gästen aus der Deutschen Demokratischen Republik und dem sozialistischen Ausland vorgestellt wurden. /59/

Institut für Politische Ökonomie

Die Gründung des Institutes für Politische Ökonomie erfolgte bereits im Jahre 1951. Nachdem es am Anfang alle Anstrengungen darauf richten mußte, die Lehrtätigkeit zu sichern und das wirtschaftswissenschaftliche Studium an der Fakultät zu organisieren, konnte es bald dazu übergehen, einen eigenständigen Beitrag zur Um-

setzung und Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie zu leisten. Die Forschungsarbeiten betrafen vor allem Problemstellungen zur sozialistischen Umgestaltung des nördlichen Territoriums der DDR. Forschungsaufträge wie „Ausnutzung des Wertgesetzes bei der Preisbildung für Schiffbauerzeugnisse“, „Geldbewegungen in der Landwirtschaft“ und „Ökonomischer Nutzeffekt der Seehäfen der Deutschen Demokratischen Republik“ wurden erfolgreich abgeschlossen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik würdigte unter anderem auch diese Arbeiten durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens an Prof. Dr. Luck.

1955, nach dem Weggang von Prof. Dr. Lemnitz, wurde Prof. Dr. Luck mit der Leitung des Institutes für Politische Ökonomie beauftragt. Diesem Institut gehörten zu dieser Zeit 3 Professoren, 2 Dozenten, 1 wissenschaftlicher Mitarbeiter und 4 Assistenten an. Im Ergebnis von weiteren Institutsgründungen an der Fakultät konnten sich die Angehörigen dieses Institutes nunmehr voll auf die Lehrgebiete Politische Ökonomie des Kapitalismus, Politische Ökonomie des Sozialismus, Ökonomische Lehrmeinungen und Politische und Ökonomische Geographie konzentrieren.

Im Lehrgebiet Politische Ökonomie des Kapitalismus wurden Untersuchungen über die politische und ökonomische Situation in den skandinavischen Ländern durchgeführt. Dabei konnte man sich auf eine Reihe bereits abgeschlossener Arbeiten stützen, die sich mit Marktproblemen kapitalistischer Länder nach dem zweiten Weltkrieg (Prof. Dr. Knobel), der Wiederherstellung der Macht des Krupp-Konzerns nach 1945 (Dr. Pawelzig) und mit weiteren Untersuchungen der Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland beschäftigten.

Die Mitarbeiter des Lehrgebietes Politische Ökonomie des Sozialismus bearbeiteten Probleme der erweiterten Reproduktion unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus und theoretische Fragen des Arbeitslohnes in der DDR. Außerdem behandelten sie Fragen des sozialistischen Aufbaus im Bezirk Rostock.

Die zum Institut für Politische Ökonomie gehörende Abteilung Politische und Ökonomische Geographie befaßte sich mit der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte und den komplexen Zusammenhängen zwischen dem geographischen Milieu und den Zweigen der materiellen Produktion.

Bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Qualifizierung wissenschaftlich interessierter Kader aus der Praxis konnten in den ersten zehn Jahren des Bestehens von Institut und Fakultät 13 Kandidaten zur Promotion und 6 zur Habilitation geführt werden.

Institut für Ökonomik der Industrie

Um den verstärkten Anforderungen der Praxis an ökonomischer Lehre und Forschung auf den Gebieten des Schiffbaus und des Maschinenbaus Rechnung zu tragen, wurde 1954 das Institut für Ökonomik der Industrie gegründet. Bei der Ausgliederung der Lehrgebiete Rechnungswesen und Statistik im Jahre 1956 übergab Prof. Dr. Forbrig die Leitung des Institutes an Prof. Dr.-Ing. Otto Köhler. Das Institut bearbeitete insbesondere Fragen der Planung, Vorbereitung der Produktion, Materialversorgung, Technologie, Fertigung, Kontrolle und des Absatzes, die mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität zusammenhängen. Während sich anfänglich die Untersuchungen auf Probleme des Schiffbaus beschränkten, wurden ab 1958 auch Fragen des allgemeinen Maschinenbaus behandelt, und ein großer Teil der Studenten konnte nach Abschluß des Studiums in solchen Betrieben eingesetzt werden.

Gemeinsam mit Vertretern der Praxis wurden Grundlagen für eine bessere operative Planung nach Kenngruppen in den Schiffbaubetrieben beraten. Ein weiterer Arbeitskomplex des Institutes war der Betriebsvergleich. In enger Zusammenarbeit mit einem Zentralen Arbeitskreis Betriebsvergleich der VVB Schiffbau wurden in den Schiffbaubetrieben und auch im Maschinenbau vergleichende Untersuchungen über Erzeugnisse, Arbeitsverfahren und Arbeitsorganisation durchgeführt und deren Ergebnisse in die Praxis umgesetzt. Probleme der Standardisierung und der daraus resultierenden zentralen Fertigung wurden ebenfalls erfolgreich untersucht, wobei Fragen des ökonomischen Nutzens im Vordergrund standen. Forschungsergebnisse konnten auf einer wissenschaftlichen Konferenz „Ökonomie und neue Technik in Schifffahrt und Schiffbau“ zur Ostseewoche 1960 vorgestellt werden.

Die Mitarbeiter des Institutes vertraten in Direkt- und Fernstudium die Lehrgebiete Ökonomik der Industrie,

Organisation und Planung, Materialwirtschaft und Technologie. 1956 waren 1 Professor, 1 Dozent, 1 Oberassistent und 2 Assistenten am Institut tätig. Für das Lehrgebiet Technologie wurde 1961 der bisherige Direktor des Dieselmotorenwerkes Rostock, Prof. Dr. Rudolf Kapp, als hauptamtlicher Mitarbeiter gewonnen.

Institut für Rechnungswesen

Das Institut für Rechnungswesen entstand 1961 durch Teilung des 1956 gegründeten Institutes für Rechnungswesen und Statistik. Mit der Leitung wurde Prof. Dr. Eberhart Schubert beauftragt, der bereits vorher als Leiter der Abteilung Rechnungswesen am Institut für Rechnungswesen und Statistik tätig war.

Die Abteilung Rechnungswesen richtete ihr Hauptaugenmerk zunächst auf eine solide Ausbildung in den Grundlagen des Rechnungswesens. Die Forschungsarbeit orientierte sich überwiegend auf Probleme der Wertindustrie. Dabei wurde den Hinweisen der SED Rechnung getragen und die Vereinfachung des betrieblichen Rechnungswesens in den Mittelpunkt gestellt. Dem Charakter der sozialistischen Planwirtschaft entsprechend arbeiteten die Angehörigen der Abteilung an der Entwicklung eines Systems der Plankostenrechnung, welches den speziellen Erfordernissen des Schiffbaus entspricht. Weiterhin beschäftigte sich die Abteilung mit der Planung, Abrechnung und Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungskosten, einer Problematik, der durch die Einführung neuer Technik in den Betrieben steigende Bedeutung zukam.

Das neu gegründete Institut setzte die Arbeit der bisherigen Abteilung Rechnungswesen fort. Ihm gehörten bei Institutsgründung 1 Professor, 2 wissenschaftliche Mitarbeiter und 3 Assistenten an.

Institut für Statistik

Das unter der Leitung von Prof. Dr. Gotthard Forbrig stehende Institut für Statistik ging 1961 aus der Abteilung Statistik des Institutes für Rechnungswesen und Statistik hervor.

Die Aufgabe seiner Mitarbeiter bestand vor allem darin, die Ausbildung der Studenten im Direkt- und Fernstu-

dium in der „Allgemeinen Theorie der Statistik“, in den jeweiligen Fachstatistiken und in Wirtschaftsmathematik durch Vorlesungen und Seminare zu gewährleisten.

Es konnten mehrere Forschungsaufträge mit Erfolg abgeschlossen werden. Im Rahmen einer Untersuchung zur „Organisation der Plankontrolle im Schiffbau“ wurde zunächst die Abrechnung des Produktions- und Arbeitskräfteplanes und später auch die aller übrigen Teile des Betriebsplanes untersucht. Ergebnisse dieser Analysen wurden von Prof. Dr. Forbrig 1958 im „Grundriß der Industriestatistik (Teil I)“ veröffentlicht, dem bald in Gemeinschaftsarbeit mit Prof. Dr. Janakieff, Sofia, der Teil II folgte. Weitere Forschungsthemen beschäftigten sich mit der Untersuchung optimaler Methoden zur Messung der Arbeitsproduktivität und der Ermittlung der Selbstkostensenkung. Den Besonderheiten der langfristigen Produktion wurde dabei besondere Beachtung geschenkt.

Zur Abteilung Statistik gehörten bei der Gründung des Institutes 1 Professor und 2 Assistenten. Sie entwickelte sich im Studienjahr 1960/61 zu einem Kollektiv von einem Professor, einem Oberassistenten, zwei Assistenten und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Die Abteilung stellte wissenschaftliche Kontakte zur Hochschule für Ökonomische Statistik in Moskau, zur Ökonomischen Hochschule in Wrocław, zu den Ökonomischen Hochschulen in Sofia, Warna und Swistow, zur Ökonomischen Hochschule in Prag und zur Ökonomischen Fakultät der Universität Budapest her.

Institut für Volkswirtschaftsplanung und Finanzen

Das Institut für Volkswirtschaftsplanung und Finanzen bestand seit September 1960. Die Mitarbeiter wurden aus dem Institut für Politische Ökonomie übernommen. Zur Lösung der Lehr- und Forschungsaufgaben standen ein Dozent (Dr. Paul Wolf, Volkswirtschaftsplanung) mit drei Assistenten und ein Dozent (Dr. Ritschke, Finanzwesen) mit einem Assistenten zur Verfügung.

Ausgehend von den Beschlüssen des V. Parteitag der SED wurde für das Institut als Forschungsschwerpunkt die komplex-territoriale Planung festgelegt. Dazu wurden vom Lehrgebiet Volkswirtschaftsplanung Untersu-

chungen über die regionale Bilanzierung durchgeführt. Das Lehrgebiet Finanzwesen beschäftigte sich mit der komplex-territorialen Planung der Finanzbeziehungen. Hierzu wurden wissenschaftskooperative Beziehungen zur Hochschule für Ökonomie Berlin und zur Humboldt-Universität Berlin hergestellt.

In der Lehre hatte das Institut die Grundausbildung der Studenten im Direkt- und Fernstudium in den Lehrgebieten „Volkswirtschaftsplanung“ und „Finanzsystem der DDR“ in allen Fachrichtungen zu sichern und Vorlesungen und Seminare zu Spezialfragen dieser Gebiete durchzuführen.

Institut für Wirtschafts- und Seerecht

Die Gründung des Institutes für Wirtschafts- und Seerecht fand im September 1959 statt. Es wurde mit Praktikern aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft besetzt. Die Leitung wurde dem Vorsitzenden des Zentralen Staatlichen Vertragsgerichtes, Prof. Dr. Osmar Spitzner, übertragen.

Die Aufgaben des Institutes bestanden zunächst vorrangig in der Organisation und Durchführung aller juristischen Lehrveranstaltungen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und an anderen Einrichtungen der Universität Rostock. Dies betraf die Lehrgebiete „Recht der sozialistischen Wirtschaft“, „Staatsrecht der DDR“ und „Sozialistisches Agrarrecht“.

Die Forschungstätigkeit wurde in Übereinstimmung mit den Institutsaufgaben auf das Gebiet des Seerechts orientiert und vollzog sich in enger Verbindung mit der Praxis. Im Vordergrund standen dabei Grundfragen des Seearbeitsrechts als Basis für die Ausarbeitung einer neuen Seemannsordnung der DDR und für die Arbeitsordnungen der Reedereibetriebe, die Probleme der Berge- und Hilfeleistungen in Seenot als Vorbereitung für den Abschluß eines entsprechenden Abkommens der dem RGW angehörenden sozialistischen Staaten sowie Fragen der Rechtsordnung des Küstenmeeres.

Für die Durchführung der Lehr- und Forschungstätigkeit standen bei der Gründung des Institutes ein Professor, ein Oberassistent und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Verfügung. Der Mitarbeiterkreis des Institutes erweiterte sich im Jahre 1961 um einen Dozenten und um einen Assistenten.

**Prof. Dr. Osmar
Spitzner und
Dr. Jörgen Haalck
vom Institut für
Wirtschafts- und
Seerecht**



Institut für See- und Hafenwirtschaft

Zugleich mit der gleichnamigen Fachrichtung wurde am 1. September 1959 ein Institut für See- und Hafenwirtschaft unter der Leitung von Dozent Dr. Manfred Schelzel gebildet. Ihm wurde die Aufgabe gestellt, Wirtschaftskader für die Betriebe und staatlichen Institutionen des Seeverkehrs und der Hafenwirtschaft auszubilden und die schnell wachsende Seehandelsflotte und die Seehäfen der DDR durch Forschungsarbeiten zu unterstützen.

Durch die Bearbeitung von aktuellen Aufgabenstellungen konnte das Institut der Praxis wertvolle Hilfe geben. So wurden 1959/60 mehrere Vertragsforschungsaufträge für den VEB Industrieprojektierung Nord erfolgreich zum Abschluß gebracht. Es handelte sich dabei um ökonomische Gutachten zu Einzelprojekten des Überseehafens Rostock. Damit hatte sich das Institut als erstes an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Vertragsforschung zugewandt.

Vor eine breite Öffentlichkeit trat das Institut durch seine Beteiligung an den wissenschaftlichen Kolloquien zur Ostseewoche. Hier wurden vor in- und ausländischen Wissenschaftlern und Praktikern Fragen der Ökonomie und der neuen Technik in Schifffahrt und Schiffbau behandelt.

Entsprechend dem internationalen Charakter des Seeverkehrs war das Institut ständig bemüht, wissenschaftliche Verbindungen mit dem Ausland zu erweitern und zu festigen. Ein besonders enges Verhältnis der Zusammenarbeit bestand mit der Hochschule für Ökonomie in Sopot (VR Polen) und zum Institut Morski in Gdansk. Außer dem gegenseitigen Erfahrungs- und Literatur-austausch wurde auch ein Austauschpraktikum für Studenten ins Leben gerufen. Weitere Kontakte zu ausländischen wissenschaftlichen Institutionen wurden zur Hochschule für Wassertransport in Leningrad, zur Handelshochschule in Bergen, zur Verkehrswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Budapest, zum In-



Verteidigung von
Forschungsergeb-
nissen am Institut
für See- und Hafen-
wirtschaft (Instituts-
direktor Dr. Schelzel,
Dr. Waßmann)

stitut für Weltwirtschaft in Kiel und zum Verkehrswissenschaftlichen Seminar der Universität Hamburg aufgebaut.

Das Institut hatte 1961 einen Personalbestand von zwei Dozenten, zwei Oberassistenten und 2 Assistenten. Mit diesen Kadern wurden im wesentlichen alle speziell ökonomischen und technologischen Vorlesungen und Seminare der Fachrichtung See- und Hafenwirtschaft bestritten. Für die Fachausbildung waren dabei völlig neue Vorlesungen und Seminare auszuarbeiten und vorzubereiten, z. B. über Seeverkehrsökonomik, Reederei- und Hafenbetriebslehre, Arbeitsökonomik der Seeschifffahrt, die von vornherein eine enge Verbindung von Forschung und Lehre voraussetzten.

Institut für Ökonomik des Binnenhandels

Am 1. September 1959 wurde zur Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten von Hochschulkadern für den Bin-

nenhandel das Institut für Ökonomik des Binnenhandels gegründet und die Fachrichtung Binnenhandel gebildet. Zunächst übernahm Dozent Dr. Schubert, der gleichzeitig Leiter der Abteilung Rechnungswesen am Institut für Rechnungswesen und Statistik war, die Leitung des neu gegründeten Institutes. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 wurde Dr. Kurt Patz, kaufmännischer Direktor des VEB Jenapharm, als Dozent verpflichtet. Ihm wurde im Januar 1961 die Leitung von Institut und Fachrichtung übertragen. Am Institut arbeiteten ein Dozent, ein Oberassistent, ein Assistent und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Der Institutsaufbau war bis zum Jahre 1961 so weit gelaufen, daß die Lehrveranstaltungen Binnenhandelsökonomik und Warenkunde voll durch eigene Mitarbeiter gehalten werden konnten.

Einige Studenten
der ersten Matrikel
auf einem
Absolvententreffen



1.4. Die Absolventen der ersten Matrikel bewährten sich in der gesellschaftlichen Praxis

Beginnend mit dem Jahr 1955 konnte die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die von ihr marxistisch-leninistisch erzogenen und ausgebildeten jungen Wirtschaftskader in die Praxis entlassen. In den Jahren 1955 bis 1961 nahmen 302 Absolventen, von denen 50 Frauen waren, eine Tätigkeit in Betrieben und gesellschaftlichen Institutionen auf, um ihr erworbenes Wissen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR anwenden zu können. Das Spektrum der erreichten Diplomnoten zeugte von einem hohen Leistungsniveau. 51,2 Prozent der Absolventen schlossen mit „Sehr gut“ und „Gut“ ab, 0,7 Prozent mit „Ausgezeichnet“. Alle hatten sich verpflichtet, zunächst für mindestens drei Jahre dort zu arbeiten, wo es die junge Republik für notwendig erachtete.

70 Prozent der Absolventen nahm eine Tätigkeit in den drei Nordbezirken auf, 10 Prozent ging in die Haupt-

stadt der DDR, Berlin. Mit ihren Leistungen haben die Absolventen dieser ersten Ausbildungsjahrgänge dazu beigetragen, daß der Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR unumkehrbar und endgültig wurde. Zu diesen Absolventen gehörten beispielsweise Werner Bunge, Erhard Krack, Henning Schleiff und Ursula Wolff.

Werner Bunge

Angestellter, Schlosser, Abteilungsleiter

1957/64 Ökonomie-Studium, Diplom-Ökonom

1957/64 wissenschaftlicher Assistent
Promotion zum Dr. oec.
wissenschaftlicher Oberassistent

1964/74 Direktor des Institutes für Seeverkehr und
Hafenwirtschaft

1974 Stellvertreter des Generaldirektors
für Ökonomie im VE Kombinat Seeverkehr
und Hafenwirtschaft



**Der Oberbürgermeister der Stadt Rostock, Dr. Henning Schleiff,
ein Absolvent der Fakultät,
auf einem Treffen mit der Universitätsleitung**

Erhard Krack
Installateur

1952/56 Ökonomie-Studium, Diplom-Ökonom
1956/63 Betriebsassistent auf der Warnowwerft
Abteilungsleiter
Haupttechnologe

1963/65 Vorsitzender des Wirtschaftsrates
beim Rat des Bezirkes Rostock
1965/74 Minister für bezirksgeleitete Industrie und
Lebensmittelindustrie
1974 Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR,
Berlin

Henning Schleiff

Oberschüler

- 1955/60 Ökonomie-Studium
Karl-Marx-Stipendium
Diplom-Ökonom
- 1960/69 Sekretär der Hochschulgruppenleitung
der FDJ-Grundorganisation der Universität
Rostock
Betriebsassistent Neptunwerft
1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Rostock-Stadt
- 1969/75 Mitarbeiter beim Rat des Bezirkes Rostock
Aspirant am Institut für Gesellschafts-
wissenschaften beim ZK der SED
Promotion
- 1975 Oberbürgermeister der Stadt Rostock

Ursula Wolff

Oberschüler

- 1951/55 Ökonomie-Studium, Diplom-Ökonom
- 1955 Betriebsassistent Volkswerft Stralsund
- 1956/68 Wissenschaftlicher Assistent Universität
Rostock
Promotion
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- 1968/81 Hochschuldozent
Promotion B
- 1981 Außerordentlicher Professor

2. Die Ingenieur-ökonomische Fakultät beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik

2.1. Aus- und Weiterbildung ausgerichtet auf die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus

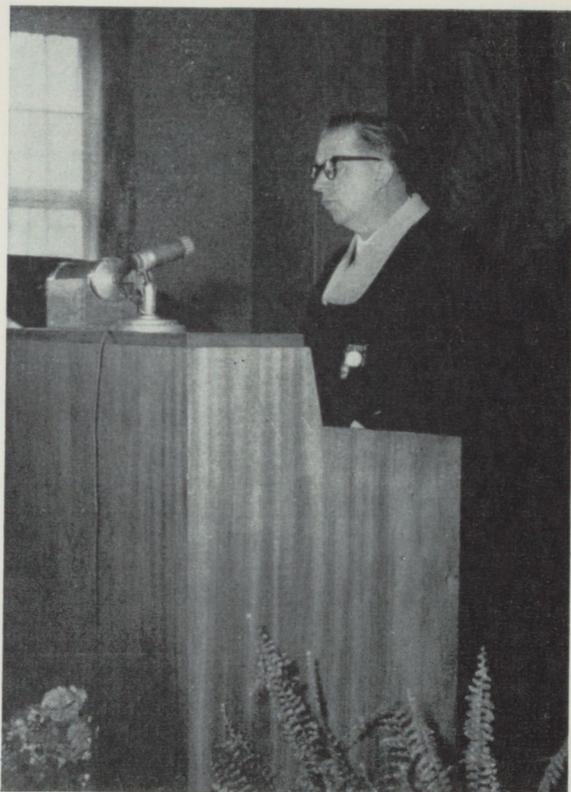
Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und mit der Lösung wesentlicher Aufgabenstellungen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus reiften in der DDR Anfang der sechziger Jahre neue Bedingungen für eine weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft heran. Die Universitäten und Hochschulen erhielten durch den VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 im Rahmen der Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems den Auftrag:

„Aus der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft als Produktivkraft für den gesellschaftlichen Fortschritt und aus den Aufgaben zur Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der Deutschen Demokratischen Republik ergibt sich die Notwendigkeit der weiteren Umgestaltung des Fach- und Hochschulstudiums. Ausbildung, Lehre und Forschung werden so gestaltet, daß die Hochschule immer mehr eine organische Einheit von wissenschaftlicher Ausbildung und produktiver Praxis herstellt. Die

Hoch- und Fachschule wird zugleich Ausbildungsstätte und Stätte der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten. Um eine praxisverbundene und den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Ausbildung, besonders in den naturwissenschaftlichen und ökonomischen Fachrichtungen an den Universitäten zu erreichen, ist die Vermittlung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse erforderlich.“ /60, S. 253/

Die Notwendigkeit einer organischen Verbindung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit den Vorzügen der sozialistischen Wirtschaft und der Meisterung der dialektischen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen führen in den Jahren bis 1963 zur Umprofilierung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in eine Ingenieur-ökonomische Fakultät. Dieser Prozeß vollzog sich unter der Leitung der Professoren Luck, Forbrig und Kapp, die 1955 bis 1963 als Dekane wirkten.

Die erfolgreiche Leitung der weiter steigenden Erziehungs-, Lehr- und Forschungsaufgaben der nun seit 1963 bestehenden Ingenieur-ökonomischen Fakultät lag in den Händen der als Dekane bestätigten Professoren Klein,



Prof. Dr. Rudolph Kapp bei einer Ansprache in der Aula der Ingenieurökonomischen Fakultät

Brandt, Wolf und Luck. Die Ingenieur-ökonomische Fakultät bildete Direktstudenten in den Fachrichtungen Industrieökonomie, Volkswirtschaft, See- und Hafenwirtschaft (bis 1965) und Binnenhandel

aus.

Als weitere Struktureinheit der Fakultät entstand das Institut für Fertigungsvorbereitung (1964). Der Aufbau erfolgte unter der Leitung von Professor Dr. Kapp (vor-

her Direktor des Dieselmotorenwerkes Rostock), der 1961 auf einen Lehrstuhl Fertigungsvorbereitung berufen worden war. Er gewann die Diplom-Ingenieure Albrecht und Brandstätter als wissenschaftliche Mitarbeiter. Beide erhielten 1979 Lehrstühle an der Ingenieurhochschule für Seefahrt in Warnemünde bzw. an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow. Später vervollständigten der Studienrat Winkel (1963) von der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Rostock und die Diplomingenieure Brillowski und Schreiber (1966) von der Technischen Hochschule Dresden den Mitarbeiterkreis des Institutes. Das Institutskollektiv erarbeitete die Grundlagen für die Lehrgebiete Fertigungstechnik, Werkstoffkunde und Fertigungsvorbereitung und setzte die Konzeptionen in die Studienpraxis um.

Aus dem Vorlesungsverzeichnis für das Studienjahr 1963/1964 geht hervor, daß Lehrveranstaltungen zur Datenverarbeitung in das Studium aufgenommen wurden. /61/ Als neu eingesetzte Lehrbeauftragte dafür sind genannt Dipl.-Phys. Bartsch vom Rechenzentrum der Universität und Dipl. oec. Rudolf Müller von der Rechenstation der VVB Schiffbau.

Im Schoße des Institutes für Ökonomie der Industrie entwickelte sich unter der Leitung von Prof. Horst Brandt am Lehrstuhl für Sozialistische Wirtschaftsführung ein Kollektiv, welches ab 1. Januar 1967 den Mitarbeiterkreis des Institutes für Sozialistische Wirtschaftsführung der Universität Rostock bildete. Dazu gehörten Prof. Dr. Rouscik, Dozent Dr. Page, der wissenschaftliche Mitarbeiterin Nelly Hornung und die Assistenten Freihof und Lack.

In den nunmehr 8 Instituten der Ingenieur-ökonomischen Fakultät waren Anfang 1964 7 Professoren, 9 Dozenten, 36 wissenschaftliche Mitarbeiter und 14 technische Angestellte tätig.

Bereits ab Herbstsemester 1960/61 begann die damalige Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unter der Leitung des Dekans, Professor Dr. Forbrig, mit der Ausbildung von Fernstudenten in Rostock und an einer Außenstelle in Schwerin. 1960 wurden 271 Fernstudenten für die Fachrichtungen Industrieökonomie, Finanzökonomie und Volkswirtschaft immatrikuliert. Gleichzeitig mußte die Ausbildung älterer Immatrikulationsjahrgänge von Außenstellen der Hochschule für Ökonomie und der Karl-

Marx-Universität übernommen und zu Ende geführt werden. Die Dauer der Ausbildung betrug in allen drei Fachrichtungen 5 Jahre.

Nach der Bildung der Ingenieur-ökonomischen Fakultät liefen die drei bestehenden Fachrichtungen aus. An ihre Stelle trat die neue Fachrichtung „Ingenieurökonomie (Maschinenbau)“. Sie wurde 1968 umbenannt in „Ingenieurökonomisches Fernstudium, Fachrichtung Betriebswirtschaft“. Eine zweite Fachrichtung „Ingenieurökonomie (Seeverkehrswirtschaft)“ begann 1966 mit der Immatrikulation von Fernstudenten. Ab 1969 wurden spezielle Aufbaustudien eingerichtet, die Fachschulabsolventen zum Diplom führen sollten. An einem solchen verkürzten Fernstudium (3,5 Jahre) „Betriebswirtschaft des Seeverkehrs“ nahmen Absolventen der Klasse Schifffahrt der Fachschule für Verkehrswesen Dresden teil. Weiterhin wurde das verkürzte Fernstudium in der Fachrichtung Betriebswirtschaft für Fachschulabsolventen technischer und ökonomischer Einrichtungen nach unterschiedlichen Studienplänen durchgeführt. Die Außenstelle Schwerin übernahm im Jahre 1965 einmalig ein Abendstudium „Ingenieurökonomie (Bauindustrie)“ im Auftrage der Technischen Universität Dresden.

Große Aufmerksamkeit widmete die Ingenieur-ökonomische Fakultät den in der Praxis tätigen Hochschulkadern, um ihnen aufbauend auf das Studium die für die weitere Entwicklung der Betriebe und Wirtschaftszweige notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln. 1963 eröffnete die Ingenieur-ökonomische Fakultät mit einem Sonderlehrgang „Höhere Mathematik und Rechentchnik“ die Durchführung von postgradualen Studien an wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR. Es begann die Qualifizierung von Hochschulabsolventen für die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in ökonomischen Bereichen. In insgesamt sechs mehrsemestrigen Wochenendlehrgängen, die in der Regel über zwei Jahre liefen und ab 1964 die Bezeichnung „Postgraduales Studium zur Anwendung der Mathematik in der Ökonomie“ trugen, wurden 431 Betriebswirtschaftler mit modernen mathematischen Methoden und ihrer Anwendung sowie den Möglichkeiten der Rechentechnik vertraut gemacht.

Ebenfalls im Jahre 1963 begann in Seminargruppenstärke ein Teilstudium „Ökonomik der See- und Hafengewirtschaft“, welches mit einem weiteren Lehrgang von

der Hochschule für Verkehrswesen fortgesetzt wurde. Weitere postgraduale Studien wurden 1965 zur „Ökonomik der Fischwirtschaft“ mit 15 Teilnehmern und 1966 zum „Seerecht“ mit 36 Teilnehmern aufgenommen.

Um Ingenieure mit ökonomischen Kenntnissen auszurüsten, organisierte die Ingenieur-ökonomische Fakultät das Zusatzstudium „Ökonomik des Maschinenbaus“, welches ab 1966 in zwei Immatrikulationsjahrgängen mit insgesamt 60 Teilnehmern durchgeführt wurde.

2.2. Die Wirksamkeit der Fakultät im Territorium

Nicht nur die unmittelbare Ausbildung von Ökonomen für die sozialistische Wirtschaft, nicht nur die Weiterbildung von Praxiskadern, nicht nur die Schaffung des wissenschaftlichen Vorlaufs für die Wirtschaftspraxis und für eine Ausbildung auf hohem Niveau betrachteten die Mitarbeiter der Fakultät als ihr Aufgabengebiet. Die Verbindung von Theorie und Praxis endete nicht mit einer theoretischen Lösung herangereifter gesellschaftlicher und ökonomischer Probleme oder der Weiterentwicklung der Theorie.

Zur Umsetzung gefundener ökonomischer Erkenntnisse oder Anwendungslösungen und ihrer Propagierung pflegten die Fakultätsangehörigen von Anfang an eine enge Verbindung zur gesellschaftlichen Praxis, zu Betrieben und Institutionen des Territoriums.

Zum Ausdruck kam das durch die Übernahme von gesellschaftlichen Funktionen oder durch die zeitweilige Tätigkeit in staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen oder in der sozialistischen Wirtschaft.

Von Anfang an bestanden enge Beziehungen zur Bezirksleitung und zur Kreisleitung der SED. Die inhaltlich zu lösenden Probleme betrafen insbesondere Analysen zur Entwicklung der Landwirtschaft im Norden der Republik (Dr. Nörenberg 1955/57) und zur Industrialisierung des Ostseebezirkes (Prof. Luck). Prof. Dr. Luck, der fast 30 Jahre der Bezirksleitung Rostock der SED angehörte, war von 1963 bis 1966 als Sekretär der Bezirksleitung und als Leiter der ideologischen Kommission tätig. Dr. Page (Institut für Ökonomik der Industrie) arbeitete 1963 in der Bezirksleitung Rostock und Dr. Harder (Institut für Politische Ökonomie) von 1963 bis 1966.

URKUNDE

In Würdigung hervorragender Leistungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitages der SED wird anlässlich des 100. Geburtstages von Wilhelm Pieck und der Namensverleihung „Wilhelm - Pieck - Universität“ Rostock

das Kollektiv der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft

Dr. Marianne Bothe
Prof. Dr. sc. Gotthard Forbrig
Prof. Dr. Karl-Heinz Gustmann
Dr. Lothar Homung
Prof. Dr. sc. Alfred Klein
Prof. Dr. Günter Nörenberg
Prof. Dr. sc. Manfred Schelzel
Doz. Dr. sc. Martin Sturm
Prof. Dr. sc. Paul Wolf
Doz. Dr. Ursula Wolff

in das EHRENBUCH
der Stadt Rostock eingetragen.

Rostock, den 8. Januar 1976

H. Schläff
Oberbürgermeister

Eintragung eines Kollektivs der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft in das Ehrenbuch der Stadt Rostock

Eine umfangreiche politisch-ideologische Propagandaarbeit wurde in den 50er Jahren von Prof. Dr. Luck und Dr. Nörenberg in der Abenduniversität des Marxismus geleistet. Weitere Genossen, vor allem aus dem Institut für Politische Ökonomie (Dr. Bartl, Dr. Harder, Dr. Akkermann, Dr. Slawinski, Dr. P. Wolf), gehören seit dieser Zeit dem Lektorenkollektiv der Bezirksleitung an. Sie werden insbesondere an der Kreisschule des Marxismus und zur Anleitung der Propagandisten des Parteilehrjahres eingesetzt. Genossen aus diesem Lektorenkol-

lektiv gehörten später auch als Dozenten und Seminarleiter zum Lehrkörper der Marxistisch-Leninistischen Abendschule für die Hochschullehrer der Universität.

Zur propagandistischen Arbeit für die Bezirksleitung Rostock der SED gehörten auch die von Prof. Dr. Nörenberg koordinierten Veröffentlichungen zur gesellschaftlichen und ökonomischen Strategie der Partei. In den sechziger Jahren erschien „Der Propagandist“. Ab 1967 wurden Broschüren „Sozialistische Ökonomie — Kategorien und Begriffe“ herausgegeben. Später (ab 1981) folgten Hefte „Zur ökonomischen Strategie der Partei“ (bisher 15 Hefte).

Eine unmittelbare Praxisumsetzung der Wirtschaftswissenschaften konnte durch die Mitwirkung in zahlreichen beratenden Gremien der Partei, der gesellschaftlichen Organisationen und der leitenden Organe der Wirtschaft oder durch direkte Tätigkeit in diesen Institutionen erreicht werden. Prof. Dr. Luck übte in den Jahren 1969 bis 1974 die Funktion des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock und des Vorsitzenden der Bezirksplankommission aus. Die Delegation von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern in die sozialistische Betriebspraxis wurde in der jüngeren Vergangenheit zu einem vertraglich fixierten Kaderaustausch entwickelt. Beispiele hierfür sind die Tätigkeiten von Prof. Dr. Schönknecht, Dr. Althof und Dr. Berten im VE Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft Rostock.

Der Bezirksvorstand des FDGB erhielt konkrete Unterstützung besonders bei den ab 1979 durchgeführten Konferenzen „Aktuelle Fragen der Leitung und Planung, der wirtschaftlichen Rechnungsführung und des sozialistischen Wettbewerbs“ durch die Mitwirkung von Prof. Dr. Gustmann und von Prof. Dr. H. P. Wolff bei der Vorbereitung und Durchführung. Die Konferenzergebnisse, der bisher viermal stattgefundenen Veranstaltung, erschienen jeweils in einer vom Bezirksvorstand des FDGB und der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock gemeinsam herausgegebenen Broschüre. In den achtziger Jahren übernahm Prof. Dr. Bartl zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit an den Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft/Wissenschaft für die drei Nordbezirke der DDR.



**Das Kollektiv auf der Auszeichnungsveranstaltung:
 Prof. Dr. Karl-Heinz Gustmann, Prof. Dr. Alfred Klein, Prof. Dr. Günther Nörenberg,
 Prof. Dr. Paul Wolf, Dr. Maria Bothe, Dr. Lothar Hornung, Dr. Ursula Wolff,
 Prof. Dr. Gotthard Forbrig, Dr. Martin Sturm, Prof. Dr. Manfred Schelzel**

Eine überaus große Breitenwirksamkeit in der populärwissenschaftlichen Arbeit erzielten die Fakultätsangehörigen durch ihre Tätigkeit in der URANIA (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse). Bereits zweimal stellte die Fakultät den Vorsitzenden des Bezirksvorstandes. Anfang der sechziger Jahre wurde Dr. Patz in diese Funktion gewählt. 1965 übernahm Prof. Dr. Paul Wolf diese Aufgabe, die er bis heute ausübt. Langjährig waren Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter im Bezirksvorstand (Dr. Pansow, Prof. Dr. Schulze) und im Kreisvorstand (Prof. Dr. Forbrig, Prof. Dr. Nörenberg, Dr. Bothe) tätig. Mit zahlreichen

Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen trug die Fakultät zur Information breiter Bevölkerungskreise bei. Freiwillige wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit wurde auch in der Kammer der Technik geleistet. Prof. Dr. Schelzel wirkte langjährig leitend im Fachverband Fahrzeugbau und Verkehr und Prof. Dr. Schulze in der Wissenschaftlich-technischen Gesellschaft für Meß- und Automatisierungstechnik. Im Rahmen des Bezirksvorstandes Rostock der Kammer der Technik arbeiteten insbesondere Prof. Runge, Prof. Schönknecht und Dr. K.-H. Britt.

Der Kulturbund der DDR, in dem Prof. Dr. Klein seit den fünfziger Jahren aktiv mitwirkt, bot den Mitarbeitern der Fakultät mit seinen Klubräumen eine Heimstatt für anregende Diskussionsrunden. Sie entwickelten sich zu monatlichen Klubgesprächen unter dem Thema „Ökonomie aktuell“, zu denen die Professoren einladen. Mit der Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in der DDR begann an den Erweiter-

ten Oberschulen die Einführung eines Unterrichtsfaches „Wissenschaftlich-produktive Arbeit“ in den 11. und 12. Klassen, welches in Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen durchgeführt wurde. Der Lehrstuhl von Prof. Schulze betreut seitdem eine Schülergruppe. Erweitert wurde die Heranführung von Oberschülern an ökonomische Aufgabenstellungen durch die Gründung einer Schülergesellschaft im Jahre 1987.

3. Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft und ihre Praxispartner in enger Kooperation bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

3.1. Fortsetzung der Tradition der „Roten Fakultät“

Ab Mitte der sechziger Jahre begann an den Universitäten und Hochschulen der DDR die Diskussion von „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen“, an der Hochschullehrer und Studenten aktiv beteiligt waren. Die IV. Hochschulkonferenz im Februar 1967 faßte die Ergebnisse der gründlichen öffentlichen Diskussion zusammen. Sie wurden dem VII. Parteitag der SED übergeben und dort für die weitere Arbeit bestätigt.

Die Wissenschaft stellte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution immer mehr einen ganz entscheidenden Faktor für die Entwicklung der Produktivkräfte dar. Mit dem Ziel, Wissenschaft und Produktion enger zu verbinden, begannen deshalb die Universitäten und Hochschulen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, die Forschungskapazitäten stärker auf die Lösung anstehender volkswirtschaftlicher Aufgaben zu konzentrieren. Die weitere sozialistische Umgestaltung der Universitäten war deshalb darauf ausgerichtet, sowohl die Erziehung und Ausbildung als auch die Leitung und Organisation der wissenschaftlichen Arbeit zu verbessern. Die durchgeführten Maßnahmen werden als 3. Hochschulreform bezeichnet. Mehr und mehr setzten sich in den Wissenschaften die Prinzipien der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit durch. Die Bildung von

Sektionen mit Wissenschaftsbereichen an den Universitäten und Hochschulen förderte die Kooperation in Forschung, Ausbildung und Erziehung über die bisherigen Institutsgrenzen hinaus.

Damit schufen sich die Universitäten und Hochschulen der DDR wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung der Einheit von Lehre und Forschung auf einem solchen Niveau, welches den höheren Anforderungen an die Wissenschaft bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprach.

An der Universität Rostock wurde zur unmittelbaren Fortführung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Forschung im Jahre 1968 die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft gebildet. Sie setzte die Traditionen der Rostocker „Roten Fakultät“ fort und hat in vielfältiger Weise zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beigetragen. Mit Wirkung vom 1. November 1968 nahm die Sektion ihre Tätigkeit auf. Auf einer Vollversammlung der Mitarbeiter und Studenten der Ingenieur-ökonomischen Fakultät erläuterte der Dekan, Prof. Dr. Luck, die Aufgaben der zu gründenden Sektion. Durch Vorstellung, Wahl und Berufung des Sektionsrates und der Leitung der Sektion wurde der Gründungsakt vollzogen. Als erste Diensthandlung vollzog der nunmehr bestätigte Direktor der Sektion, Prof. Dr. Luck, die Unterzeichnung einer Koordinierungsvereinbarung mit der VVB Schiffbau, in der die Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Zusammenarbeit mit der Schiffbaupraxis festgelegt wurden.

Im folgenden Jahr übernahm Prof. Dr. Luck eine Tätigkeit im Rat des Bezirkes Rostock. Im Juni 1969 wählte der Rat der Sektion Prof. Dr. Paul Wolf, der bereits im November 1968 zum ständigen Vertreter des Sektionsdirektors eingesetzt worden war, zum Direktor der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft. Die Arbeitsfähigkeit des neu gebildeten Ausbildungs- und Forschungspotentials mußte gesichert werden, und es begannen nun vorbereitende Diskussionen zur Schaffung einheitlicher Studiendokumente an den Universitäten und Hochschulen der DDR. Prof. Dr. Wolf übergab mit Beginn des Jahres 1972 die Leitung der Sektion an Prof. Dr. Karl-Heinz Gustmann, der bis heute die Funktion des Sektionsdirektors ausübt. Unter seiner Leitung verwirklichte das Sektionskollektiv die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hochschulpolitik.

Die Grundorganisation der SED an der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft führte richtungsweisend und ideologisch vorbereitend den Prozeß der inhaltlichen Entwicklung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums und der dazu notwendigen Forschungsprofilierung auf der Grundlage der Hochschulpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Das zeigte sich sowohl bei der Bewältigung aller Probleme, die bei der Umgestaltung der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung von einer breiten Fachrichtungsstruktur zu einer auf die Bedürfnisse des Schwermaschinenbaus und der Seeverkehrswirtschaft konzentrierten Ausbildungs- und Forschungsrichtung auftraten, als auch bei der konkreten Umsetzung der auf die Zukunft gerichteten Beschlüsse des Politbüros der SED zur Neugestaltung der Aus- und Weiterbildung von Ingenieuren und Ökonomen. /62/ Die bei den damit verbundenen strukturellen Veränderungen in Erscheinung tretenden ideologischen Probleme führten zu Diskussionen in den Parteigruppen und den Gewerkschaftskollektiven, auf die die Grundorganisation der SED einen klärenden Einfluß nahm. Es fanden eine Reihe von Aktivtagungen statt, auf denen Problemlösungen beraten und die weiteren Aktivitäten durch Beschlüsse festgelegt wurden. Eine Aktivtagung zur weiteren Profilierung der Forschung im Jahre 1984 legte zum Beispiel die Zielrichtung für eine qualitative Verbesserung der Grundlagenforschung, für eine Erhöhung des immateriellen Wissenschaftsexportes und für eine Vergrößerung des durch die Kombinate der Seewirtschaft finanzierten Forschungsanteils fest. Ein Beschluß zum



Der Sektionsdirektor, Prof. Dr. Karl-Heinz Gustmann, gratuliert Prof. Dr. Alfred Klein zum 65. Geburtstag

künftigen Ausbildungsprofil der Sektion, gefaßt auf einer Aktivtagung im Oktober 1987 und basierend auf einer breiten Diskussion der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten, fixierte die Maßnahmen zur Realisierung des oben genannten Politbürobeschlusses.

Mit der Verwirklichung des einheitlichen Studienplanes für die Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften entstand in den Jahren nach der Sektionsgründung ein solcher Lehrinhalt im wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulstudium, der den wirtschaftspolitischen Zielstellungen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur allseitigen Intensivierung, zur Erhöhung der Effektivität und der Qualität der Produktion entsprach.

In diesem Ausbildungsdokument wird das wirtschaftswissenschaftliche Studium folgendermaßen charakterisiert:

„Das Studium der Wirtschaftswissenschaften als marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft verlangt die Einheit von hohen fachlichen Kenntnissen und von fundierten politischem Wissen. Die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten mit soliden fachlichen Fähigkeiten und moralischen Eigenschaften wie Zielstrebigkeit, Bescheidenheit und Offenheit sind Zielsetzungen der gesamten Ausbildung. Den Absolventen wird die Fähigkeit anezogen, die gestellten Aufgaben in der Wirtschaft mit hoher Effektivität bei gleichzeitig sparsamer Verwendung gesellschaftlicher Mittel zu erfüllen. Dabei hat die Tätigkeit der ökonomischen Kader zur Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie beizutragen.“/63/

In enger Zusammenarbeit mit den anderen gleichgelagerten Sektionen an den Universitäten und Hochschulen der Republik wurde der Inhalt der fachspezifischen Ausbildung einschließlich einer Spezialisierung im letzten Studienjahr für die Fachrichtungen Ingenieurökonomie des Maschinenbaus und Transportökonomie ausgearbeitet und dann im tagtäglichen Studienprozeß verwirklicht. Die Ausgangsbasis für eine praxisnahe Ausbildung schufen sich dafür Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten bei der Bearbeitung des Forschungsschwerpunktes „Optimale Reproduktion der produktiven Fonds in den Bereichen der Seewirtschaft“, der aus der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe abgeleitet wurde.

Die Studienzeit für das Studium der Wirtschaftswissenschaften betrug 4 Jahre. In dieser Zeit nahm der Ökonomiestudent an 1 800 Stunden Vorlesungen in 20 Lehrgebieten und an 1 660 Stunden Seminar bzw. Übung teil. In einem 4wöchigen Betriebspraktikum im ersten Studienjahr erhielt er einen ersten Einblick in Produktionsprozesse und in die notwendige Leitung und Organisation der betrieblichen Tätigkeit. Nachdem jedoch ab 1985 ein Vorpraktikum von einem Jahr vor Aufnahme des Studiums eingeführt wurde, nahm das Praktikum im ersten Studienjahr den Charakter eines Einführungskurses in die Computernutzung an. 5 Wochen im zweiten Studienjahr dienten der militärischen Ausbildung bzw. der Qualifizierung in der Zivilverteidigung. In das dritte Studienjahr war dann ein 3monatiges Berufspraktikum in Fachabteilungen von Betrieben und Kombinatn eingeordnet. Der Student hatte während des Studiums

6 Zwischenprüfungen, 9 Abschlußprüfungen und 4 Hauptprüfungen abzulegen. Er mußte 3 Belege, 1 Jahresarbeit und als krönenden Abschluß 1 Diplomarbeit, für die ein 12wöchiges Diplompraktikum im vierten Studienjahr zur Verfügung stand, anfertigen.

Zum überwiegenden Teil konnten die Themen für Jahres- und Diplomarbeiten in die vertragsgebundene Forschung der Sektion einbezogen werden.

Zum Zwecke der Erzielung eines hohen Ausbildungs- und Forschungsniveaus wurden strukturell die gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagendisziplinen (Politische Ökonomie, Sozialistische Volkswirtschaft und Recht) im Wissenschaftsbereich „Volkswirtschaftliche Grundlagen“, die Lehrgebiete Mathematische Methoden, Kybernetik und Informatik im Wissenschaftsbereich „Mathematik, Kybernetik und Informationsverarbeitung“ vereinigt. Die die fachspezifische Ausbildung tragenden Lehrgebiete bildeten in Übereinstimmung mit den beiden Fachrichtungen die Wissenschaftsbereiche „Sozialistische Betriebswirtschaft“ und „Seeverkehrswirtschaft“. Im Jahre 1977 entstand aus der Arbeitsgruppe „Rechnungsführung und Statistik“ am Wissenschaftsbereich „Sozialistische Betriebswirtschaft“ ein selbständiger Wissenschaftsbereich „Rechnungsführung und Statistik“. In den 5 Wissenschaftsbereichen der Sektion waren 1981 10 Professoren, 23 Dozenten, 53 wissenschaftliche Mitarbeiter (Lektoren, Lehrer im Hochschuldienst, befristete und unbefristete Assistenten) und 24 technische Angestellte tätig. Für die Realisierung der Erziehungs- und Ausbildungsaufgaben arbeitet die Sektion eng mit den Sektionen Marxismus-Leninismus, Mathematik, Sportwissenschaft, Schiffstechnik und den Instituten für Sozialistische Wirtschaftsführung und Fremdsprachen zusammen. Der Arbeitsplan der Sektionsleitung enthält regelmäßige Beratungen mit den Lehrkräften der kooperierenden Sektionen, auf denen die erreichten Ergebnisse eingeschätzt und entstandene Probleme diskutiert werden.

Nach der Sektionsgründung erreichte der in den Wissenschaftsbereichen geführte sozialistische Wettbewerb eine qualitativ neue Stufe. Das Ringen um hohe Leistungen in Ausbildung und Forschung fand seinen Niederschlag in Programmen für einen Kampf um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ und um den Ehrentitel „Kollektiv der deutsch-sowjetischen

Freundschaft". Es gelang allen Wissenschaftsbereichen, diese Titel zu erringen und jährlich erfolgreich zu verteidigen.

Mit der Durchsetzung der 4. Auflage des Studienplanes der Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften ab 1982 wurde der Trainingscharakter in der Ausbildung durch Einführung und Überarbeitung von Planspielen verstärkt, Oberseminare erweiterten interdisziplinäre Diskussionsmöglichkeiten, durch ein Angebot an wahl-obligatorischen und fakultativen Lehrveranstaltungen konnten die Studenten selbstgestaltend auf ihr Studium Einfluß nehmen und durch schöpferische Nutzung von vorlesungsfreien Abschnitten im Studienjahr (ein Semester umfaßte jetzt 15 Wochen) Beiträge für den Wettstreit „Jugend und Sozialismus“ erarbeiten. Für eine Reihe von besonders begabten Studenten wurden persönliche Studienpläne aufgestellt, die auch Teilstudien an anderen in- und ausländischen Hochschulen vorsahen. Die erreichten Ergebnisse in den ersten 15 Jahren der Sektionstätigkeit, zweimal durch die Auszeichnung mit dem Wilhelm-Pieck-Ehrenbanner in den Jahren 1979 und 1981 anerkannt, bildeten die Grundlage für die Verwirklichung der Aufgaben, wie sie durch den Beschluß des Politbüros der SED vom 28. Juni 1983 /63/ über die Aus- und Weiterbildung von Ingenieuren und Ökonomen in der DDR und durch den XI. Parteitag der SED auch der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft gestellt wurden. In den Mittelpunkt aller Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung der Aus- und Weiterbildung mit der Voraussetzung auf die Erfordernisse des Jahres 2000 traten damit solche Probleme, wie die inhaltliche und methodische Bewältigung einer organischen Verbindung von Grundlagen- und fachspezifischer Ausbildung und die durchgängige Verbindung von Lehre, Forschung und Studium. Die Sektion stellte sich sowohl in der täglichen Arbeit als auch bei gesellschaftlichen und fachlichen Höhepunkten diesen Aufgaben. Seit dem Jahre 1974 wurden an der Sektion regelmäßig in jährlichen Abständen Pädagogische Konferenzen durchgeführt. Sie standen in den achtziger Jahren insbesondere unter solchen Themen, wie „Förderung der selbständigen wissenschaftlichen Arbeit der Studenten“ oder „Ingenieurökonomien der 80er und 90er Jahre“. Es konnten hierbei die konzeptionellen Grundlagen dafür gelegt werden, daß die Absolventen der Rostocker Sektion „Sozialistische Betriebswirtschaft“ über neueste wissenschaftliche Kennt-



Lenin- und Nobelpreisträger Prof. Dr. Kantorowitsch auf der 6. Konferenz „Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie“ im Januar 1980

nisse, anwendungsbereites Wissen und über solche Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, einen aktiven und schöpferischen Beitrag zur Stärkung der sozialistischen Wirtschaft zu leisten.

Der Übergang zu einer soliden Grundlagenausbildung in dem für die gegenwärtige revolutionäre strukturelle und qualitative Umgestaltung der Produktivkräfte so wichtigen Lehrgebiet Informatik stellte hohe Anforderungen an alle Sektionsangehörigen. Ein Bürocomputer-

praktikum konnte dank der durch die Kombinate Seeverkehr und Hafenwirtschaft und Schiffbau zur Verfügung gestellten Kleinrechner ab 1986 in das Ausbildungsprogramm aufgenommen werden. Gleichzeitig schuf die Sektion die Voraussetzungen dafür, daß ab Studienjahr 1986/87 die Grundlagenausbildung im Lehrgebiet Informatik im ersten Semester beginnen konnte. Es bedurfte besonderer Anstrengungen, um die hierdurch erreichten Fertigkeiten in der Bildschirmarbeit erfolgreich in die weitere fachspezifische Ausbildung zu integrieren. Mit der Realisierung einer vertieften Ausbildung in Informatik für ausgewählte Studenten des 3. und 4. Studienjahres wurde im Studienjahr 1987/88 begonnen.

Ebenso wie im Direktstudium erfolgte auch im Fernstudium die Einführung einheitlicher Studienpläne für die Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften. Das Fernstudium dauerte 5,5 Jahre und wurde zentral geleitet. Der erste Studienabschnitt (2,5 Jahre) war nach dem von der Zentralstelle für das Hochschulfernstudium des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen herausgegebenen Studienplan für alle Fernstudenten der Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften gleich. Das ermöglichte es den Fernstudenten verschiedener Fachrichtungen, den ersten Studienabschnitt an einem Konsultationszentrum ihres Heimatteritoriums zu absolvieren.

Die Universität Rostock hatte die Aufgabe eines Konsultationszentrums für die drei Nordbezirke der Republik wahrzunehmen. Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft erhielt die Studenten der Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften zugeteilt. Für die fachbezogene Ausbildung (2 Jahre einschließlich Abschluß) wurden an der Sektion Fernstudenten für die Fachrichtungen „Sozialistische Betriebswirtschaft (Ingenieurökonomie des Maschinenbaus)“ und „Ökonomie des Transportwesens“ immatrikuliert. Für das 5,5jährige Fernstudium waren in den Jahren 1970 bis 1976 gleichzeitig 500 bis fast 700 Fernstudenten von der Sektion zu betreuen. Ab 1977 setzte eine fallende Tendenz ein, die sich auf etwa 350 Fernstudenten einpegelte. Der Anteil der weiblichen Fernstudenten betrug in diesem Zeitraum rund 50 Prozent.

Seit Bestehen des ökonomischen Fernstudiums in Rostock erwarben bis 1987 1 576 Fernstudenten das Diplom,

darunter Günther Ubl (Generaldirektor des Fischkombinates Rostock), Günther Reischmann (Generaldirektor des Energiekombinates Rostock), Dieter Noll (Direktor des Seehafens Rostock), Friedrich Zech (Direktor des Dieselmotorenwerkes Rostock).

Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft setzte die Tradition der Weiterbildung durch das 1968 bis 1971 durchgeführte postgraduale Studium „Operationsforschung und EDV“ mit 158 Teilnehmern fort. Die transportökonomische Qualifizierung lief wieder an. In zwei Lehrgängen „Seeverkehrswirtschaft“ erwarben 1968 und 1971 48 Studenten zusätzliche Kenntnisse. Das postgraduale Studium „Seerecht“, welches in Zweijahreslehrgängen juristische Kenntnisse für die Angehörigen der Betriebe der Seewirtschaft vermittelt, konnte 1987 bereits das siebente Mal beginnen (von 1964 bis 1987 mit 173 Teilnehmern).

Ab März 1984 wurde erstmalig ein postgraduales Studium mit Fachabschluß „Planung und Abrechnung in der sozialistischen Industrie“ aufgenommen. Im Mittelpunkt dieser Weiterbildung stehen die Aufgaben der Planung und Abrechnung des Reproduktionsprozesses der Industriekombinate und ihrer Betriebe zur Erhöhung der Effektivität durch steigendes Wirtschaftswachstum auf dem Wege der Intensivierung. 1987 begann der dritte Lehrgang dieser Richtung.

Die Weiterbildungsmaßnahmen erfolgten ab der achtziger Jahre im Rahmen konkreter Vereinbarungen mit den Kombinat und Betrieben des Ostseebezirkes. Ein reiches Tätigkeitsfeld bot jetzt die Qualifizierung von Praxiskadern für die Nutzung der arbeitsplatzbezogenen Rechentechnik. 1986 erhielten Mitarbeiter des Kombinales Schiffbau Rostock im Rahmen eines 3-Monate-Lehrgangs theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten für die Anwendung von Büro- und Personalcomputern vermittelt. Ein ähnlicher Lehrgang wurde im Herbst 1987 für Angehörige des Kombinales Seeverkehr und Hafenwirtschaft in enger Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlich-technischen Zentrum des Kombinales durchgeführt.

Die Mitarbeiter der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft trugen auch außerhalb ihrer Einrichtung zur Weiterbildung von Praxiskadern und damit zur unmittelbaren Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse bei. Sie wirkten in postgradualen Studien an der Sektion Landtech-

nik und an der Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow, an Betriebsakademien und bei der Durchführung von KdT-Lehrgängen mit.

3.2. Ökonomie-Studenten kämpfen für gesellschaftlichen Fortschritt und hohe Studienleistungen

Die FDJ-Grundorganisation der Sektion und vorher der Fakultät hat unter der führenden und mobilisierenden Kraft der Parteiorganisation wesentlich das Gesicht der „Roten Fakultät“ geprägt. Sie erwarb 1955 das Philipp-Müller-Banner, kämpfte gemeinsam mit der gesamten Jugend der Republik unter der Marschrichtungszahl 60 beim sozialistischen Aufbau, veranstaltete im Leninaufgebot 1969/70 mit FDJ-Aktivistinnen eine Konferenz zur politischen Verantwortung der Ökonomie-Studenten, hatte wesentlichen Anteil an der Erringung des Ehrennamens „Hermann Duncker“ für die FDJ-Organisation der Universität Rostock im Jahre 1974, wurde 1975 vom Zentralrat der FDJ mit der Ernst-Thälmann-Medaille ausgezeichnet, errang im Studienjahr 1980/81 das Hermann-Duncker-Ehrenbanner und ging im Studienjahr 1984/85 als Wettbewerbssieger an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock hervor. In den Parteitagssitzungen zum IX., X. und XI. Parteitag der SED konnte die FDJ-Grundorganisation der Sektion die Reihen der Partei durch 63 junge Genossen stärken.

Die FDJ-Studenten der Sektion setzten damit auf hohem Niveau den Weg fort, den die Jugendfreunde der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 1959 in einer umfassenden Thesendiskussion für die weitere FDJ-Arbeit aufzeigten. In den damals als Leitsätze formulierten 37 Thesen heißt es u. a.:

„Wir wollen als junge Sozialisten treu zur Arbeiterklasse und ihrer Partei stehen, deren wegweisende Beschlüsse gründlich studieren und verwirklichen helfen.“

Wir wollen unser Studium als gesellschaftlichen Auftrag erfüllen und unsere persönlichen Interessen mit denen der Gesellschaft in Übereinstimmung bringen. Wir wollen uns in der Nationalen Volksarmee und in der GST militärische Kenntnisse aneignen, die uns befähigen, am Schutz und an der Verteidigung unserer Republik teilnehmen zu können.

Wir wollen, daß unsere Gruppen sozialistische Kollektive werden.“

Dieser Willenserklärung getreu kämpften die FDJ-Studenten gemeinsam mit dem Lehrkörper der Sektion um hohe Studienleistungen. Sie nahmen ihr Mitspracherecht für die Gestaltung des Studienprozesses wahr. Für eine gute Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper und mit den Beraterkollektiven der einzelnen Studienjahre betreuenden Wissenschaftsbereiche formierten sie innerhalb der FDJ-Organisation an der Sektion ab Herbst 1969 Studienjahresleitungen. Der FDJ-Sekretär nahm regelmäßig an den Beratungen der Sektionsleitung teil und war Mitglied des Sektionsrates.

Die für das Ringen um hohe Studienleistungen und für die Praxisumsetzung wissenschaftlicher Kenntnisse organisierten Formen für schöpferische Diskussionen und Arbeitsberatungen hatten ihren ersten Ursprung bereits an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. 1954 wurden Wissenschaftliche Studentenvereinigungen gegründet. Ihre Aufgabe bestand darin, die besten Studenten an ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Arbeit heranzuführen. Später (1959) beteiligten sich Studenten und Lehrkörper der Fakultät an einem von der FDJ-Leitung ins Leben gerufenen studentischen Arbeitskreis „Kernenergie“. In den sechziger Jahren begann an einigen Instituten die sporadische Gründung von Studentenzirkeln, in denen unter Anleitung eines Hochschullehrers wissenschaftliche Aufgabenstellungen behandelt wurden.

Studentische Initiative führte 1969 zur Bildung eines Studentenbüros. Es organisierte die Bearbeitung von Aufgabenstellungen für die Wirtschaftspraxis. Aus dieser Form selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit mit praktischem Nutzen entwickelten sich ab 1974 die heutigen wissenschaftlichen Studentenzirkel, die organisch Studium, Bestenförderung und Forschung vereinen. Sie arbeiten auf der Basis von Grundsätzen, die auf einer pädagogischen Konferenz der Sektion im November 1973 diskutiert und bestätigt wurden. Ein Zirkel wird von einem Studenten geleitet und von einem oder mehreren Hochschullehrern betreut. Es werden Forschungsthemen in Jahres- und Diplomarbeiten untersetzt und von den Zirkelteilnehmern bearbeitet. 1975 bestanden z. B. 10 arbeitsfähige Zirkel, 1987 existierten 18. Während anfänglich etwa jeder dritte Student Zirkelmitglied war, nah-

men später fast alle Studenten des 3. und 4. und einige aus dem 2. Studienjahr an dieser Form des wissenschaftlich-produktiven Studiums teil.

Die Tätigkeit der wissenschaftlichen Studentenzirkel führte zu ansprechenden Ergebnissen, wie das durch die Teilnahme an den „Messen der Meister von morgen“ und an Leistungsschauen ausgewiesen wird. Auf der Zentralen Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz 1975 in Berlin wurde die Arbeit „Von der proletarischen Klassen-solidarität zur sozialistischen ökonomischen Integration in der Seeverkehrswirtschaft“ mit einem Preis des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen ausgezeichnet. 1976 erhielt das Exponat des Zirkels „Ökonomie der Forschung und Entwicklung“ einen Preis des Zentralrates der FDJ. Mit dem Wissenschaftspreis der FDJ wurde 1978 die Arbeit „Intensivierung des Reproduktionsprozesses in der Seewirtschaft“ honoriert. 1977 begann mit der Übergabe des Jugendobjektes „Bestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und des Produktionsniveaus in Seehäfen“ eine neue Bewährungsprobe für die wissenschaftlichen Studentenzirkel. Die Jugendobjekte stellen langfristige Forschungsaufgaben dar, die meist in enger Kooperation mit Praxisvertretern gelöst werden. Im Studienjahr 1986/87 wurde an 7 Jugendobjekten gearbeitet. Sie konnten an die Leistungen von solch erfolgreich abgeschlossenen, zum Teil überbetrieblichen Jugendobjekten wie „Weltstandsvergleiche des Güterumschlages in Seehäfen“ (Arthur-Becker-Medaille in Gold, 1983), „Tourenoptimierung“ (1986 abgeschlossen mit mehrfacher Prämiiierung) und „Mechanisierung von Umschlagsprozessen“ (Arthur-Becker-Medaille in Gold, 1986) anknüpfen. Zwei dieser Jugendobjekte wurden durch Jugendforscherkollektive zusammen mit Jugendlichen aus dem Kombinat Seeverkehr und Hafenvirtschaft bearbeitet und führten zu Intensivierungslösungen für die Betriebe der Seeverkehrswirtschaft.

Einen Höhepunkt im Verbandsleben bilden die seit 1967 jährlich durchgeführten FDJ-Studententage. Sie beinhalten Veranstaltungen geistig-kultureller und wissenschaftlicher Art. Regelmäßig beteiligen sich die FDJ-Gruppen an einem Argumentationswettbewerb. In den Anfängen fanden nur zentrale Universitätsveranstaltungen statt, aus denen sich mehr und mehr auch sektionseigene Foren und Diskussionsrunden entwickelten.

Wissenschaftliche Studentenkongresse sind fester Bestandteil der FDJ-Studententage. Ursprünglich dienten sie dem Erfahrungsaustausch über das Studium. Inhalt und Methode von Lehrveranstaltungen wurden kritisch eingeschätzt und die gemeinsame Verantwortung aller FDJ-Studenten für die Erzielung hoher Studienleistungen wahrgenommen. Mit der Bildung der wissenschaftlichen Studentenzirkel veränderte sich auch der Charakter der wissenschaftlichen Studentenkongresse. Es standen nun die Ergebnisse der Zirkelarbeit zur Debatte. Seit der Konferenz 1983 wird in mehreren Arbeitsgruppen diskutiert, zum Beispiel: Jugend und Sozialismus, Nutzung von Bürocomputern, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Intensivierung des Reproduktionsprozesses, Intensivierung der Transport-, Umschlags- und Lagerprozesse, wirtschaftliche Rechnungsführung und Intensivierung, Seeschifffahrt in Entwicklungsländern. Im Rahmen der wissenschaftlichen Studentenkongresse werden Jugendobjekte übergeben und abgerechnet.

Nach 1968, nachdem die sozialistische Wettbewerbsbewegung durch die neue Form des Kampfes um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ eine wesentliche Belebung erfahren hatte, begannen in den FDJ-Gruppen Diskussionen über Zweck und Inhalt des Titelkampfes. Nicht selten bedurfte es intensiver Überzeugungsarbeit durch die fortschrittlichsten Studenten der Gruppen, um durch die Aufnahme und Führung dieses Titelkampfes die Kollektiventwicklung voranzutreiben, die fachlichen Leistungen zu verbessern sowie die politisch-ideologischen und die kulturell-sportlichen Aktivitäten zu beleben.

Zunächst wurden nur die besten FDJ-Gruppen in den Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ einbezogen. Bald jedoch bestand das Ziel des studentischen Wettbewerbs darin, daß jede FDJ-Gruppe während des Studiums den Titel mindestens einmal erkämpft und versucht, ihn erfolgreich zu verteidigen. Der Titelkampf wurde nach Kriterien geführt, die 1981 auf Initiative des damaligen FDJ-Sekretärs Manfred Paetzold ausgearbeitet wurden. Zu den Vergleichskriterien gehörten insbesondere der Gruppendurchschnitt in der Fachausbildung, die Anzahl der aktiven Zirkelmitglieder und gesellschaftliche Aktivitäten. Die Wettbewerbsauswertung erfolgte öffentlich. Daß damit ein erfolgreicher Weg zur Führung des studentischen Wettbewerbs

beschritten wurde, beweist die Tatsache, daß die FDJ-Grundorganisation der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft im Studienjahr 1984/85 als Wettbewerbssieger an der Wilhelm-Pieck-Universität hervorging.

Der Zentralrat der FDJ verabschiedete 1977 einen Aufruf, der in Auswertung des IX. Parteitages der SED entstanden war. Das Dokument hob die gewachsene Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften für die FDJ-Arbeit und die Notwendigkeit zur Verbesserung der ideologischen Massenarbeit hervor. Es beinhaltete die Aufforderung: „Schreibt aktuell-politische Argumente zum Thema ‚Jugend und Sozialismus!‘“ Der Aufruf richtete sich vor allem an die FDJ-Studenten, die sich im Rahmen ihres Studiums umfassende Kenntnisse in Theorie und Praxis der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften aneignen und damit in die Lage versetzt werden, ideologische Fragen überzeugend zu beantworten. Die Studenten der Sektion versuchten nun, Argumentationen für Problemkreise zu finden, mit denen sie ständig konfrontiert wurden. Beispielsweise bezogen sich die ersten Arbeiten im Rahmen des Wettbewerbes „Jugend und Sozialismus“ auf Themen, wie „Sozialismus oder Freiheit — wie frei sind wir?“, „Braucht jeder Jugendliche die FDJ?“. Heute sind die Themen in den unmittelbaren Studienprozeß eingeordnet und werden von Lehrkräften der Sektionen Marxismus-Leninismus und Sozialistische Betriebswirtschaft gemeinsam betreut.

Wie erfolgreich sich die Studenten der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft am Wettbewerb „Jugend und Sozialismus“ beteiligten, zeigen Beispiele aus den achtziger Jahren. 1983 bearbeiteten 17 Studenten 4 Aufgabenstellungen im Rahmen der Vorbereitung auf die zentrale Karl-Marx-Konferenz in Leipzig. Die Arbeiten wurden zunächst auf dem Hermann-Duncker-Kolloquium an der Wilhelm-Pieck-Universität vorgestellt und als Argumentationsmaterial im FDJ-Studienjahr eingesetzt. Die Studenten erhielten den „Wissenschaftspreis der FDJ“. 1983 wurde die FDJ-Gruppe DM 82/1 für die Arbeit „Zur Entwicklung der Friedensbewegung in kapitalistischen Ländern“ mit dem Hermann-Duncker-Preis ausgezeichnet. Die gleiche Anerkennung fand 1987 die Ausarbeitung einer Hermann-Duncker-Biographie durch die FDJ-Gruppe DM 85/3. Mit der Bearbeitung von Themenstellungen des Wettbewerbes „Jugend und Sozia-

lismus“ erhielten auch die Studenten des 1. Studienjahres die Möglichkeit, auf der wissenschaftlichen Studentenkonferenz zu den FDJ-Studententagen aufzutreten.

Seit 1969 findet in Bratislava (ČSSR) ein internationaler Wettstreit der Ökonomie-Studenten statt. Studentische Forschungsarbeiten können hierzu eingereicht werden. Über die Teilnahme entscheidet eine internationale Jury. Beginnend mit der siebenten Veranstaltung im Jahre 1976 nahmen regelmäßig Studenten der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft teil. Mit Hauptpreisen kehrten zurück: Peter Loschke (1982), Anne-Kathrin Richter und Ramona Voß (1983), Axel Trapp (1986).

Weitere Höhepunkte im wissenschaftlichen Leistungsvergleich der Studenten bilden Vorbereitung und Teilnahme am Zentralen Mathematikwettstreit der Ingenieur- und Ökonomie-Studenten der DDR und an der Russischolympiade. Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Zentralrat der FDJ und dem Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen aus dem Jahre 1973 wird für Ingenieur- und Ökonomie-Studenten jährlich ein Mathematikwettstreit durchgeführt. Von den Universitäten und Hochschulen werden hierzu vorwiegend Studenten aus dem 2. Studienjahr delegiert. Die Sektion ist seit 1976 regelmäßig auf diesem Wettstreit vertreten. Die Teilnehmer kehrten 1977, 1981, 1982, 1983 und 1987 mit wertvollen Preisen zurück.

Seit 1975 findet im Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft an der Sektion eine Russischolympiade statt. Hieran nehmen 3 bis 4 Studenten aus den einzelnen FDJ-Gruppen teil. Die Studentin Sunla Seim erhielt 1978 für ihre ausgezeichneten Ergebnisse die Herder-Medaille in Gold.

In vielfältigen Situationen hat sich das Kollektiv Lehrkörper und Studenten sowohl der Wirtschaftswissenschaftlichen und Ingenieur-ökonomischen Fakultät als auch der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft beim Aufbau des Sozialismus und bei der Gestaltung und beim Schutz der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bewährt. In den ersten Jahren der Fakultät schützte eine Kampfgruppe die Einrichtungen der jungen marxistisch-leninistischen Bildungsstätte. Als Remilitarisierung und aggressiver Charakter der BRD-Politik in der Mitte der fünfziger Jahre durch die Ratifizierung der Pariser Verträge immer offensichtlicher wurde, sandten Lehrkörper

und Studenten nicht nur Protestschreiben nach Bonn, sondern erklärten sich bereit, in den Reihen der kasernierten Volkspolizei ihren Dienst zu tun, wenn es der Schutz der Republik erfordern sollte. Aus eigenen Kräften wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft eingeleitet. Anfang 1955 nahmen 71 Prozent der Studenten und 10 Angehörige des Lehrkörpers an der GST-Ausbildung teil. Am Ende des gleichen Jahres konnte auf der Wahlversammlung der Partei-Grundorganisation der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät berichtet werden, daß sich alle Fakultätsangehörigen der vormilitärischen Ausbildung angeschlossen haben. 1958 wurde dann offiziell die Zivilschutzausbildung lehrgangsmäßig aufgenommen. Sie wurde später für die wehrdiensttauglichen Studenten in eine militärische Ausbildung umgewandelt.

Heute frischen die Studenten, die bereits als Reservisten immatrikuliert werden, ihre Verteidigungsbereitschaft zu Beginn des 2. Studienjahres in einem 5-Wochen-Lehrgang in einem Ausbildungslager auf. Es gehört zu den fortschrittlichen Traditionen der Rostocker Ökonomie-Studenten, daß sie ihren aktiven Beitrag zur Verteidigung ihres sozialistischen Vaterlandes durch die Bereitschaftserklärung, an einer Reserveoffiziersausbildung teilzunehmen, bereits mit Aufnahme des Studiums leisten. Sie beteiligen sich an den jährlich stattfindenden militärischen Mehrkämpfen, an Reservistenmärschen und am Schießen um die „Goldene Fahrkarte“, die vom Reservistenkollektiv der Sektion und der Universität organisiert werden.

Für die Studentinnen wurde die Ausbildung in der Zivilverteidigung unter Lehrgangsbedingungen zu einem festen Bestandteil des Studiums. Sie eignen sich Wissen und Können für das Verhalten in Katastrophensituationen und im Verteidigungsfall an, durch das sie befähigt werden, die Belange der Zivilverteidigung in ihrem späteren Arbeitsbereich zu vertreten.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Masseninitiative (VMI) konnten in freiwilligen Arbeitseinsätzen beträchtliche gesellschaftliche Werte geschaffen werden. So hatte bereits der erste Studienjahrgang der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die sanitären Einrichtungen für ein Kinderferienlager in Graal-Müritz gebaut. In den Jahren 1973 bis 1975 führten die FDJ-Gruppen gemeinsam mit Angehörigen der Wissenschaftsbereiche eine

Reihe von Aufbaueinsätzen im Kinderferienlagerkomplex Pruchten durch.

An Brennpunkten des wirtschaftlichen Aufbaus waren ebenfalls Studenten- und Lehrkörperbrigaden zu finden, zum Beispiel beim Bau des Überseehafens (1958/59).

Auch für die Studenten der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft bildete die Erfüllung von gesellschaftlichen und fachlichen Aufgaben eine Einheit. Während des Studiums nehmen sie in der Regel zweimal am Studentensommer, dem „dritten“ Semester, teil. Die Arbeitseinsätze, bei denen an wichtigen Aufbau- und Rekonstruktionsvorhaben mitgewirkt wurde, fanden sowohl im nationalen Rahmen als auch durch die Bildung von internationalen Studentenbrigaden in der DDR und im Ausland statt.

1974 zum Beispiel waren 70 Studenten der Sektion beim Wohnungsbaukombinat Rostock in Lütten Klein und auf dem Universitätssportgelände am Waldessaum eingesetzt. Für die Verwirklichung der FDJ-Initiative Berlin wurden jährlich Studentenbrigaden in die Hauptstadt der DDR delegiert. Mitunter mußten ernsthafte Diskussionen in den FDJ-Gruppen geführt werden, um bei sinkenden Studentenzahlen ab Mitte der achtziger Jahre die Verbandsaufträge zur vollzähligen Delegation zu erfüllen.

Eine Auszeichnung stellte die Teilnahme an Interlagern im In- und Ausland dar. Die Studenten der Sektion konnten vor allem als Studentenbrigaden des Interlagers „Hermann Duncker“ beachtliche Resultate bei Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen für die Reichsbahndirektion Schwerin erzielen, aber auch viele schöne und eindrucksvolle Erlebnisse im Kreise ausländischer Freunde verbuchen. Ein Arbeitstag wurde jeweils zum Thälmann-Subbotnik erklärt und der Erlös dem internationalen Solidaritätsfonds zur Verfügung gestellt. Auch in der UdSSR an der Erdgastasse und in Riga, in der VR Polen und in der VR Ungarn wurden werteschaffende Einsätze geleistet.

Eine qualitative Veränderung erfuhr der Studentensommer durch die zusätzliche Bildung von wissenschaftlichen Studentenbrigaden, die für praxisnahe Anwendungsforschung im Territorium eingesetzt wurden. 1984 wurde vom Politbüro des Zentralkomitees der SED ein Beschluß über die verstärkte Zusammenarbeit der Hoch- und

Fachschulen mit den Kombinat und Betrieben ihres Territoriums verabschiedet. Die FDJ-Leitung der Sektion unter ihrem Sekretär, Michael Knauer, setzte den Beschluß in die Tat um und organisierte den wissenschaftlichen Studentensommer. Er bietet für die Studenten gute Möglichkeiten, theoretisches Wissen in der Praxis anzuwenden und motiviert damit das weitere Studium. Die Studenten werden direkt an Forschungsvorhaben der Betriebe beteiligt und arbeiten zum Teil in Jugendforscherkollektiven mit. Gemeinsam mit der Sektionsleitung gelang es, im Sommer 1985 10 Studenten im Wohnungsbaukombinat Rostock einzusetzen. Sie bearbeiteten eine Aufgabenstellung für die Nutzung moderner Hochregallagertechnik in einer Lagerhalle. Der Nutzen der erbrachten Leistung wurde mit 20 700 Mark eingeschätzt. In den Folgejahren konnten wissenschaftliche Studentenbrigaden beim Rat des Kreises Grimmen, im Möbelkombinat Ribnitz-Damgarten, bei der Bezirksplan-Kommission und auf der Volkswerft Stralsund mit guten Ergebnissen aufwarten.

3.3. Die Entwicklung der Auftragsforschung an der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft

Im Jahre 1969 übernahm die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft den Forschungskomplex „Optimale Reproduktion der produktiven Fonds in den Bereichen der Seewirtschaft“. Diese Forschungsaufgabe war vom Forschungsverband „Seewirtschaft“, dem ersten territorialen Gremium für die Forschungskooperation im Bezirk Rostock, konzipiert worden. Sie orientierte das vorhandene Forschungspotential auf inhaltliche Schwerpunkte der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Hauptaufgabe. Mit der Bearbeitung dieses Forschungskomplexes wurde die interdisziplinäre Zusammenarbeit an der Sektion stimuliert und die Kapazitätszersplitterung eingeschränkt. Zum Komplex gehörten die folgenden Problemstellungen:

- Wirtschaftswachstum und Planung der Effektivität von Investitionen
- Planung, Analyse und wirtschaftliche Rechnungsführung in Kombinat und Betrieben unter Beachtung der Besonderheiten des Schiffbaus

- Effektivitätsanalyse in der Hochseefischerei
- Probleme der Seeverkehrswirtschaft mit den Schwerpunkten:
 - Internationalisierung der staatsmonopolistischen Regulierung im Seeverkehr
 - Recht in der Seewirtschaft
 - Durchlaßfähigkeit von Seehäfen.

Ohne eine drastische Erhöhung des Forschungspotentials der Sektion wären diese Forschungsaufgaben nicht zu lösen gewesen. Unter Einbeziehung der meisten Qualifizierungsmaßnahmen und von studentischer Forschungskapazität wurde dieses Potential im Zeitraum von 1969 bis 1973 auf das Dreifache gesteigert. Der Abschluß von Forschungsverträgen zwischen der Universität und der Wirtschaftspraxis erfolgte langfristig, jeweils für eine Fünfjahrplanperiode. Damit erhielten Forschungsplanung und -organisation an der Sektion eine solide Basis. Darüber hinaus wurden in den siebziger Jahren stabile Forschungsbeziehungen zu zentralen staatlichen Einrichtungen entwickelt. Hierzu gehörten:

- die Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften, zur Thematik Wirtschaftswachstum im Sozialismus
- das Ökonomische Forschungsinstitut bei der Staatlichen Plankommission und die Zentrale der Staatsbank der DDR zur volkswirtschaftlichen Effektivität und insbesondere zur Effektivität der neuen Technik
- das Ministerium für Verkehrswesen zur Schifffahrtspolitik und zu Entwicklungstendenzen im Seeverkehr
- die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik zu aktuellen Fragen von Rechnungsführung und Statistik.

Die Schwerpunkte des Forschungskomplexes „Optimale Reproduktion der produktiven Fonds in den Bereichen der Seewirtschaft“ bestimmten auch das Profil der wissenschaftlichen Tätigkeit der Sektion zu Beginn der achtziger Jahre. Die bei den Untersuchungen erzielten Ergebnisse — zusammengestellt zu Forschungsberichten, in Fach- und Lehrbüchern sowie in Konferenzmaterialien — führten dazu, daß die Sektion thematisch seit 1981 im Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (M-Plan) und seit 1986 im Zentralen Plan der gesellschaftswis-

senschaftlichen Forschung der DDR (Z-Plan) vertreten ist. Es wurde die Bearbeitung folgender Themen aufgenommen:

- Wirtschaftswachstum, Ressourcen und Aufwand unter den Bedingungen allseitiger sozialistischer Intensivierung (Leiter: Prof. Dr. Bartl)
- Kostenarbeit und innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung unter den Bedingungen der Automatisierung (Leiter: Prof. Dr. Hans-Peter Wolff gemeinsam mit Prof. Dr. Mätzig von der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin)
- Industrialisierungsprozesse in Entwicklungsländern und Tendenzen der staatsmonopolistischen Regulierung am Beispiel der Seewirtschaft (Leiter: Prof. Dr. Breitzmann)
- Beiträge zur Weiterentwicklung der Analysetätigkeit von Rechnungsführung und Statistik für ausgewählte Bereiche unter Berücksichtigung von perspektivischen Entwicklungsformen der Datenverarbeitung (Mitarbeit: Prof. Dr. Forbrig).

Mit der Verordnung über die Leitung, Planung und Finanzierung der Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie an den Universitäten und Hochschulen (Forschungsverordnung) vom Dezember 1985 wurde die Vertragsforschung der Sektion in eine neue Phase überführt. Nun erfolgte zwischen den Hochschulen und den Bereichen der Wirtschaftspraxis die Bildung von Wissenschafts-Produktions-Kooperationen. Diese Kooperationen basieren auf Verträgen zwischen den Hochschulen und den Kombinat über die sozialistische Zusammenarbeit zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Verträge werden jeweils für eine Fünfjahrplanperiode geschlossen und beinhalten die Gebiete Ausbildung und Erziehung, Weiterbildung und Forschung. In der Forschung beginnt die gemeinsame Verantwortung beider Seiten mit der Erschließung langfristiger Forschungsthemen und reicht bis zur Überführung der Forschungsergebnisse in die Praxis. Die Sektion wurde in die Wissenschafts-Produktions-Kooperationen „Seewirtschaft“ und „Territoriales Transport- und Verkehrswesen“ integriert.

Auf der Basis der Koordinierungsverträge werden Leistungsverträge mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren zu den einzelnen Forschungsthemen abgeschlossen. 1987 bestanden 21 Leistungsverträge im Rahmen der Wissen-

schafts-Produktions-Kooperation „Seewirtschaft“. Es waren 10 Verträge mit dem Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft Rostock, 8 Verträge mit dem Kombinat Schiffbau Rostock und 3 Verträge mit dem Fischkombinat Rostock.

Zur gleichen Zeit wurden vertragliche Beziehungen zu weiteren Praxispartnern hergestellt, wie zum VEB Deutrans Seehafenspedition Berlin, zum VEB Hydraulik Nord Parchim, zum VEB Düngemittelwerk Rostock, zum VEB Kombinat TAKRAF Leipzig.

Die Kooperationspartner der Wirtschaftspraxis stellten der Sektion moderne Technik für die wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung. So erhielt die Sektion von den Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft und Schiffbau sowie vom VEB Düngemittelwerk Rostock mehrere Mikrocomputer (Büro- und Personalcomputer), um damit eine niveauvolle Aus- und Weiterbildung und Forschung betreiben zu können. Diese verbesserte materiell-technische Basis versetzte die Sektion in die Lage, eine Reihe von Forschungsaufgaben zur rechnergestützten Arbeit zu bewältigen, zum Beispiel die Themen Durchlabfähigkeit und Entwicklungsprojektorierung von Seehäfen, Ablaufplanung der Naßbaggerung, Technologenarbeitsplatz, optimale Schiffsabfertigung, Organisationsformen der Fertigung, Instandhaltungsplanung, Analysen für Leistungsvergleiche, kurzfristige Produktionsplanung, rationelle Materialplanung, Einsatzvarianten für die Fischereiflotten und Wirtschaftliche Rechnungsführung (Schiff).

Neben der vertragsgebundenen Forschung mit zahlendem Auftraggeber hat sich in den achtziger Jahren ein Forschungstyp für langfristig angelegte Themen der erkundenden Grundlagenforschung herausgebildet. Diese Forschung wird im Auftrag des Rektors betrieben und deshalb als Rektorforschung bezeichnet. In diesem Rahmen erfolgte die Bearbeitung von solchen Themen, wie Aktivierende Lehrformen (Erarbeitung von Materialien für die rechnergestützte Aus- und Weiterbildung, Vervollkommnung von Planspielen); Sektionsgeschichte (Aufarbeitung der Sektionsentwicklung als Bestandteil der neueren Universitätsgeschichte in Vorbereitung auf die 575-Jahr-Feier der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock im Jahre 1994); Seetransportökonomie (Entwicklung von Grundlagen der maritimen Transportökonomie und Forschungsvorhaben im Rahmen des Wissenschaftsexports).

Die Bearbeitung von Forschungsthemen diente gleichzeitig der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. An der Sektion konnten von 1968 bis 1987 198 Dissertationen A und 52 Dissertationen B erfolgreich verteidigt werden. Die seit 1977 regelmäßig stattfindenden Nachwuchswissenschaftlerkonferenzen und die Delegation der jungen Wissenschaftler zu nationalen und internationalen Kolloquien und Tagungen haben zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus beigetragen.

Bis 1987 erhöhte die Sektion den Forschungsanteil der Sektionsangehörigen auf rund 40 Prozent. Der jährliche Wertumfang der gesamten Forschung beläuft sich auf nahezu 3 Millionen Mark, etwa die Hälfte davon wird vom Vertragspartner finanziert.

Gleichzeitig mit der Intensivierung der Forschungsarbeit nahm auch das Konferenzgeschehen beträchtlich zu. In den Jahren 1971, 1976, 1981 und 1986 wurden Jubiläumskonferenzen mit internationaler Beteiligung durchgeführt, an denen alle Wissenschaftsbereiche aktiv mitwirkten. 1981 und 1986 konnten diese Veranstaltungen genutzt werden, um Ergebnisse der M-Plan-Forschung zu verteidigen. Die Jubiläumskonferenz 1986 (35 Jahre wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und Forschung) war gleichzeitig die 50. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Sozialistischen Betriebswirtschaft der DDR. Bei den von den Wissenschaftsbereichen und Arbeitsgruppen der Sektion organisierten wissenschaftlichen Veranstaltungen bildeten sich in den siebziger Jahren traditionelle Kolloquien-Reihen hieraus. Hierzu gehören:

- Kolloquium: Aktuelle Probleme der Rechnungsführung und Statistik (gemeinsam mit der Fakultät für Produktionsökonomie der Universität Gdansk im jährlichen Wechsel)
- Bilaterales Symposium „Ökonomische Kybernetik“ (gemeinsam mit der Akademie für Ökonomische Studien Bukarest im 2-Jahres-Rhythmus)
- Kolloquium: Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Rechnungsführung (gemeinsam mit der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin)
- Konferenz: Wettbewerb und Wirtschaftliche Rechnungsführung (gemeinsam mit dem Bezirksvorstand des FDGB und der Ingenieurhochschule Wismar alle 2 Jahre)

- Stochastik-Kolloquium: Modellierung und Optimierung betriebswirtschaftlicher Prozesse (gemeinsam mit der Arbeitsgruppe „Mathematik für Ökonomen des Wissenschaftlichen Beirates für Wirtschaftswissenschaften)
- Rostocker Wirtschafts- und Seerechtliches Kolloquium (gemeinsam mit der Gesellschaft für Seerecht der DDR)
- Tagung: Erzeugniseffektivität und Qualität (gemeinsam mit dem Bezirksvorstand Rostock der Kammer der Technik)
- Rostocker Lehrmethodik-Kolloquium (gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Lehrmittel des Wissenschaftlichen Beirates für Wirtschaftswissenschaften).

Die unter der Leitung von Prof. Dr. Runge durchgeführten Stochastik-Kolloquien fanden auch international eine recht gute Resonanz, so daß die Wilhelm-Pieck-Universität den ehrenvollen Auftrag erhielt, die Internationale Wissenschaftliche Konferenz „Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie“ (MKÖ VI) im Jahre 1980 in Rostock auszurichten. Es gelang der Sektion, den international bekannten sowjetischen Wissenschaftler Prof. Dr. L. W. Kantorowitsch, Lenin- und Nobelpreisträger, für einen Hauptvortrag zu verpflichten. Besonders die Wissenschaftsbereiche Rechnungsführung und Statistik und Mathematik, Kybernetik, Informatik beteiligten sich in umfangreichem Maße an dieser wissenschaftlichen Konferenz. Die Professoren Forbrig und Runge sind im Ständigen Programmkomitee dieser regelmäßig stattfindenden Veranstaltung vertreten.

Mit zahlreichen Publikationen zur Information über Forschungsergebnisse und zur Erfüllung des Lehrbuchprogramms des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen ist die Sektion an die Öffentlichkeit getreten. Allein im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 erschienen mehr als 70 Bücher und Broschüren sowie über 700 Artikel in Fachzeitschriften und als Tagungsmaterial aus der Feder von Mitarbeitern der Sektion. Die Sektion begründete 1974 im Rahmen der wissenschaftlichen Publikationen der Wilhelm-Pieck-Universität eine eigene periodisch erscheinende Broschürenreihe, die Rostocker Betriebswirtschaftlichen Manuskripte (RBM). Im Durchschnitt wurden pro Jahr 3 bis 4 Hefte dieser Publikationsreihe herausgegeben. Bis 1987 erschienen 48 Hefte.

3.4. Internationale Wissenschaftskooperation

In den Anfangsjahren der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Forschung in Rostock konnte die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf den reichen Erfahrungsschatz sowjetischer Hochschulen und Wissenschaftler zurückgreifen, der durch Gastvorlesungen sowjetischer Professoren oder durch Studienaufenthalte an sowjetischen Hochschulen vermittelt wurde. Aus diesen Anfängen internationaler Arbeit entwickelten sich einerseits Wissenschaftsbeziehungen zur gemeinsamen Lösung aktueller Problemstellungen im Rahmen konkreter Verträge und andererseits die Weitergabe von eigenen Erfahrungen an Hochschulen junger Nationalstaaten, die beim Aufbau eines eigenen Hochschul- und Wissenschaftspotentials unterstützt wurden.

Mit der Moskauer Ökonomisch-Statistischen Hochschule (MESI) konnten noch von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die ersten Verbindungen geknüpft werden. Die dortigen Dozenten Kwitko und Gusarowa weilten zu zweisemestrigen Studienaufenthalten am Institut für Statistik. Später wurde der wissenschaftliche Mitarbeiter der Sektion Dr. Berten während eines Zusatzstudiums vom Lehrstuhl für Ökonomische Kybernetik am MESI betreut.

Bis zum Jahre 1987 vervollkommneten mehr als 20 Mitarbeiter der Sektion ihr Wissen durch längere Studienaufenthalte an Universitäten oder Hochschulen der Sowjetunion oder der übrigen sozialistischen Länder.

Bis heute entwickelten sich zum Zwecke des ständigen Erfahrungsaustausches über Erziehung und Ausbildung, über Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Wissenschaftskooperation enge Verbindungen zur

Leningrader Hochschule für Schiffbau
Leningrader Hochschule für Wassertransport
Odessaer Hochschule für Offiziere der Seeflotte
Peter-Stutschka-Universität Riga
Universität Gdansk
Universität Szczecin
Nikolai-Kopernikus-Universität Torun
Ökonomischen Hochschule Prag
Ökonomischen Hochschule Bratislava
Ökonomischen Hochschule Sofia
Hochschule für Volkswirtschaft Varna
Akademie für Ökonomische Studien Bukarest

Universität Oriente in Santiago de Cuba
Technischen Hochschule Cienfuegos
Universität Rijeka
Universität Zagreb
Universität Turku
Universität Innsbruck.

Mit einer Reihe dieser Einrichtungen konnten die Partnerschaftsbeziehungen durch Freundschaftsverträge und darauf aufbauende Jahresarbeitspläne planmäßig gestaltet werden. Diese vertraglichen Vereinbarungen enthalten mit der Leningrader Hochschule für Schiffbau, mit den Universitäten Riga und Gdansk und der Hochschule für Volkswirtschaft Varna neben der Entwicklung der Wissenschaftskooperation auch Maßnahmen zur Persönlichkeitsentwicklung der Studenten. Jährlich finden dreiwöchige Austauschpraktika mit diesen vier akademischen Bildungseinrichtungen statt. Die Organisation der Austauschpraktika begann bereits 1960 (Universität Gdansk) und umfaßte zeitweilig auch die Ökonomischen Hochschulen Warschau, Prag und Bratislava. Eine intensive Forschungs Kooperation existiert seit den siebziger Jahren mit dem Sojuzmorniiprojekt Moskau. Im Rahmen dieser arbeitsteiligen Forschung, die von Prof. Dr. Klein initiativreich aufgebaut wurde und von Prof. Dr. Breitzmann erfolgreich fortgeführt wird, werden Forschungsarbeiten zum kapitalistischen Seeverkehr durchgeführt.

Im Laufe der achtziger Jahre entwickelten sich dann feste vertragliche Forschungsbeziehungen zu betriebswirtschaftlichen, seewirtschaftlichen und juristischen Aufgabenstellungen mit Universitäten und Hochschulen in Gdansk, Szczecin, Torun, Santiago de Cuba, Cienfuegos und Zagreb, die von allen Wissenschaftsbereichen realisiert werden.

Professor Dr. Forbrig begründete 1958 für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mit dem Lehrbuch „Industriestatistik“, welches zusammen mit Prof. Dr. Janakiev von der Ökonomischen Hochschule Sofia erarbeitet wurde, die Gemeinschaftspublikationen von Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern. Diese Form der Wissenschaftskooperation fand ihre Fortsetzung durch Prof. Runge (1973, Anwendung der Bedienungstheorie mit Dr. Kubat, Prag). In der Folgezeit wurde die internationale Gemeinschaftspublizistik weiter ausgebaut, zum Beispiel mit Ökonomische Kybernetik (1977, Prof. Dr. Schulze mit Prof. Dr. Golenko, Moskau); Geographie

des Seeverkehrs (1979, Dr. Obenaus mit Dr. Zaleski, Gdansk); Hafenwirtschaft (1980, Dr. Biebig mit Prof. Dr. Kuzma, Gdansk). Proletarischer Internationalismus unserer Zeit kommt auf dem Gebiete des Hochschulwesens insbesondere durch Lehr- und Beratertätigkeit in den sozialistischen Bruderländern und jungen Nationalstaaten sowie durch Ausbildung von Studenten und Aspiranten dieser Länder in der DDR zum Ausdruck. Der Wissenschaftsbereich Seeverkehrswirtschaft hat die von Prof. Bleckert im Jahre 1962 mit einem zweijährigen Gastaufenthalt begonnene Lehr- und Konsultationstätigkeit an kubanischen Instituten fortgeführt. Dr. Dora arbeitete mehrmals an kubanischen Universitäten. Später war er längere Zeit in Mocambique tätig. Dr. Hornung erfüllte Ausbildungsaufgaben in Tansania. Dr. Braun lehrte in Afghanistan. Professor Dr. Schulze und Dr. Hergert führten an äthiopischen Universitäten Gastlehrertätigkeit durch.

Durch die Aus- und Weiterbildung von Studenten und Aspiranten aus Angola, Äthiopien, Ägypten, Griechenland, Irak, Kuba, Indonesien, Jemen und Vietnam konnte die Sektion den gesellschaftlichen Aufbau und die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern unterstützen. In einem UNCTAD-Trainingskurs wurden im Herbst 1979 leitende Mitarbeiter aus Schiffs- und Hafenbetrieben afrikanischer Entwicklungsländer qualifiziert.

3.5. Die Lehrstühle der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft als Träger der Rostocker wirtschaftswissenschaftlichen Schulen

Im Jahr der Gründung der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft 1968 bestanden an den vier Wissenschaftsbereichen acht Lehrstühle mit den Professoren Alfred Klein (Politische Ökonomie des Kapitalismus), Johannes Knobel (Politische Ökonomie des Kapitalismus), Herbert Luck (Politische Ökonomie des Sozialismus), Paul Wolf (Sozialistische Volkswirtschaft), Jürgen Haalck (Seerecht), Gotthard Forbrig (Rechnungsführung und Statistik), Rudolf Kapp (Fertigungsvorbereitung) und Karl Degenkolb (Sozialistische Betriebswirtschaft). Einige Erweiterungen und Umstellungen führten bis 1982

zu zwölf Lehrstühlen, die nunmehr zum Träger des wissenschaftlichen Profils der Sektion wurden.

Lehrstuhl „Politische Ökonomie des Kapitalismus“

Die Sektion übernahm die beiden bestehenden Lehrstühle „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ bei ihrer Gründung. Professor Dr. Knobel orientierte sich in seiner Tätigkeit auf ökonomische Lehrmeinungen. Nach seiner Emeritierung im Jahre 1977 wurde diese Arbeitsrichtung nicht im Rahmen eines Lehrstuhls fortgesetzt.

Der von Prof. Klein geleitete zweite Lehrstuhl „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ befaßte sich zur Zeit der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Ingenieur-ökonomischen Fakultät vor allem mit der Untersuchung von Marktproblemen (Marketing, Werbung) und mit Analysen soziologischer Prozesse (Human Relation, Public Relations, Leitungsprobleme). Die Einführung und Propagierung der Soziologie erfolgte im Bezirk Rostock durch diesen Lehrstuhl. Professor Klein war Mitbegründer des Wissenschaftlichen Rates für Soziologie. Es wurden ferner Untersuchungen zu Entwicklungsproblemen nordischer Länder durchgeführt. Sie dienten zur Unterstützung der Arbeiterkonferenzen anlässlich der Ostseewochen.

Mit der Analyse internationaler Monopole des Seeverkehrs und ihrer staatsmonopolistischen Förderung begann 1971 die Vertragsforschung für das Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft Rostock. Diese Forschung erfolgte arbeitsteilig mit dem Sojuzmorniiprojekt Moskau. Es wurden Studien zur staatsmonopolistischen Schiffsverkehrsregulierung ausgewählter kapitalistischer Staaten, zur internationalen staatsmonopolistischen Regulierung des Seetransports und des Schiffbaus, zu Schiffsverkehrsbeziehungen der drei imperialistischen Rivalitätszentren und deren Auswirkungen auf den internationalen Seetransport erarbeitet. Mit der Analyse der Industrialisierungsprozesse in Entwicklungsländern und von Tendenzen der staatsmonopolistischen Regulierung am Beispiel der Seewirtschaft wurde 1986 begonnen. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten wurden 1983 vom Verlag Transport, Moskau, in einer Buchpublikation „Seetransport der kapitalistischen Entwicklungsländer“ veröffentlicht. Die praxisrelevanten Forschungsergebnisse erscheinen fer-

ner regelmäßig in der Schriftenreihe „Informationen für den Leiter“ des Kombinatens Seeverkehr und Hafengewirtschaft. Professor Dr. Klein widmete sich auch als Emeritus nach 1982 weiterhin den Forschungsproblemen des Lehrstuhls.

Zum gleichen Zeitpunkt wurde der Hochschuldozent Dr. Breitzmann zum ordentlichen Professor berufen, der in diesen Aufgabenkomplex als Angehöriger der Arbeitsgruppe Politische Ökonomie des Kapitalismus bereits hineingewachsen war.

Lehrstuhl „Politische Ökonomie des Sozialismus“

Seit 1955 bestand an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein Lehrstuhl „Politische Ökonomie des Sozialismus“, der von Prof. Dr. Luck geleitet wurde. Dem Lehrstuhl waren zu jener Zeit auch die Lehrgebiete Politische und Ökonomische Geographie und Arbeitsrecht zugeordnet.

Die Mitarbeiter des Lehrstuhls beteiligten sich an der Lösung unmittelbar aktueller Probleme der Seewirtschaft der noch jungen DDR und führten Analysen für die Praxis durch. Insbesondere betraf das politökonomische Untersuchungen zur Seeverkehrswirtschaft und des Schiffbaus. Das Lehrstuhlkollektiv mit den wissenschaftlichen Assistenten Bunge, Richter und Waßmann erarbeitete die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die erste Ausbaustufe des Überseehafens. In den 60er Jahren waren es die Forschungsarbeiten zur erweiterten Reproduktion, zur Stellung des Nationaleinkommens, zum Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion und zum ökonomischen Wachstum im Sozialismus, die in der DDR Beachtung und in mehreren Publikationen ihren Niederschlag fanden. Professor Luck gehörte zu den ersten Wissenschaftlern der DDR, die sich mit Fragen der Kybernetik befaßten.

Die politökonomische Lehr- und Forschungstätigkeit wurde 1969 durch die Berufung des Hochschuldozenten Dr. Günther Nörenberg auf einen zweiten Lehrstuhl für Politische Ökonomie des Sozialismus belebt.

Umfangreich waren die Arbeiten in den siebziger Jahren zum Themenkomplex „Gesetzmäßigkeiten der Fondseffektivität, der Fondsstruktur und des Fondsumschlages als Grundlage und Voraussetzung für eine optimale Reproduktion der produktiven Fonds“. Hauptuntersuchungsfeld war die Schiffbauindustrie der DDR. Die Untersuchungen konnten in der langfristigen Planung und zur Fundierung perspektivischer Entscheidungen der Grundfondsreproduktion dieses Wirtschaftszweiges Verwendung finden. Im Anschluß hieran wurde ab Ende der siebziger Jahre der Komplex „Gesetzmäßigkeiten und Kategorien des Wirtschaftswachstums im Sozialismus“ bearbeitet. In diesen Forschungen erfolgte eine weitere Präzisierung der Kategorie Wirtschaftswachstum, ihre sozialökonomische Bestimmung und Einordnung in die gesellschaftliche Entwicklung, und es wurde ihre Beziehung zur Effektivität untersucht. Die dabei geführten Auseinandersetzungen mit der Kritik der bürgerlichen Vulgärökonomie an der sozialistischen Planwirtschaft und am Wirtschaftswachstum fanden ihren Niederschlag in der Veröffentlichung „Sozialistische Planwirtschaft im Zerrspiegel des Linksradikalismus“ (Nörenberg, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1984) und in weiteren Publikationen.

Nach Emeritierung von Prof. Dr. Luck im Jahre 1980 wurde Dr. Bartl zum Professor berufen und mit der Leitung des Lehrstuhles beauftragt, wobei ihm weiterhin Prof. Luck hilfreich zur Seite stand.

Lehrstuhl „Sozialistische Volkswirtschaft“

Bereits an der Ingenieurökonomischen Fakultät bestand ein Lehrstuhl „Sozialistische Volkswirtschaft“, der sich aus den Lehrgebieten „Volkswirtschaftsplanung“ und „Finanzen und Kredit“ entwickelt hatte und für den Prof. Dr. Paul Wolf berufen worden war. Nach der Sektionsgründung wurde dem Lehrstuhl als ein weiterer Schwerpunkt „Planung der Außenwirtschaft“ zugeordnet. In der Forschung wurden insbesondere Fragen des Geldumlaufs und der komplexen territorialen Finanzplanung, der Planung der Umlaufmittel und der Planung, Finanzierung und der Effektivität von Investitionen bearbeitet.

Der Lehrstuhl hat sich vertragsgebunden eingeordnet in die Forschungspläne des Ökonomischen Forschungsinstitutes bei der Staatlichen Plankommission und der Zentrale der Staatsbank der DDR.

In den achtziger Jahren konzentrierte sich die Themenstellung auf Probleme der Leitung, Planung und Stimulierung der volkswirtschaftlichen Effektivität von Neuerungsprozessen. Dabei besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Finanzen an der Peter-Stutschka-Universität Riga.

Der Öffentlichkeit wurden die Forschungsergebnisse in mehreren Buchpublikationen vorgestellt (z. B. Planung und Finanzierung der Investitionen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1984), an denen neben Prof. Dr. Wolf auch der 1980 zum außerordentlichen Professor berufene Hochschuldozent Dr. Sturm wesentlich mitgewirkt hatte.

Lehrstuhl „Seerecht“

Der Lehrstuhl „Seerecht“ setzte unter der Leitung von Prof. Dr. Jürgen Haalck die von Prof. Dr. Spitzner begonnene Lehr- und Forschungstätigkeit an der Sektion fort. Nach dem frühzeitigen Ableben von Prof. Haalck im Jahre 1973 blieb der Lehrstuhl zunächst bis zum Heranwachsen qualifizierter Nachwuchskräfte unbesetzt. In dieser Zeit konzentrierte sich die Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Seerecht auf die niveauvolle wirtschaftsrechtliche Ausbildung der Studenten der beiden ökonomischen Fachrichtungen sowie der technischen, landwirtschaftlichen und lateinamerikawissenschaftlichen Fachrichtungen an anderen Sektionen. Die seerechtliche Ausbildung der Fachrichtung Transportökonomie wurde vertieft. Es gelang, die Forschungsarbeiten fast vollständig auf die Belange der Kombinate der Seewirtschaft zu konzentrieren. Im Rahmen der Vertragsforschung wurden die wirtschaftsrechtlichen, die international wirtschaftsrechtlichen und die seerechtlichen Aspekte zusammengeführt. Das betraf beispielsweise solche Themenkreise, wie gemeinsame Betriebe der Seewirtschaft, Schiffbauverträge und internationale Seerechtsvereinheitlichung. Dieser Profilierung entsprachen auch die von der Arbeitsgruppe betreuten juristischen Qualifizierungsarbeiten (Reise- und Zeitcharterverträge, Rechtsformen der Leitung der Kombinate, Schifffahrtsfinanzierung, Seerversicherung, multimodaler Transport, Containermiete, Schiffsreparaturen). Alle Aufgabenstellungen waren Bestandteil der Forschungsvorhaben der Wissenschaftsproduktions-Kooperation Seewirtschaft.

1982 wurde Dr. Ralf Richter zum ordentlichen Professor berufen. Damit lag die Federführung für die wissenschaftliche Entwicklung des Wirtschafts- und Seerechtes an der Sektion wieder bei einem entsprechenden Lehrstuhl. Professor Richter war maßgeblich beteiligt an der Herausgabe des Handbuchs der Außenhandelsverträge und des Kommentars zum Gesetz über internationale Wirtschaftsverträge. Beide Veröffentlichungen erschienen 1983 beim Staatsverlag der DDR.

Lehrstuhl „Rechnungsführung und Statistik“

Charakteristisch für die von Prof. Dr. Gotthard Forbrig geprägte wissenschaftliche Entwicklung auf den Gebieten von Rechnungsführung und Statistik in Rostock war eine enge Verbindung zur Industrie von Anfang an. Dadurch konnten die Anforderungen, die die Praxis an die Wissenschaft stellte, umfassend berücksichtigt werden. In den sechziger Jahren wurden in die Themenstellungen auch die Probleme der Seeverkehrswirtschaft und der Fischwirtschaft einbezogen.

Auf der Basis der praxisorientierten Forschung entwickelte sich schon in den fünfziger Jahren eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Der Lehrstuhl konnte so einen unmittelbaren Beitrag bei der Ausarbeitung und bei der Weiterentwicklung des Systems von Rechnungsführung und Statistik in der DDR leisten. Die Rostocker Universität gehörte zu den wenigen Hochschuleinrichtungen, an denen Rechnungsführung und Statistik schon sehr frühzeitig in einem Lehrstuhl zusammengeführt wurden.

Durch die Veröffentlichung von Lehrbüchern und Monographien, an deren Ausarbeitung neben Prof. Forbrig auch die Professoren Dr. Ursula Wolff und Dr. Günther Kuhlmann, die Hochschuldozenten Dr. Klaus Pansow und Dr. Klaus-Peter Schultz sowie Dr. Ursula Kück mitwirkten, wurden die Mitarbeiter des Lehrstuhls im nationalen und internationalen Rahmen bekannt.

Es wurden enge Wissenschaftsbeziehungen zu maßgebenden Statistik-Lehrstühlen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern entwickelt. Im Rahmen des Freundschaftsvertrages der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock mit der Universität Gdansk hat sich der kontinuierliche Austausch von Forschungsergebnissen zu ei-



Magnifizenz,
Prof. Dr. Wolfgang Brauer,
überreicht den Universitäts-
preis für Forschung an
Doz. Dr. Rudolf Müller und
Prof. Dr. Gottfried Schulze

ner festen Tradition herausgebildet. Seit den sechziger Jahren bestehen auch wissenschaftliche Kontakte zu Statistik-Lehrstühlen westeuropäischer Länder. Mitarbeiter des Lehrstuhls wurden an Aktivitäten des Internationalen Statistischen Institutes beteiligt.

Lehrstuhl „Ökonomische Kybernetik“

Der Lehrstuhl „Ökonomische Kybernetik“ wurde im Jahre 1969 an der Sektion eingerichtet. Die unter der Mitarbeit des Lehrstuhlinhabers Prof. Dr. Gottfried Schulze entstandene Monographie „Kybernetik zur Steuerung ökonomischer Prozesse“ (Akademie-Verlag 1977) fand

international Beachtung und trug zur inhaltlichen Gestaltung des Lehrgebietes Ökonomische Kybernetik bei. In der Forschung arbeitet der Lehrstuhl anwendungsbezogen und vertragsgebunden auf dem Gebiet der Modellierung hafengebundener Prozesse. Das Vertragsforschungsthema „Seehafendurchlaßfähigkeit“ führte zur Entwicklung einer Methodik zur Bestimmung der Durchlaßfähigkeit von Seehafenumschlagsplätzen. Auf seiner Basis entstand ein Fachbereichsstandard. Der Lehrstuhl sorgt durch die Tätigkeit seines Konsultationsstützpunktes „Durchlaßfähigkeit“ für eine unmittelbare Praxisüberführung seiner Forschungsergebnisse und für konsultative Mitwirkung bei operativen Problemlösungen.

Durch das Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft Rostock wurden die Forschungsergebnisse in die internationale Wissenschaftskooperation mit der Wirtschaftsorganisation Interport und mit dem Forschungsinstitut für Wassertransport Varna einbezogen.

Seit 1986 bearbeitet der Lehrstuhl in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Republik Kuba das Thema „Modellierung hafengebäuerlicher Prozesse“ arbeitsteilig mit der Technischen Hochschule Cienfuegos.

Besonderer Wert wird am Lehrstuhl auf die Entwicklung und die Vervollkommnung von aktiven Lehrformen gelegt. Hierzu wurden Modelle unter Einbeziehung von Bildschirmarbeitsplätzen entwickelt.

Lehrstuhl „Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft“

Seit 1972 besteht an der Sektion ein Lehrstuhl „Anwendung mathematischer Methoden in der Wirtschaft“. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Hochschuldozent Dr. Walter Runge zum ordentlichen Professor berufen.

In der Lehre oblag dem Lehrstuhl die Ausbildung von Studenten ökonomischer, technischer und mathematischer Fachrichtungen im Direkt-, Fern- und Postgradualstudium auf dem Gebiet der mathematisch-ökonomischen Modellierung und Optimierung sowie der Operationsforschung.

Der Lehrstuhl konzentrierte seine Tätigkeit in der Forschung und für die Wissenschaftsentwicklung auf die Anwendung stochastischer Methoden, insbesondere der Bedienungstheorie, der Erneuerungstheorie und der Spieltheorie. Zur Prozeßmodellierung und -optimierung wurden sowohl Produktionshauptprozesse (Fertigungsprozesse mit Mehrmaschinenbedienung) als auch Produktionshilfsprozesse (Transport-, Umschlag- und Lagerprozesse sowie Instandhaltungsprozesse) durch offene und geschlossene Bedienungssysteme abgebildet und Näherungsverfahren zur Kenngrößenbestimmung entwickelt. Die bis zum Jahre 1987 erzielten Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit fanden ihren Niederschlag in Fachbüchern und Lehrmaterialien. Professor Dr. Runge wirkte im Herausgeber- und Autorenkollektiv des Hochschullehrbuches „Mathematik für Ökonomen“ mit, wel-

ches als Lizenzausgabe auch in der BRD erschien. Hochschuldozent Dr. Finkelstein und die Oberassistenten Dr. Berten und Dr. Hochgräfe waren an weiteren Fachbüchern und Lehrbriefen als Autoren beteiligt. Einen umfassenden Überblick über die Forschungsergebnisse und ihre praktischen Anwendungen liefert die 1984 erschienene Monographie „Zufallsabhängige Fertigungsprozesse“ mit Prof. Dr. Runge als Mitautor.

Lehrstühle „Sozialistische Betriebswirtschaft“

Im Jahre 1968 wurde erstmalig ein Lehrstuhl „Sozialistische Betriebswirtschaft“ an der Sektion eingerichtet und von Prof. Dr. Karl Degenkolb bis zu seinem frühen Tod im Januar 1970 geleitet. Seit dieser Zeit übt Prof. Dr. Karl-Heinz Gustmann (Berufung 1969) die Funktion des Lehrstuhlleiters aus.

Dem Lehrstuhl obliegt die Verantwortung für die Ausbildung der Fachrichtung „Sozialistische Betriebswirtschaft/Ingenieurökonomie des Maschinenbaus“ im Direkt- und Fernstudium sowie des Industrie-Institutes in den betriebswirtschaftlichen Lehrgebieten. 1978 wurde mit der Berufung von Prof. Dr. Hans Peter Wolff ein zweiter Lehrstuhl „Sozialistische Betriebswirtschaft“ eingerichtet, der vor allem die Grundlagenausbildung für dieses Lehrgebiet an den technischen Sektionen wahrnimmt. Die gesamte Ausbildung orientierte sich auf der Grundlage des einheitlichen Studienplanes für die Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften an den Erfordernissen des Schwermaschinen- und Anlagenbaues, insbesondere des Schiffbaues.

National und international anerkannte Forschungsleistungen konnten insbesondere zur Materialplanung (Prof. Degenkolb), zur Arbeitsproduktivitätsmessung (Prof. Gustmann), zur Vorbereitung, Planung und Organisation der Schiffbauproduktion (Prof. Gustmann, Prof. H. P. Wolff), zur Produktionsorganisation (Prof. Gustmann, Dr. Stolzenberg, Prof. H. P. Wolff, Dr. Brillowski, Dr. Nebl) zum Produktionsanlauf neuer Erzeugnisse (Prof. Gustmann, Prof. H. P. Wolff) zur Aufwandsplanung in der Produktionsvorbereitung (Prof. K. H. Britt, Dr. G. Britt), zur Innerbetrieblichen wirtschaftlichen Rechnungsführung (Prof. Gustmann, Prof. Kuhlmann, Prof. H. P. Wolff u. a.) und zur Dar-

stellung der Entwicklung der Seewirtschaft der DDR (Prof. Gustmann, Prof. H. P. Wolff u. a.), geleistet und in Publikationen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Monographie „Schiffbauproduktion/Planung, Vorbereitung, Organisation (Gustmann, Wolff)“ erschien auch in Leningrad.

Lehrstuhl „Ökonomie des Transportwesens“

Im Zuge der 3. Hochschulreform kehrte die Fachrichtung „Ökonomie des Transportwesens“ mit der Spezialisierung Seeverkehr, die ab 1965 von der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ betreut wurde, im Jahre 1969 an die Universität Rostock zurück. Gleichzeitig erfolgte die Einrichtung eines gleichnamigen Lehrstuhls mit Prof. Dr. Manfred Schelzel als Leiter. Mit der ersten fakultativen Vorlesung über Schifffahrtsökonomie hatte Dr. Schelzel 1958 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät begonnen. Erste Erfahrungen für eine Fachrichtungs-ausbildung wurden dann durch Kooperation mit der damaligen Ökonomischen Hochschule in Sopot (Prof. Kasprowicz) und durch Kontakte mit dem Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel (Dr. Heeck) gesammelt. Die hohen Verdienste des polnischen Wirtschaftswissenschaftlers beim Aufbau der transportökonomischen Ausbildung und Forschung in Rostock fanden 1979 durch Verleihung der Ehrendoktorwürde ihre Anerkennung anlässlich einer internationalen Konferenz „Neue Aspekte der Seeverkehrstheorie“.

Die eigentliche theoretische Konsolidierung der Lehre begann nach 1969 mit der Herausgabe eigener Lehrbücher zu Grundlagen der Ökonomie des Seetransports, zur Hafenwirtschaft und zur Seeverkehrsgeographie, bei deren Ausarbeitung neben Prof. Schelzel auch Prof. Dr. Dora, Dr. Althof, Dr. Biebig und Dr. Obenaus beteiligt waren.

Schon seit Mitte der siebziger Jahre bestand eine Rostocker Schule der Seeverkehrswirtschaft, die im Ausland bekannt wurde und zur Beratung bei der Schaffung vergleichbarer Fachrichtungen, zum Beispiel in Ägypten und Finnland, herangezogen wurde. Zahlreiche Studenten aus Entwicklungsländern wurden in Rostock in Transportökonomie ausgebildet und Praktiker vervollkommneten ihre Kenntnisse. Die zunächst stark lehrbezogene

Forschung konnte zunehmend praxiswirksam gestaltet werden. Als Hauptvertragspartner traten das Kombinat für Seeverkehr und Hafenwirtschaft, das Ministerium für Verkehrswesen, das Kombinat Deutrans und Außenhandelsbetriebe auf. Ab 1980 wurde begonnen, für ausländische Auftraggeber kommerzielle Forschungsaufträge zu übernehmen (Angola, Italien, Ägypten, UNCTAD). Mit der Bildung eines Maritime Consulting Centre (MCC) an der Wilhelm-Pieck-Universität fanden diese Aktivitäten eine feste Organisationsstruktur.

Lehrstuhl „Transporttechnologie/Seeverkehr“

Der Lehrstuhl entwickelte sich aus einer 1969 erfolgten Einrichtung einer Dozentur „Transporttechnologie/Seetransport“.

1977 wurde Dr. Rolf Schönknecht zum ordentlichen Professor berufen. Sein Lehrstuhl übernahm die Verantwortung für alle Ausbildungsaufgaben in den Technisch-technologischen Grundlagen für die Fachrichtung „Ökonomie des Transportwesens“ und am Industrie-Institut. Die Ausbildungsunterlagen, vor allem Lehr- und Fachbücher mußten selbst entwickelt werden.

Unter der Leitung von Prof. Schönknecht wurden die „Grundlagen der Transporttechnologie im Seeverkehr“ (Transpress 1985) ausgearbeitet. Mehrere populärwissenschaftliche Bücher zum Lehrgegenstand stießen auf breites, auch internationales Interesse und erschienen in Übersetzungen im Ausland.

In der Forschung wurden sowohl Untersuchungen zur prognostischen technologischen Entwicklung in der Seeschifffahrt und in den Seehäfen durchgeführt als auch die Grundlagen der Transporttechnologie vertieft und erweitert. Seit 1984 bildet die Entwicklung rechnergestützter Systeme für die Steuerung technologischer Prozesse in der Seeflotte und in den Seehäfen einen Schwerpunkt in der Vertragsforschung für das Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft. Zu den vertragsgebundenen Forschungsthemen des Lehrstuhls zählen auch Arbeiten über hafentechnische Ausrüstungen für das Schwermaschinenbaukombinat TAKRAF und zur Entwicklung der Binnenschiffsflotte für das Kombinat Binnenschifffahrt und Wasserstraßen.

4. Die Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft auf dem Wege ins dritte Jahrtausend

In den achtziger Jahren wurde an den Universitäten und Hochschulen der DDR auf der Basis des Beschlusses des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 18. März 1980 „Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ über die Konsequenzen diskutiert, die sich für das Hochschulstudium aus der weiteren Gestaltung des entwickelten Sozialismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ergaben. Auch die Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft berieten auf Parteiveranstaltungen, auf Gewerkschaftsversammlungen, in den Wissenschaftsbereichen und den FDJ-Gruppen und in speziellen Arbeitskreisen die Probleme eines künftigen akademischen Lehrens und Studierens sowie den Ausbildungsinhalt der Zukunft. Dabei ging es vor allen Dingen darum,

- ein Studienprogramm zu entwickeln, nach dem Hochschulabsolventen wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen ausgebildet werden können, die in der Lage sind, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrem Einsatzbereich mit hoher Effektivität durchzusetzen,
- die Fachrichtungsausbildung auf Einsatzcharakteristiken aufzubauen, die den Anforderungen des nächsten Jahrhunderts entsprechen,
- das Studium produktiv zu gestalten und die Eigenverantwortung des Studenten für sein Studium zu erhöhen.

In den Diskussionen, an denen sich die Hochschullehrer der Sektion auch innerhalb der Arbeitsgruppen des Wissenschaftlichen Beirates für Wirtschaftswissenschaften beteiligten, wurde ein neuer Studienplan für die Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften entwickelt, der die Heranbildung qualifizierter ökonomischer Kader ermöglichen wird, die „über neueste und anwendungsbereite wissenschaftliche Kenntnisse, berufsspezifische Fertigkeiten und eine reiche geistig-kulturelle Bildung verfügen und in der Lage sind, diese ständig weiter zu vervollkommen, sich selbständig wissenschaftlich zu

orientieren, ökonomische Aufgaben zu erkennen und zu formulieren, dazu Lösungsvorschläge zu erarbeiten und deren Realisierung in der Praxis zu organisieren. Es sind Kader, die sich mit Parteilichkeit, Sachkunde, Überzeugungskraft und persönlichem Engagement für das Neue einsetzen und für die weitere Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen aktiven schöpferischen Beitrag leisten. Ihre Ausbildung und Erziehung ist zugleich so angelegt, daß sie bereits im Studium befähigt, gefordert und gefördert werden und somit als Absolventen auch gewohnt sind, sich die Wissenschaft selbständig anzueignen und auf neue Fragen anzuwenden“. /66, S. 1281/

Um diesen Anforderungen zu genügen, weist der künftige Studienplan eine durchgängige Ausbildung in Lehrgebieten auf:

Die Ausbildung in den marxistisch-leninistischen Grundlagenlehrgebieten, die auch die Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte einschließt, umfaßt 24 Prozent des Volumens an aktiver Lehrzeit. Die wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenausbildung (Sozialistisches Recht, Sozialistische Volkswirtschaft, Sozialistische Betriebswirtschaft, Sozialistische Arbeitswissenschaft, Leitung in der sozialistischen Wirtschaft) ist mit einem Zeitanteil von 17 Prozent an der Ausbildung beteiligt. Für die methodisch und instrumentell orientierten Lehrgebiete, wie technisch-technologische Grundlagen, Mathematik, Informatik, Rechnungsführung und Statistik sind 21 Prozent aktiver Lehrzeit vorgesehen, 13 Prozent dienen der Ausbildung in Fremdsprachen und Sport. In den restlichen 25 Prozent der im Studienplan ausgewiesenen Zeit für Lehrveranstaltungen erfolgt eine fachrichtungsspezifische Ausbildung, die zum größten Teil wahlobligatorisch oder fakultativ zu belegen ist. Zur weiteren Ausprägung der selbständigen wissenschaftlichen Arbeit der Studenten enthält das Studium insgesamt 20 Wochen vorlesungsfreie Zeit und die Wochenstundenzahl für Lehrveranstaltungen wurde auf 26 gesenkt.

An der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock sollen auch in Zukunft

Ingenieurökonomien für den Maschinenbau und Transportökonomien ausgebildet werden. Die Mitarbeiter der Sektion bereiten sich darauf vor, die Ausbildung nach

den neuen Studiendokumenten planmäßig mit dem Studienjahr 1989/90 zu beginnen.

5. Literatur

1. Geschichte der Universität Rostock 1419 – 1969, Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität, Bd. 1, Berlin 1969
2. Die vorliegende Darstellung stützt sich vor allem auf Akten aus dem Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität und des Staatsarchivs Schwerin
3. STIEDA, W.: Die Nationalökonomie als Universitätswissenschaft, in: Abhandlungen der phil. hist. Klasse der Kgl. sächs. AdW, 25. Bd., Leipzig 1906
4. NORRMANN, G. P. H.: Über die Freiheit des Getreidehandels, Hamburg 1802
5. Die weiteren Ausführungen stützen sich auf: Bothe, M. Die Bedeutung und Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie an der Universität Rostock von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1945, Rostock, Ing. oec. Diss. (MS) 1969
6. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 182. Bd., 1931
7. VOLKERLING, F.: Der Deutsche Kathedersozialismus, Berlin 1959
8. NASSE, E.: Armenpflege und Selbsthilfe (Vortrag, gehalten auf der Jahresversammlung des Vereins für innere Mission), Bonn 1868; ders.: Der Anteil der inneren Mission an der Lösung der Arbeiterfrage (Vortrag, gehalten auf dem Stuttgarter Kirchentag), Bonn 1869
9. ders.: Beamtentum und Bürgerpflicht im preußischen Staate (Universitätsreden), Bonn 1870
10. ders.: Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie, Erlangen 1868, zit. nach 2. Auflg. 1871
11. ders. Vorlesungen über Volkswirtschaft, Erlangen 1878
12. ders.: Karl Marx, Das Capital, Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Capitals, Hamburg; Otto Meißner, 1867, 784 ss., in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Hrsg. v. Bruno Hildebrandt, 12. Bd., Jena 1868, S. 457–464
13. MARX, K.: Brief an Friedrich Engels v. 20. 7. 1870, in: MEW, Bd. 33, S. 6
14. ROESLER, C.: Gedanken über den constitutionellen Werth der deutschen Reichsverfassung, Rostock 1878
15. ders.: Zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn, Erlangen 1861
16. JÜGELT, K.-H.: Wissenschaftsgeschichtliches zum Rostocker Exemplar der Erstausgabe des ersten Bandes von „Das Kapital“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 32. Jg. 1983, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, Heft 1
17. BOTHE, M.: Eine frühe Rostocker Rezension zu Karl Marx „Das Kapital“, 1. Auflg. 1867, in: ebenda
18. Autorenkollektiv, Allgemeine Statistik, Lehrbuch, 3. überarbeitete Auflage, Berlin 1967
19. FIIHART, J.: Das alte und das neue System, Berlin 1919
20. STIEDA, W.: Sozialpolitik, Grundriß zur Vorlesung, als MS gedruckt, Rostock, o. J.
21. u. a. STIEDA, W.: Alt-Rostocker Professoren, in: Mecklenburgisches Jahrbuch 1938
22. ders.: Sozialpolitik nach dem Kriege, in: Freie kirchlich soziale Konferenz, Heft 54, 1917
23. GOTZ, W.: Nachruf auf W. Stieda, in: Berichte über die Verhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften Leipzig, Phil. hist. Klasse, 85. Bd., 3. Heft, Leipzig 1934
24. DIEHL, K.: Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus, in: Kieler Vorträge, Nr. 29; Jena 1929
25. ders.: Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941
26. KUCZYNSKI, J.: Die politökonomische Apologetik des Monopolkapitals in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Berlin 1952
27. DIEHL, K.: Vorlesungen „Über Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus“, 4. Auflage, Jena 1922
28. HONEGGER, H.: Volkswirtschaftliche Systeme der Gegenwart, 1925
29. v. DIETZE, C.: Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Freiburg, in: Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg, Freiburg i. Br., 1957
30. EHRENBERG, R.: Die Ziele des Thünen-Archivs, in: Thünen-Archiv, 1. Bd. 1906
31. Leipziger Tageblatt v. 21. 10. 1909 und 23. 10. 1909
Der Tag v. 24. 7. 1909 und 21. 10. 1909
32. EHRENBERG, R.: Gegen den Kathedersozialismus, 4. Heft, Berlin 1911
33. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Hrsg. v. Bruno Hildebrandt, III. Folge, 17. Bd.
34. Sozialwissenschaftliche Nachrichten, Parteilose Zeitschrift, Hrsg. von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung der Universität Rostock, 1. Jg. Nr. 1, 4. Juli 1919

35. EHRENBERG, R.: Der Kriegsteilnehmer und sein Beruf, in: Thünen-Archiv, 9. Bd.
36. Mecklenburgische Zeitung Nr. 45 v. 28. .1. 1919
37. RITTER, G.: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954
38. HAUENSTEIN, F.: Die Arbeitsgemeinschaft E. v. Beckerath, in: Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften E. v. Beckerath zum 75. Geburtstag, Tübingen 1964
39. DIETZE, C. v.: Der Zerfall der Wahrheit im dritten Reich – Freiburg i. Br. 1946
40. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9. 8. 1961
41. DIETZE, C. v.: Volkswirtschaftspolitik, Mannheim, Berlin, Leipzig 1936
42. DIETZE, C. v.: Grundzüge der Agrarpolitik, Hamburg und Berlin (West) 1967
43. CARLSEN, R.: Zum Prozeß der Faschisierung und zu den Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die Universität Rostock (1932–1935), Phil. Diss. Rostock, 1965
44. Zeitschrift für Raumforschung und Raumordnung, 1. Jg. 1936/37, 3. Jg. 1939
45. Näheres über den Zusammenhang von Geopolitik und Faschismus bei Heyden, G., Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin 1958; Semjonow, J. N.: Die faschistische Geopolitik im Dienste des amerikanischen Imperialismus, Berlin 1955
46. Weigmann, H.: Standorttheorie und Raumwirtschaft in: Festschrift, J. H. v. Thünen zum 150. Geburtstag, Hrsg. v. W. Seedorf und H. J. Seraphim, Rostock 1933
47. Mecklenburg – Werden und Sein – Rostock 1938
48. Bis zur Eröffnung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde die Bezeichnung „Sozialwissenschaftliche Fakultät“ benutzt.
49. PIECK, W.: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei in: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. – 24. 7. 1950, Berlin 1951
50. Dokumente der SED, Band III, Berlin 1952
51. Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22. 2. 1951, GBl. der DDR, Nr. 23
52. LEMMNITZ, A.: Beginn und Bilanz, Berlin 1985
53. Dokumente der SED, Band IV, Berlin 1954
54. Der Schritt vom ICH zum WIR in der Landwirtschaft des Bezirkes Rostock, Schriftenreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mecklenburg und im Bezirk Rostock, Heft 4, Rostock 1986
55. LEMMNITZ, A.: Für eine marxistisch-leninistische Agrarökonomie, in: Einheit 7, Berlin 1955
56. LUCK, H.: Johann Heinrich von Thünen – ein Theoretiker der kapitalistischen Junkerwirtschaft in: Wirtschaftswissenschaft 4, Berlin 1955
57. GBl. der DDR, Teil I, Nr. 5, 1958
58. KNOBEL, J.: Zur Entwicklung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock in: Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock, Ges. u. Sprachwiss. Reihe, 1962, H. 1/2
59. Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock, Ges. u. Sprachwiss. Reihe 1962, H. 4
60. Programm der SED, Dokumente der SED, Band IX, Berlin 1965
61. Ergänzung zum Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Rostock, Studienjahr 1963/64, Frühjahrssemester, Rostock 1964
62. Beschluß des Politbüros der SED über die Aus- und Weiterbildung von Ingenieuren und Ökonomen in der DDR
63. Studienplan für die Grundstudienrichtung Wirtschaftswissenschaften, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Berlin 1972
64. SCHULZE, G.: 30 Jahre wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung und Forschung für die Praxis an der Wilhelm-Pieck-Universität. Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Heft 2, Rostock 1982
65. Autorenkollektiv: Die Seewirtschaft der DDR, Band 3, Berlin 1984
66. KLUGE, P.-D., Molitor, A., Wolf, H.: Zur Neugestaltung des Studienplanes für die Hochschulausbildung der Ökonomen in der DDR in: Wirtschaftswissenschaft, 1987

Anhang

Ausgewählte statistische Angaben

1. Ausbildungsprofil nach Fachrichtungen

Fachrichtung	Zeitraum
Industrieökonomie	1951 bis 1968
Ingenieurökonomie	1955 bis 1961
Volkswirtschaft	1955 bis 1968
See- und Hafenwirtschaft	1959 bis 1965
Binnenhandel	1959 bis 1965
Sozialistische Betriebswirtschaft/ Ingenieurökonomie	
Maschinenbau	ab 1968
Ökonomie des Transportwesens	ab 1969

2. Anzahl der Studierenden

Studienjahr	Direktstudium	Fernstudium	Weiterbildung
1951/52	40	—	—
1956/57	228	—	—
1961/62	333	301	—
1975/76	470	532	23
1981/82	297	393	21
1985/86	276	333	53

3. Anzahl der Absolventen

Jahr	Direktstudium	Fernstudium
1955—1961	302	—
1971—1975	600	553
1976—1980	491	398
1981—1985	344	227

4. Weiterbildungsmaßnahmen

Zeitraum	Bezeichnung	Teilnehmer
1963—1967	Postgraduales Studium: Anwendung der Mathematik in der Ökonomie*)	431
1963—1965	Postgraduales Studium: Ökonomik der See- und Hafenwirtschaft	50
1965	Postgraduales Studium: Ökonomik der Fischwirtschaft	15
1966—1969	Zusatzstudium Ökonomik des Maschinenbaus	60
1964—1987	Postgraduales Studium: Seerecht	173
1968—1971	Postgraduales Studium: Operationsforschung und EDV	108
1968—1973	Postgraduales Studium: Seeverkehrswirtschaft	75
1979	UNCTAD-Trainingskurs: Shipping Company Management	24
1984—1987	Postgraduales Studium: Planung und Abrechnung in der sozialistischen Industrie	58
1984—1987	Programmierungslehrgänge BASIC	120
1986—1987	Programmierungslehrgänge für Personalcomputer	170
1987	Zusatzstudium: Informatik/Seeverkehr	34

*) begann als Sonderlehrgang „Höhere Mathematik und Datenverarbeitung“

5. Mitarbeiter der Sektion

	1952	1965	1975	1980	1985
Professoren und Dozenten	2	16	31	33	35
Wissenschaftliche Mitarbeiter	1	36	50	53	57
Techn. Kräfte	—	14	18	24	24
	3	66	99	110	116

6. Durchgeführte Promotionsverfahren

Zeitraum	Promotion A		Promotion B	
	Anz.	Ø pro Jahr	Anz.	Ø pro Jahr
1955—1961	22	3,1	7	1,0
1969—1981	126	9,7	31	2,4
1982—1987	72	12,0	21	3,5

Information

Mit dem Jahre 1988 werden die „Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock“ durch eine weitere Schriftenreihe, die „Manuskripte zur Rostocker Universitätsgeschichte“ ergänzt. Aufgabe dieser neuen Reihe ist es, in Vorbereitung auf den 575. Jahrestag der Gründung unserer Universität, der 1994 begangen wird, vor allem monographische Arbeiten zur Entwicklung von Struktureinheiten und Wissenschaftsdisziplinen, zur Geschichte der Wirksamkeit gesellschaftlicher Organisationen an unserer alma mater u. a. m. zu veröffentlichen. Das bietet für die „Beiträge“ die Möglichkeit, sich wieder stärker darauf zu konzentrieren, durch Artikel/Miszellen, durch Dokumente und Bilder sowie mittels Berichten, Informationen und Rezensionen auf wichtige historische Ereignisse und Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen unserer Universität einzugehen.

Autorenverzeichnis

Dr. oec. Maria Bothe
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock
Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft
Klement-Gottwald-Straße 6
Rostock 1
DDR-2500

Prof. Dr. sc. techn. Gottfried Schulze
Wilhelm-Pieck-Universität Rostock
Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft
Klement-Gottwald-Straße 6
Rostock 1
DDR-2500

Bildnachweis

Archiv der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (4),
Hochschul-Film- und Bildstelle
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

Veröffentlichungen zur Universitätsgeschichte

Geschichte der Universität Rostock 1419—1969

Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität

Band I: Die Universität 1419—1945

Band II: Die Universität 1945—1969

Autorenkollektiv unter Leitung von Gerhard Heitz

Berlin 1969

Leinen, 48,00 Mark

In der Reihe „**Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität**“ ISSN 0232-539X
erschienen bisher (Heft 1 bis 5 vergriffen):

- Heft 1 25 Jahre Historisches Institut/Sektion Geschichte
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 1956—1981,
Rostock 1981
- Heft 2 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1982
- Heft 3 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1983
- Heft 4 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1983
- Heft 5 125 Jahre Germanistik an der Universität Rostock 1858—1983,
Rostock 1983
- Heft 6 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1984
- Heft 7 25 Jahre landtechnische Ausbildung an der Universität Rostock,
Rostock 1985
- Heft 8 40 Jahre neue Lehrerbildung an der Universität Rostock,
Rostock 1986
- Heft 9 150 Jahre klinische Geburtshilfe in Rostock
100 Jahre Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1987

Heft 10 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1987

Heft 11 Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
Rostock 1988

Bezugsmöglichkeiten

- Bestellungen aus der DDR über die Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Abt. Wissenschaftspublizistik, Vogelsang 13/14, Rostock, DDR-2500
- Bestellungen aus dem Ausland über die Firma Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR, Leninstraße 16, Leipzig, DDR-7010.

Ferner sind die Hefte der Schriftenreihe im Rahmen des Schriftentausches über die Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Universitätsbibliothek, Tauschstelle, Universitätsplatz 5, Rostock, DDR-2500, zu beziehen.

Herausgegeben von der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

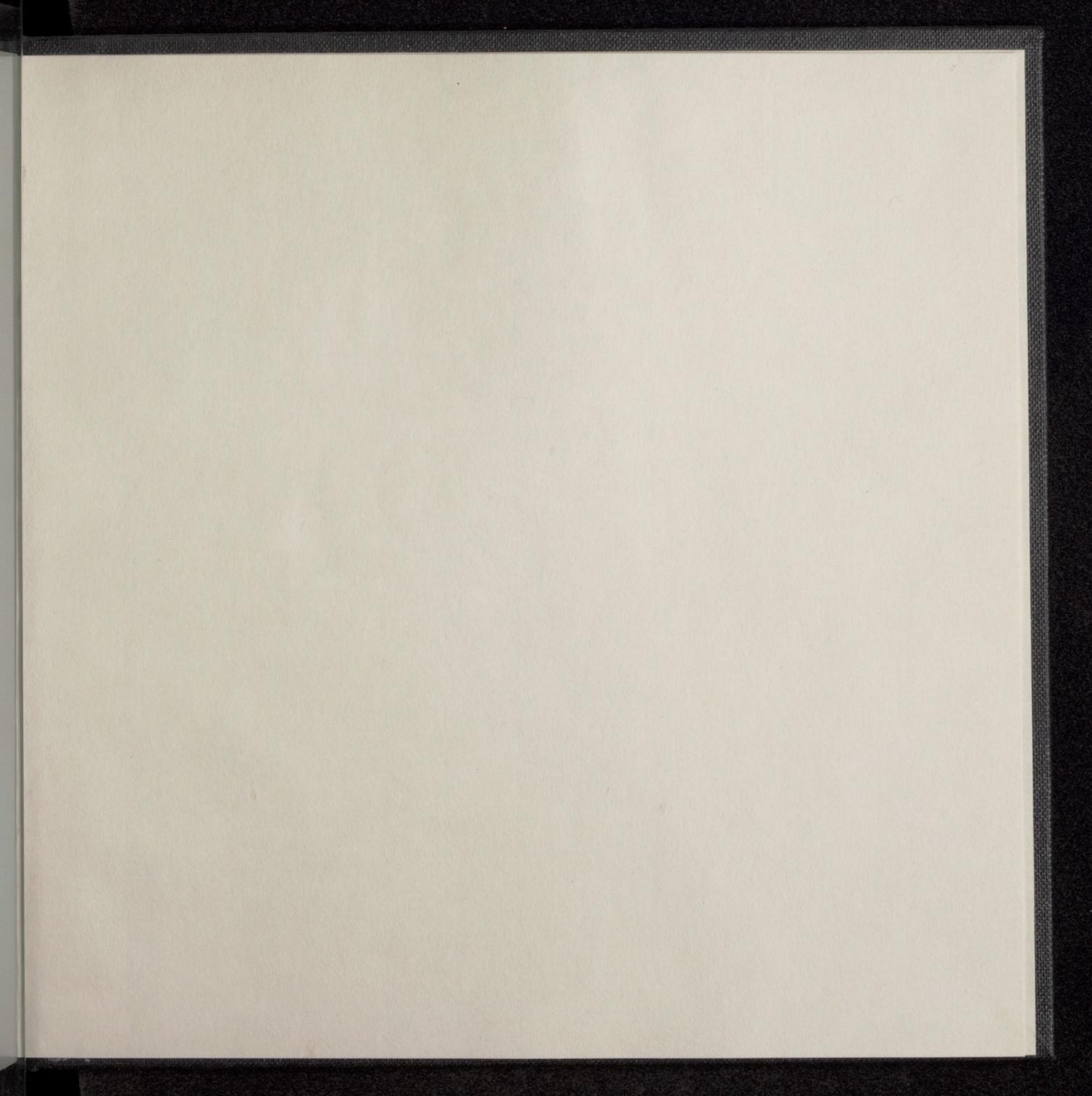
Veröffentlicht durch die Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Abt. Wissenschaftspublizistik
Vogelsang 13/14, Rostock, DDR-2500, Telefon 36 95 77

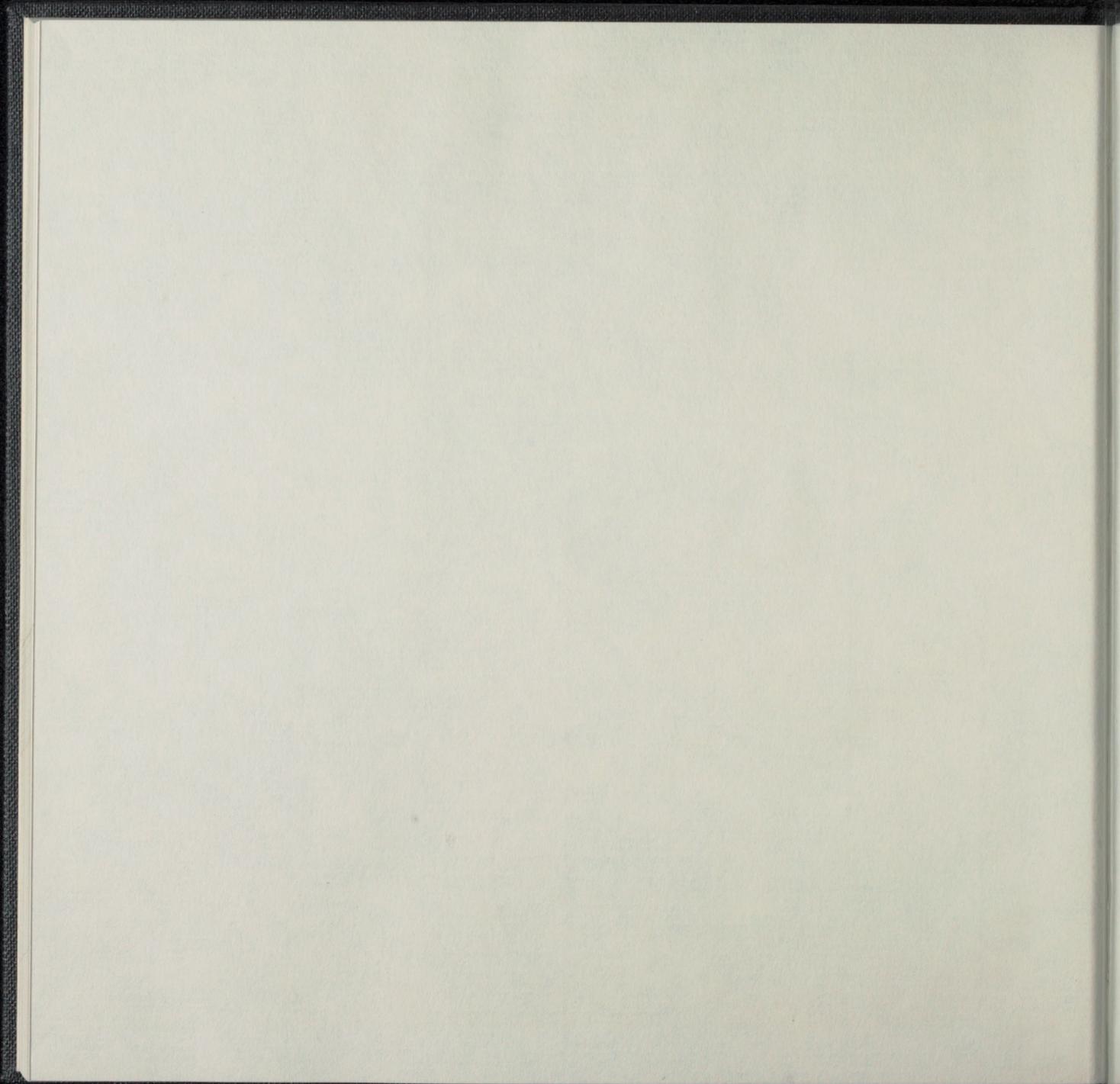
Verantwortlicher Redakteur: Joachim Lehmann

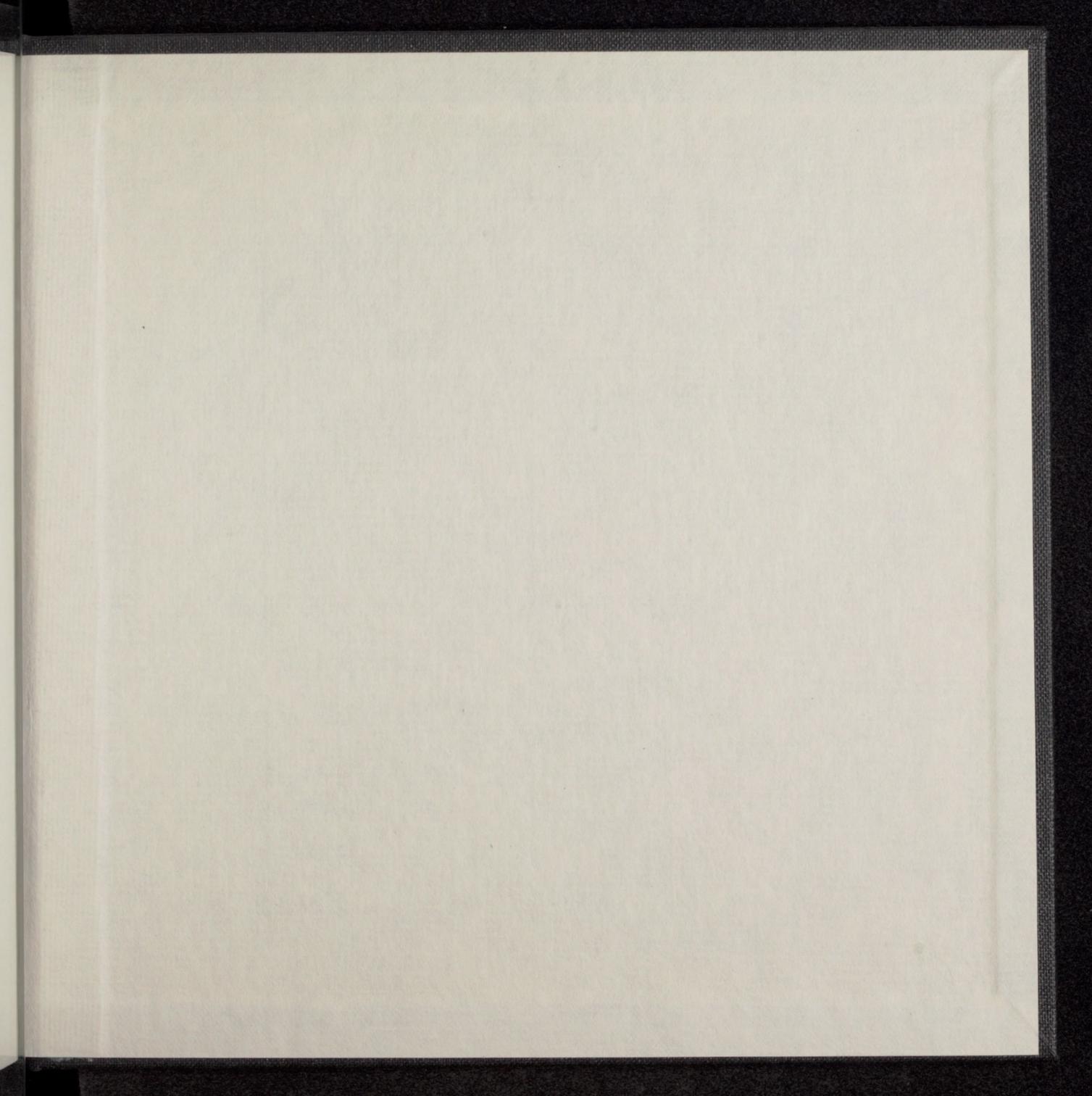
Satz und Druck: Ostsee-Druck Rostock, BT Wismar II 20 8
Druckgenehmigungs-Nr. C 102 88 - 392

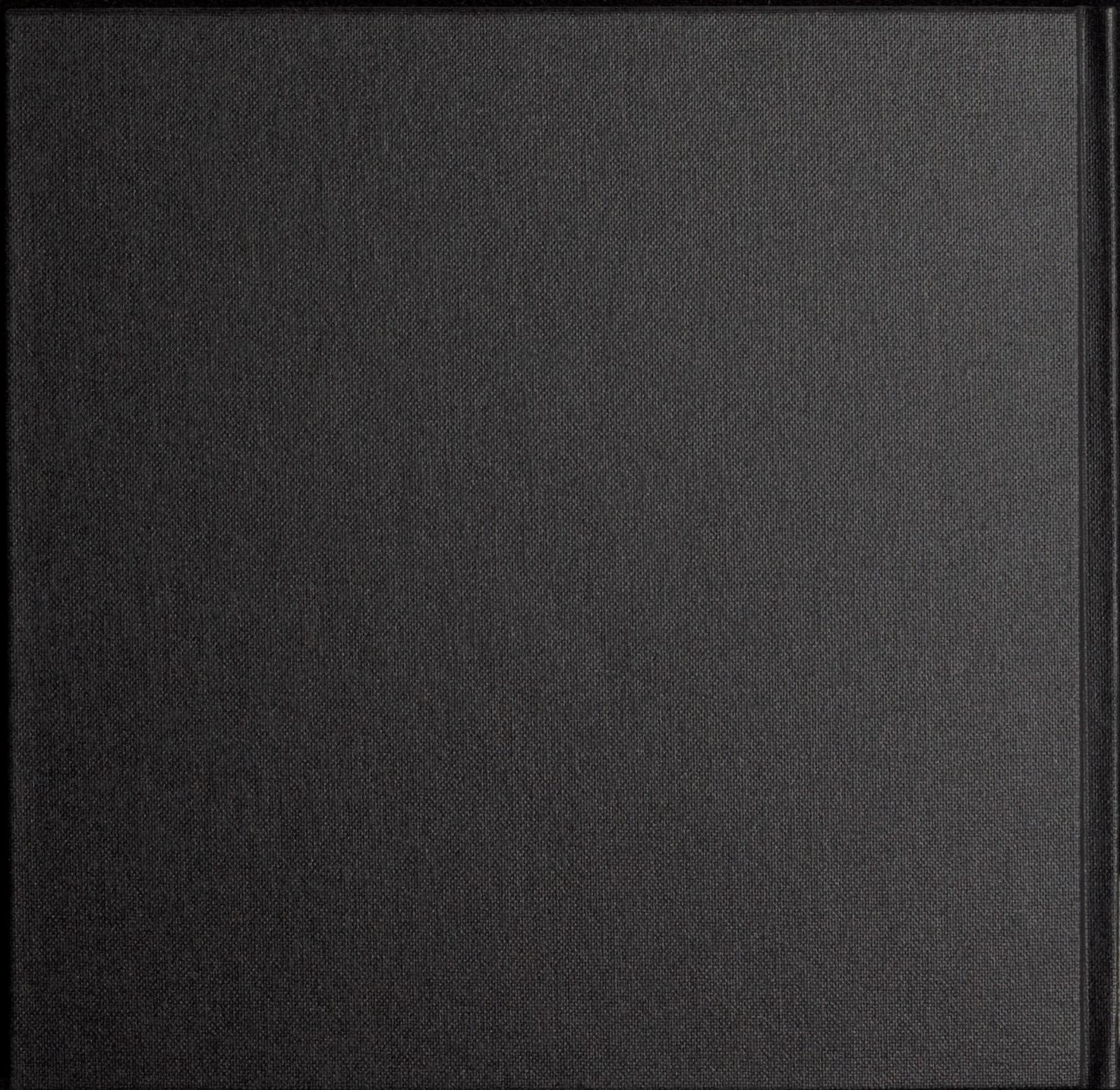
19 Mai 1989

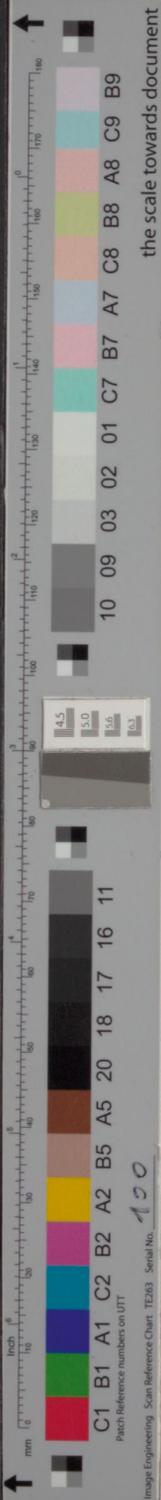












the scale towards document

on Sozialistische Betriebswirtschaft auf dem Wege Jahrtausend

en wurde an den Universitäten und R auf der Basis des Beschlusses des alkomitees der SED vom 18. März Universitäten und Hochschulen in ialistischen Gesellschaft" über die iert, die sich für das Hochschulstuen Gestaltung des entwickelten So- Bedingungen der wissenschaftlichen ergaben. Auch die Hochschullehen Mitarbeiter und Studenten der e Betriebswirtschaft berieten auf n, auf Gewerkschaftsversammlun- chftsbereichen und den FDJ-Grup- n Arbeitskreisen die Probleme eines chen Lehrens und Studierens sowie alt der Zukunft. Dabei ging es vor

amm zu entwickeln, nach dem Hoch- wirtschaftswissenschaftlicher Fach- ebildet werden können, die in der Einheit von Wirtschafts- und Sozial- Einsatzbereich mit hoher Effektivität

sausbildung auf Einsatzcharakteristi- , die den Anforderungen des näch- s entsprechen,

oduktiv zu gestalten und die Eigen- es Studenten für sein Studium zu er-

n, an denen sich die Hochschullehrer nerhalb der Arbeitsgruppen des Wis- irates für Wirtschaftswissenschaften ein neuer Studienplan für die Grund- Wirtschaftswissenschaften entwickelt, ung qualifizierter ökonomischer Kader die „über neueste und anwendungs- äftliche Kenntnisse, berufsspezifische eine reiche geistig-kulturelle Bildung er Lage sind, diese ständig weiter zu sich selbständig wissenschaftlich zu

orientieren, ökonomische Aufgaben zu erkennen und zu formulieren, dazu Lösungsvorschläge zu erarbeiten und deren Realisierung in der Praxis zu organisieren. Es sind Kader, die sich mit Parteilichkeit, Sachkunde, Überzeugungskraft und persönlichem Engagement für das Neue einsetzen und für die weitere Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen aktiven schöpferischen Beitrag leisten. Ihre Ausbildung und Erziehung ist zugleich so angelegt, daß sie bereits im Studium befähigt, gefordert und gefördert werden und somit als Absolventen auch gewohnt sind, sich die Wissenschaft selbständig anzueignen und auf neue Fragen anzuwenden". /66, S. 1281/

Um diesen Anforderungen zu genügen, weist der künftige Studienplan eine durchgängige Ausbildung in Lehrgebietsgruppen auf:

Die Ausbildung in den marxistisch-leninistischen Grundlagenlehrgebieten, die auch die Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte einschließt, umfaßt 24 Prozent des Volumens an aktiver Lehrzeit. Die wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenausbildung (Sozialistisches Recht, Sozialistische Volkswirtschaft, Sozialistische Betriebswirtschaft, Sozialistische Arbeitswissenschaft, Leitung in der sozialistischen Wirtschaft) ist mit einem Zeitanteil von 17 Prozent an der Ausbildung beteiligt. Für die methodisch und instrumentell orientierten Lehrgebiete, wie technisch-technologische Grundlagen, Mathematik, Informatik, Rechnungsführung und Statistik sind 21 Prozent aktiver Lehrzeit vorgesehen, 13 Prozent dienen der Ausbildung in Fremdsprachen und Sport. In den restlichen 25 Prozent der im Studienplan ausgewiesenen Zeit für Lehrveranstaltungen erfolgt eine fachrichtungsspezifische Ausbildung, die zum größten Teil wahlobligatorisch oder fakultativ zu belegen ist. Zur weiteren Ausprägung der selbständigen wissenschaftlichen Arbeit der Studenten enthält das Studium insgesamt 20 Wochen vorlesungsfreie Zeit und die Wochenstundenzahl für Lehrveranstaltungen wurde auf 26 gesenkt.

An der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock sollen auch in Zukunft